

Politischer Fraktionsbericht der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion gem. 51 Abs. 3 Z 2 VO-UA
zum Berichtsentwurf des Verfahrensrichters im Untersuchungsausschuss betreffend Klärung von
Korruptionsvorwürfen gegen ÖVP-Regierungsmitglieder (ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss)

SO KORRUPT IST DIE ÖVP





Jan Krainer, SPÖ-Fraktionsführer
im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss. Foto: Jakob Zerbe

Systemische Korruption durch die ÖVP

Schon im Ibiza-Untersuchungsausschuss zeigte sich ein Bild von korruptivem Verhalten von weiten Teilen der ÖVP-Spitze. Anbiedern an Spender*innen, Machtmissbrauch, parteipolitische Personalentscheidungen, Einflussnahme auf Ermittlungen, Steuergeldmissbrauch. Die Aufgabe des ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschusses war es, zu klären, ob es sich bei diesem korruptiven Verhalten der ÖVP bloß um Einzelfälle handelte oder um systemische Korruption.

Nach einem Jahr Aktenstudium und Befragungen ist das Bild klar: Es handelte sich nicht um Einzelfälle, sondern um systemische Korruption.

1. „Hure für die Reichen“

Im ÖVP geführten Finanzministerium war es offenbar an der Tagesordnung, sich von der politischen Ebene aus in Einzelsteuerverfahren einzumischen. Nicht nur bei den Herren Wolf, Pierer oder Benko. Weitere Fälle, wie etwa die Fälle Nitsch und Liechtenstein, konnten trotz deutlicher Hinweise nicht mehr abschließend aufgearbeitet werden. Frei nach dem Motto „nach KPMG und PWC gibt es noch die ÖVP“, war es offenbar üblich, dass ÖVP-Minister*innen und deren Mitarbeiter*innen aktiv auf Steuerangelegenheiten Einfluss genommen haben. Und dabei nicht im Interesse der Finanz, also der Republik und der Steuerzahler*innen, sondern auf Seite der Multimillionär*innen und Milliardär*innen.

2. Von Beinschab zu Unterhuber

Im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss konnte neben dem Beinschab-Österreich-Tool auch das Unterhuber-Demox-Tool aufgedeckt werden. Das von einem ÖVP-Funktionär gegründete Unternehmen Demox konnte binnen kurzer Zeit nicht nur die ÖVP, sondern fast alle von der ÖVP geführten Ministerien als Kunden gewinnen. Hier wurden – ähnlich wie bei Beinschab – parteipolitische Umfragen auf Steuerzahler*innenkosten durchgeführt. Offenbar zentral gesteuert, wurden ÖVP-Wordings abgetestet und Serienumfragen zu ÖVP-Themen durchgeführt, die mit dem gesetzlichen Auftrag des jeweiligen Ministeriums in keinem Zusammenhang standen. Vor Wahlen wurden die Umfragen dichter und die Samples größer. Die zuständigen Ministerinnen Köstinger und Schramböck konnten hier keine nachvollziehbare Erklärung liefern, traten jedoch wenigstens zurück.

3. Inserate für ÖVP-Zeitungen

Die ÖVP entschied nicht nur innerhalb der Ministerien nach politischen Gesichtspunkten, in welchem Medium wie viel inseriert wird, und umging hier die Fachbeamt*innen, sondern leitete im Untersuchungszeitraum Millionen in ÖVP-Parteizeitungen um. Ohne jeden Werbewert. So wurden zum Beispiel vom heutigen Landwirtschaftsminister Totschnig Inserate vom Finanzministerium gekeilt, die die Arbeitnehmer*innenveranlagung bewarben. Erschienen sind die Inserate in der ÖVP-Bauernzeitung. Landwirt*innen können aber keine Arbeitnehmer*innenveranlagung durchführen.

4. Parteipolitische Personalentscheidungen

„Ich möchte schon an dieser Stelle meine Sicht der Dinge betonen, nämlich, dass es in dieser Republik keine einzige Personalentscheidung gibt, auf die die ÖVP Einfluss nehmen könnte, die nicht als Letztverantwortlichem von Sebastian Kurz getroffen oder absegnet wurde.“ Das sagt jemand, der es wissen muss. Der ehemalige ÖVP-Generalsekretär im Finanzministerium, Thomas Schmid, hat jahrelang im Auftrag der ÖVP parteipolitische Personalentscheidungen umgesetzt. Unter anderem hat er einem ÖVP-Bürgermeister und Freund des jetzigen ÖVP-Klubobmanns August Wöginger geholfen Finanzvorstand in Wögingers Wahlkreis zu werden. Rein aus parteipolitischen Gründen, urteilt das Bundesverwaltungsgericht.

Auch die Umschreibung von Ausschreibungen steht offenbar noch auf der Tagesordnung der ÖVP. Die Ausschreibung der FMA-Vorstandsposition, die letztlich Eduard Müller erhielt, wurde neben der langjährigen Erfahrung in einem der drei Aufsichtsgebiete um „oder langjährige Erfahrung im öffentlichen Dienst“ erweitert. Müller hätte sonst die Ausschreibungsbedingungen nicht erfüllt. Auch hier konnte keine nachvollziehbare Begründung geliefert werden.

5. Steuergeld wird gerne genommen, Steuern hingegen ungern bezahlt

Egal, ob die ÖVP sich auf Regierungsverhandlungen vorbereitet oder die damalige Staatssekretärin Karoline Edtstadler ihren Vorzugsstimmen-Wahlkampf für die Wahlen zum Europäischen Parlament vorbereiten und planen lässt - wenn eine Rechnung zu bezahlen ist, zahlt nicht die ÖVP oder Frau Edtstadler, sondern die ÖVP lässt sich diese Kosten aus Steuermitteln bezahlen. Beim Bezahlen von Steuern tut sich die ÖVP schon deutlich schwerer. Weite Teile der ÖVP haben erst während des Untersuchungsausschusses bemerkt,

dass die Steuergesetze in Österreich auch für die ÖVP und ihre Teilorganisationen gelten. So muss zum Beispiel der ÖVP-Wirtschaftsbund in Vorarlberg ca. 900.000 Euro an Steuern nachzahlen. Das ist dieselbe Summe, die der ÖVP-Landeshauptmann Wallner vom ÖVP-Wirtschaftsbund genommen hat, um seine letzten beiden Wahlkämpfe zu finanzieren. Ob er tatsächlich selber auch Inzerate gekeilt hat, ist für die politische Bewertung eigentlich unerheblich.

Das rechtswidrige Bedienen am NPO-Fonds durch Teile der ÖVP in Millionenhöhe spricht Bände über das Selbstverständnis breiter Teile dieser Organisation. Trotz interner Gutachten, die klar zum Schluss kommen, dass ÖVP-Teilorganisationen kein Geld beantragen dürfen, ließ man sich Millionen überweisen.

6. Destruktion im Untersuchungsausschuss

Noch nie hat sich eine Partei im österreichischen Parlament so destruktiv verhalten wie die ÖVP in diesem Untersuchungsausschuss. Angefangen mit Filibuster-Antworten von ÖVP-Auskunftspersonen wie Karl Nehammer, über Unterbrechungen von Befragungen durch sinnentleerte „Geschäftsordnungs“-Wortmeldungen (die Befragung der NÖ-Landeshauptfrau Mikl-Leitner durch die SPÖ wurde im Schnitt alle 18 Sekunden durch die ÖVP unterbrochen) bis zur Weigerung, trotz Verlängerung des Untersuchungsausschusses einen einzigen Befragungstermin anzusetzen: Mit diesen taktischen Manövern wurde nicht nur das verfassungsrechtlich geschützte Minderheitsrecht durch die ÖVP in Frage gestellt, sondern dem Parlamentarismus schwerer Schaden zugefügt. Wenn sich alle Parteien im Parlament so destruktiv verhalten würden wie die ÖVP und deren Nationalratspräsident Sobotka, würde wohl keine einzige Sitzung im Parlament stattfinden können.

Positives

Es gibt aber auch Positives zu berichten, das Hoffnung für die Zukunft gibt.

Es gibt jede Menge Beamt*innen, die sich politischem Druck nicht beugen. So haben Spitzenbeamt*innen im Finanzministerium den letzten rechtswidrigen Steuerbescheid in der Causa Wolf aufgehoben und Anzeige erstattet. Die Staatsanwält*innen arbeiten zig Verfahren und strafrechtlich relevante Fakten gegenüber der ÖVP bzw. ihren Spitzenrepräsentant*innen auf.

Eine Reihe von Politiker*innen, Beamt*innen und sogar ein Verfassungsrichter sind aufgrund des öffentlichen Drucks, aber auch der Kritik innerhalb der eigenen Partei während des Untersuchungsausschusses zurückgetreten. Unabhängig von strafrechtlichen Fragen, folgten die Rücktritte der Tatsache, dass sie sich alle politisch und moralisch für ihre Ämter disqualifiziert hatten.

Die Zivilgesellschaft hat kräftige Zeichen von sich gegeben. So haben nicht nur Hunderttausende das Anti-Korruptionsvolksbegehren unterschrieben, sondern viele Vorschläge gemacht, wie wir Österreich besser machen können.

Das wichtigste Kapitel im vorliegenden Bericht ist das Kapitel „Aus ÖVP-Korruption lernen: Was nun zu tun ist“. So wichtig das Sichtbarmachen der ÖVP-Korruption ist, so wichtig ist es vor allem, daraus zu lernen, um den Menschen, die in Österreich leben, das zu geben, was sie verdienen: Eine Politik und eine Verwaltung, die für alle Menschen in Österreich arbeitet - und nicht für Milliardäre, Konzerne und ÖVP-Funktionäre!

Ich darf mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiter*innen der Parlamentsdirektion und aller Fraktionen, bei den Medienvertreter*innen, externen Dienstleister*innen, Verfahrensrichter*innen und dem Verfahrensanwalt für die Zusammenarbeit bedanken!

Jan Krainer

für das Untersuchungsausschussteam der SPÖ-Parlamentsfraktion

TEIL 1	
Projekt Ballhausplatz und der Weg der ÖVP zur Macht	5
Das Geld	6
Die ÖVP und ihre Großspender*innen	7
Illegale Parteienfinanzierung über den Bauernbund?	8
1,3 Millionen Euro aus Ministerien für ÖVP-Wahlkampfagentur	9
Die Wahlkampfmethoden der ÖVP	11
ÖVP sprengt Wahlkampfkostenobergrenzen	11
Die Medien	13
Gekaufte Umfragen - Das Beinschab-Österreich-Tool	13
Erfolg für Kern-Mitterlehner verhindern	15
TEIL 2	
Wie die ÖVP die Macht missbraucht	16
Steuergeld für Parteiumfragen - Das Unterhuber-Demox-Tool	17
ÖVP bedient sich an Corona-Hilfsgeldern	19
COFAG: Gewinngarantien für Großprofiteure	21
Aggressive Steuervermeidung mit der ÖVP	23
Der Finanzminister als Steuerberater der Reichen	24
Die Steuercausa Sigi Wolf	24
ÖVP-Steuerservice für den Milliardär René Benko	25
Causa Pierer	26
Weitere Verdachtsfälle	26
Die ÖVP und ihre Parteizeitungen	27
Wirtschaftsbund Vorarlberg	27
Wirtschaftsbund Tirol	28
VP-Magazin lukriert 200.000 Euro für Tiroler ÖVP-Wahlkampf	29
LOGO Magazin der Landjugend Tirol	29
Bauernzeitung: Versteckte ÖVP-Parteienfinanzierung?	30
ÖVP-„Volksblatt“: 400.000 Euro Inseratengeld	30
Millionen für Michael Spindeleggers Vereine	31
Nach Interventionen fließen 2 Millionen – aed	31
Verein ICMCPD kriegt Förderung trotz absoluter Zielverfehlung	31
Die Jobs	32
Finanzämter unter ÖVP-Kontrolle	33
Bettina Glatz-Kremsner	33
Eduard Müller, der Mann für alle Fälle	33
Die Kloibmüller Chats	34
Unabhängige verhindern, ÖVP-Nahe befördern	35
Aufsichtsratsposten für Spender, Steuerbare und „eindeutig ÖVP-Nahe“	36
„Bürgeranliegen“ und Erinnerungslücken	36
„Fraktion von Putin-Verstehern“ drängt OMV nach Russland	37
TEIL 3	
Wie sich die ÖVP an die Macht klammert	38
Behinderung der Justiz	39
Öffentliche Diffamierung	39
Interne Obstruktion	39
Nehammer missachtet Sicherstellungsanordnung der WKStA	42
Schwarzes Netzwerk im Innenministerium	43
SOKO Ibiza	43
Warum das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung nicht funktioniert	46
ÖVP behindert Korruptionaufklärung im Untersuchungsausschuss	48
ABLEITUNGEN	
Aus ÖVP-Korruption lernen: Was nun zu tun ist	51

TEIL 1

**Projekt Ballhausplatz
und der Weg der
ÖVP zur Macht**

DAS GELD

Die ÖVP setzte für das Ringen um die Macht im Wahlkampf 2017 alles auf eine Karte. Mit einer enormen Materialschlacht sollte der türkise Imagewechsel gelingen und die ÖVP als rechtspopulistische Partei unter neuem Management inszeniert werden. Hierfür brauchte die ÖVP rund um Sebastian Kurz vor allem eines: Geld - viel Geld.

Ein anonymer Whistleblower erzählte der WKStA, dass sich die ÖVP für den Wahlkampf schwer verschuldet hätte. Die Partei borgte sich auch Geld bei ihren Teilorganisationen, ließ sich Rechnungen bei nahestehenden Firmen stunden und bediente sich darüber hinaus mutmaßlich bei den Budgets der ÖVP geführten Ministerien. Ein negativer Wahlausgang und der Weg in die Opposition hätten der Partei nicht nur politisch nachhaltig geschadet, sondern die ÖVP womöglich direkt in Konkurs geschickt.¹

Bei Spenden-Rallyes im ganzen Land wurden weitere Finanziers aufgetrieben. Superreiche und Großkonzerne wurden gezielt angesprochen und um Unterstützung für das „Projekt Ballhausplatz“ gebeten. Für die Spendenleistung gab es eine Gegenleistung der ÖVP. Wie, zeigten die Chats von Thomas Schmid und die Aufklärungsarbeit der Wirtschafts- und Korruptionsanwaltschaft sowie des Untersuchungsausschusses. Gegen großzügige Spenden von den Reichsten soll es Gesetze, Mandate, Spitzenposten und auch Steuererleichterungen im gesamten Einflussbereich der ÖVP-Regierungsmglieder gegeben haben. Dieses „Geschäftsmodell“ der ÖVP ist nicht neu, wurde aber von Kurz und seiner türkisen ÖVP ausgebaut. Wolfgang Berndt, früherer Aufsichtsratsvorsitzender der OMV, ist ÖVP-Spender und erzählte im Untersuchungsausschuss von einer dieser Veranstaltungen von Kurz. Auf die Frage, ob denn neben ihm auch andere Personen gespendet hätten, meinte Berndt:

„Nein, nein, es würde mich aber - - Ich muss Ihnen - - Nein, ich habe keine Wahrnehmung, allerdings die Tatsache, dass Herr Melchior dabei war, der offenbar der Kassenwart ist, legt schon nahe, dass das nicht ein Einzelfall war.“²

Die ÖVP machte keine leeren Versprechen: Partei-Loyale wurden mit Aufsichtsratsposten belohnt. Qualifikation war zweitrangig. Bei der Postenbesetzung wurden Ausschreibungen an die Wunschkandidat*innen angepasst und unbequeme Kandidat*innen gezielt verhindert. Der damalige Finanzminister, Hans Jörg Schelling (ÖVP), fungierte auch persönlich als Steuerberater für die Superreichen und ersparte diesen Millionen.³ Politische Maßnahmen wie die Corona-Hilfsgelder kamen Großunternehmen zugute und sogar ÖVP-Teilorganisationen bedienten sich an Hilfsgeldern. Öffentliche Aufträge wurden an ÖVP-nahe Unternehmen vergeben und auch Inserate der ÖVP-geführten Ministerien zahlten kräftig in ihre Parteimedien ein.



Die ÖVP und ihre Großspender*innen

1 Million Euro spendete die Milliardärin Heidi Horten (im Bild mit damaligem ÖVP-Minister Blümel)
Foto: Starpix / picturedesk.com



Geld spielt keine Rolle. Die ÖVP bei ihrem Mega-Event im Nationalratswahlkampf 2017 in der Wiener Stadthalle. Kosten: 1 Million Euro. Zahlungsart: Nach und nach abstottern. Veranstaltungsagentur: Media Contacta. Die Agentur hat zwischen 2014 und 2021 1,3 Millionen Euro aus ÖVP-geführten Ministerien bekommen. Foto: Franz Gruber / KURIER / picturedesk.com

Die ÖVP zählte in den letzten Jahren vor allem auf Großspender*innen. Die reichsten Österreicher*innen, zahlreiche Immobilien-Unternehmer*innen und Hoteliers – sie alle überwiesen Geld. 4,4 Millionen Euro nahm die ÖVP alleine für den Wahlkampf 2017 ein.⁴

Dazu gehörte beispielsweise der Tiroler Bauunternehmer Klaus Ortner, der der ÖVP zwischen 2017 und 2019 1 Million Euro spendete.⁵ Ortners Tochter wurde von der Regierung Kurz in den Aufsichtsrat der Staatsholding ÖBAG berufen⁶, deren Chef Thomas Schmid wurde.

Doch auch KTM-Chef Stefan Pierer spendete der ÖVP 2017 über 400.000 Euro.⁷ Wenig später half ihm diese wiederum bei seinen Steuerangelegenheiten.⁸

An dieser Stelle ist auch Kaufhaus-Erbin Heidi Horten zu nennen. 2018 spendete sie knapp 600.000 und 2019 340.000 Euro an die Volkspartei.⁹



Illegale Parteienfinanzierung über den Bauernbund?

In einer anonymen Mitteilung an die WKStA sprach ein Whistleblower von einem Darlehen über 300.000 Euro vom niederösterreichischen Bauernbund an die ÖVP für ihre Wahlkampagne.¹⁰ Dieses Darlehen zahlte die ÖVP aber nie (selbst) zurück. Nach der Wahl erließ der Bauernbund der ÖVP ihre Schulden. Zeitgleich stiegen jedoch ab 2017 rund um den Wahltermin sprunghaft die Inseratenschaltungen des Landwirtschaftsministeriums in der „Bauernzeitung“. Diese ist über eine Konstruktion zu 100 Prozent im Eigentum des ÖVP-Bauernbundes. 350.000 Euro bekam die ÖVP-Bauernzeitung plötzlich mehr an Inseratengeldern im Wahljahr 2017. Zufall?¹¹

Elisabeth Köstinger war 2017 nicht nur ÖVP-Bundesgeschäftsführerin, sondern auch im Vorstand des Bauernbundes. Nach der Wahl wurde sie Landwirtschaftsministerin. Von dem Darlehen oder den Inseraten will sie aber nichts gewusst haben.

Köstingers Pressesprecher, Daniel Kosak (heutiger Kanzlersprecher), dementierte öffentlich die hier zitierten Zahlen des Rechnungshofes und behauptete, die Inserate in der Bauernzeitung wären sogar zurückgegangen.¹² Eine irreführende Auskunft, wenn man sich die Zahlungsflüsse im Vergleich mit den Vorjahren ansieht.

Die Vergabeakten des Landwirtschaftsressorts belegen die großzügige Vergabe von Inseraten an die Bauernzeitung. Nicht die zuständige Fachabteilung traf die Ver-

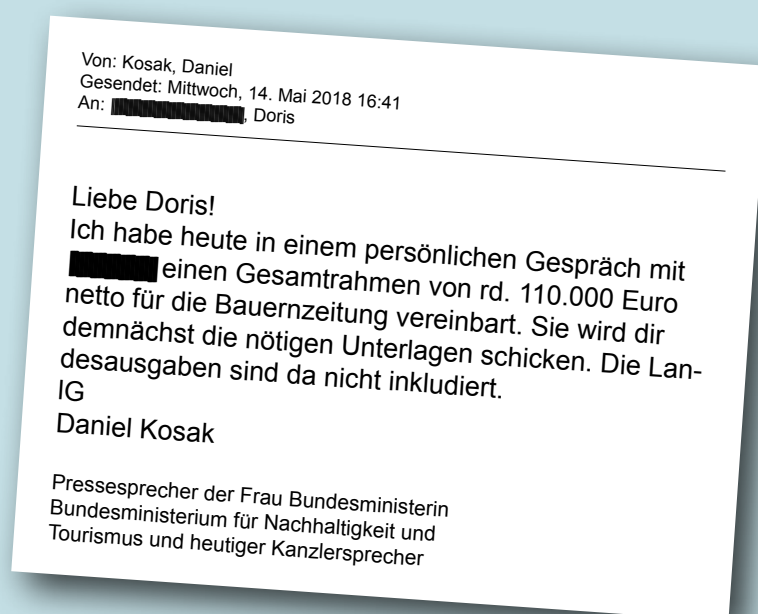
gabeentscheidung, sondern Kosak selbst. Kaum eingezogen im Ministerium, erteilte er den ersten Großauftrag im Namen der Ministerin. 110.000 Euro sollte das Ministerium für die Parteizeitung lockermachen. Anstatt einen Informationsauftrag zu erfüllen und die Bürger*innen über relevante politische Inhalte zu informieren, schlossen Köstinger und ihr Kabinett Rahmenverträge (2018 und 2019) mit dem ÖVP-Medium ab.

Köstinger verneinte jede Verantwortung, sie sehe das Mail¹³ jetzt zum ersten Mal. Ebenso keine Wahrnehmungen habe sie zur Extra-Tranche vom Landwirtschaftsministerium an den ÖVP-Bauernbund-Verlag im Jahr 2017 in Höhe von 500.000 Euro. Im Landwirtschaftsministerium wurden die Vergabe von Inseraten offen-

bar nicht nach sachpolitischen Kriterien entschieden. Der öffentliche Informationsauftrag war nicht entscheidend, wenn es darum ging, welche Medien Inserate erhalten sollen und welche nicht.

Zahlungsflüsse an die Bauernzeitung laut Rechnungshof¹⁴

2015	€ 85.016,04
2016	€ 134.083,19
2017	€ 492.534,07
2018	€ 287.488,70
2019	€ 217.699,94
2020	€ 220.038,12
2021	€ 143.592,67
Summe	€ 1.580.452,73



Der Pressesprecher von ÖVP-Ministerin Köstinger sagt der Fachabteilung, wohin das Geld fließen soll: an die Zeitung des ÖVP-Bauernbunds.¹³

1,3 Millionen Euro aus Ministerien für ÖVP-Wahlkampfagentur

Der ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss untersuchte akribisch die steigenden Ausgaben der ÖVP-geführten Ministerien an der ÖVP nahestehende Agenturen. Eine davon war die niederösterreichische Media Contacta GmbH, die schon in mehreren Wahlkämpfen der ÖVP tätig war und 2014 bis 2017 Aufträge in Höhe von mehreren 100.000 Euro von ÖVP-geführten Ministerien erhielt (bis Ende 2021 sollten es 1,3 Millionen Euro werden). Es wurde der Frage nachgegangen, ob öffentliche Aufträge aus ÖVP-geführten Ministerien mithilfe von Schein-Angeboten an die Agentur vergeben worden sind und ob sich die Agentur dafür auch im ÖVP-Wahlkampf revanchierte. Die im Ausschuss aufgekommenen Vermutungen von Scheinangeboten sind nun auch Gegenstand von Ermittlungen der WKStA und der Bundeswettbewerbsbehörde.

Die Event-Agentur Media Contacta GmbH stand bis 2002 über ihre Mutterfirma im Eigentum der ÖVP-Niederösterreich¹⁵ – und nach wie vor ist die Nähe zur Landespartei auffällig. Bis vor wenigen Monaten hatte sie ein Büro direkt im Landhaus in St. Pölten¹⁶. Geschäftsführer ist einerseits Gerhard Schlack¹⁷, der die ÖVP-Niederösterreich-Parteizeitung verlegt¹⁸. Andererseits Peter Madlberger¹⁹, der bis 2016 ÖVP-Gemeinderat in Korneuburg²⁰ sowie Mitarbeiter in der niederösterreichischen ÖVP-Landespartei zentrale war. Dort arbeitete er für den damaligen Geschäftsführer der ÖVP-Niederösterreich, den heutigen Innenminister Gerhard Karner.²¹ Wenig überraschend ist demnach, dass die Agentur viele lukrative Aufträge der ÖVP erhielt. Sie richtete etwa die ÖVP-Bundespartei tage 2017²² und 2022 aus, den ÖVP-Wahlkampfauftakt in der Wiener Stadthalle 2017 um rund 1 Million Euro sowie die

ÖVP-Sommertour 2017 (über zwei ihrer Subunternehmen). Außerdem hat die Agentur einen Beratungsvertrag mit der ÖVP-Bundespartei.²³ Als die Bundespartei 2017 Finanzprobleme hatte – im Kurzwahlkampf gab die ÖVP fast 13 Millionen Euro und somit 6 Millionen mehr aus als gesetzlich erlaubt –, kam die Media Contacta der ÖVP entgegen und stundete der Bundespartei einen Betrag von 500.000 Euro.²⁴

Abspracheverdacht bei Angeboten

Nicht nur die ÖVP engagierte regelmäßig die Agentur. Während sich 2016 die öffentlichen Aufträge aus ÖVP-geführten Ministerien für die Media Contacta noch in Grenzen hielten, schnellten sie 2017 und 2018 auf rund 600.000 Euro in die Höhe. Zwischen 2014 und 2021 bedachten ÖVP-Minister*innen die Media Contacta mit einem Auftragswert von in Summe

1,3 Mio.²⁵ Euro. Allein im Niederösterreich-Landtagswahljahr 2018 überwies die ÖVP-Landwirtschaftsministerin Köstinger 360.000 Euro an die ÖVP-Wahlkampfagentur.²⁶

Nebenbei bedient sich auch das Land Niederösterreich gerne der Agentur und beauftragte das Unternehmen, sechs Veranstaltungen zwischen 2021 und 2022 mit einem Auftragsvolumen von rund 700.000 Euro zu organisieren.²⁷

Bei den Aufträgen seitens der ÖVP-geführten Ministerien wurden in den Ausschussunterlagen Auffälligkeiten gefunden. Bei einer Vielzahl wurden keine Vergleichsangebote eingeholt und der Auftrag wurde direkt, teilweise durch das Kabinett, an die vertraute Agentur vergeben²⁸. Wurden doch mehrere Angebote eingeholt, drängte sich der Verdacht vorheriger Absprachen auf. Immer wieder fand sich in den Aufträgen dasselbe Muster: Die Media Contacta stellte regelmäßig ein nur gering günstigeres Angebot als die anderen Firmen, während sich die Leistungsbeschreibungen der verschiedenen Angebote mit nur wenigen Abweichungen glichen.^{29,30} Darüber hinaus wurden die Angebote meist bei den selben Unternehmen eingeholt, zum Teil auch auf Vorschlag der Media Contacta selbst.³¹

ÖVP-Ministerin Köstinger unterwegs in den U-Ausschuss. Der ÖVP-Parteianwalt Suppan folgt auf dem Fuß. Foto: Lena Krainz



Vor allem das Beispiel des durch den Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka geplanten Sommerfests der Parliamentsdirektion im Jahr 2020 zeigte das Zusammenspiel der ÖVP mit dem Unternehmen auf. Die Media Contacta war von Anfang an in die Planung eingebunden, schlug selbst vor, bei welchen übrigen Unternehmen um Vergleichsangebote angesucht werden sollte, und bot dann bei weitestgehend identer Leistungsbeschreibung, inklusive der Nennung der gleichen Band, um ein paar hundert Euro günstiger an.³² Dies stellt ein Vorgehen dar, das auch bei anderen Vergaben seitens unterschiedlicher ÖVP-Minister*innen beobachtet werden konnte.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt inzwischen wegen des Verdachts auf wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren gegen sechs Personen. Auch die Bundeswettbewerbsbehörde prüft den Fall.³³

Quid pro quo?

Neben den Vergaben selbst wurde auch die Nähe der Media Contacta zur ÖVP, vor allem zur ÖVP-Niederösterreich untersucht. Denn auffälligerweise löste die Agentur just in Zeiten der niederösterreichischen Wahlkämpfe Gewinnrücklagen auf – und engagierte sich sichtbar im ÖVP-Wahlkampf.³⁴ So wurden etwa im Jahr 2015 – im Jahr der niederösterreichischen

Gemeinderatswahlen – Gewinnrücklagen in Höhe von über 125.000 Euro aufgelöst. Drei Jahre später, als in Niederösterreich Landtagswahlen stattfanden, griff die Agentur erneut auf ihre Gewinne zurück – in Höhe von über 174.500 Euro.³⁵

Die Vermutung liegt nahe, dass mit diesen Geldern der niederösterreichische ÖVP-Wahlkampf mitfinanziert wurde. Denn die Media Contacta tätigte unverhältnismäßig hohe Anschaffungen – die dann im ÖVP-Niederösterreich-Wahlkampf auftauchten. So meldete Media Contacta eine Flotte von 20 Fahrzeugen an, die im ÖVP-Niederösterreich-Design und mit fortlaufenden Wunschkennzeichen mit dem ÖVP-Slogan „WIR“ unterwegs waren.³⁶ Der Landesgeschäftsführer betonte dazu im Ausschuss, dass man die Media Contacta gebeten habe, die Autos „zur Verfügung zu stellen“ und nach dem Prinzip, „was wir bestellen, bezahlen wir“, handle.³⁷

„Freiwillige“ Helfer

Gleichzeitig beschäftigte die Media Contacta im Zeitraum der Intensivwahlkampfphase der Landtagswahl 2018 neun zusätzliche Dienstnehmer*innen, die in einem Naheverhältnis zur ÖVP standen. Darunter etwa Stefanie H., die als An-

gestellte von Media Contacta gleichzeitig das Freiwilligenbüro für die ÖVP-Niederösterreich koordinierte.³⁸ Jakob S. war von Juni 2017 bis März 2018 bei der Media Contacta für „Wahlkampagnen-Leitung in der Region Mostviertel/Wahlkreis 3c“ und „Landtagswahl 2018“ beschäftigt.³⁹ Beides wurde im Untersuchungsausschuss durch den Landesgeschäftsführer der ÖVP-Niederösterreich, Bernhard Ebner, bestätigt.

Die Rechtfertigung der ÖVP, wonach alles ordnungsgemäß bezahlt worden sei, muss angesichts des Umstandes, dass die ÖVP ihr Personal auf Grund der steuerrechtlichen Regelungen derart um 20% verteuerte, hinterfragt werden.

Aufträge aus den ÖVP-geführten Ministerien an die Media Contacta ³⁹

2014	41.304
2015	21.545
2016	149.600
2017	59.648
2018	360.502
2019	305.981
2020	83.240
2021	316.120
Summe	1.337.943

Materialschlacht im ÖVP-Landtagswahlkampf in Niederösterreich. Agentur des ÖVP-Vertrauens: Media Contacta. Foto: Twitter/Schnabel



Die Wahlkampfmethoden der ÖVP

Wie die ÖVP ihre Macht im Staat kontinuierlich ausbaute, konnte der Untersuchungsausschuss dokumentieren. Ständige Überschreitungen der gesetzlich festgelegten Wahlkampfkostenobergrenzen und Abrechnungen von Wahlkampfkosten über ÖVP-geführte Bundesministerien. Eigens entwickelte Umfragetools, die auf Kosten von Ministerien parteipolitische Themen abfragten und in ausgewählten Medien lancierten. Teilweise frisierten die Kabinettsmitarbeiter*innen vorab die Ergebnisse.

ÖVP sprengt Wahlkampfkostenobergrenzen

Die ÖVP gab in den letzten Jahren wiederholt mehr Geld für ihre Wahlkämpfe aus, als gesetzlich erlaubt. Ein Vorgehen, das sich sowohl auf Bundesebene wie auch auf Landesebene zeigte.

Schon für den Nationalratswahlkampf 2017 gab die ÖVP fast doppelt so viel aus wie erlaubt – rund 13 Millionen war der Partei der Weg an die Macht wert. Karl Nehammer sagte dazu:

„Der Wahlkampf 2017 war für die neue Volkspartei ein außergewöhnlicher Wahlkampf. Leider haben wir deutlich mehr ausgegeben, als die vorgesehene Obergrenze dafür ist.“⁴¹

Wie „außergewöhnlich“ der Wahlkampf tatsächlich war und mit welchen unlauteren Mitteln die ÖVP zur stimmenstärksten Partei wurde, sollte jedoch erst Jahre später aufgrund der Nachwehen einer durchzechten Nacht auf Ibiza ans Licht kommen.

Auch bei den Nationalratswahlen 2019 unter dem damaligen ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer meldete die Partei ursprünglich Ausgaben von 5,6 Millionen Euro während für den EU-Wahlkampf im

Vergleich 6,9 Millionen Euro ausgegeben worden sein sollen. Während der Rechnungshofprüfung nahm die ÖVP Korrekturen nach oben vor.⁴² Die ÖVP gab nach einem einmalig langen Verfahren eine weitere Million, genau 1.034.123,64 Euro, zu. Der Rechnungshof hält das aber immer noch nicht für korrekt und sieht einen Fehlbetrag von rund 900.000 und damit wieder eine substantielle Überschreitung der Wahlkampfkosten um „zumindest“ 525.000 Euro. Der Rechnungshof übermittelte im Dezember 2022 eine nachträgliche Mitteilung an den Unabhängigen Parteien-Transparenzenrat, damit der dieser Sache nachgehe und gegebenenfalls eine Strafe ausspreche.⁴³

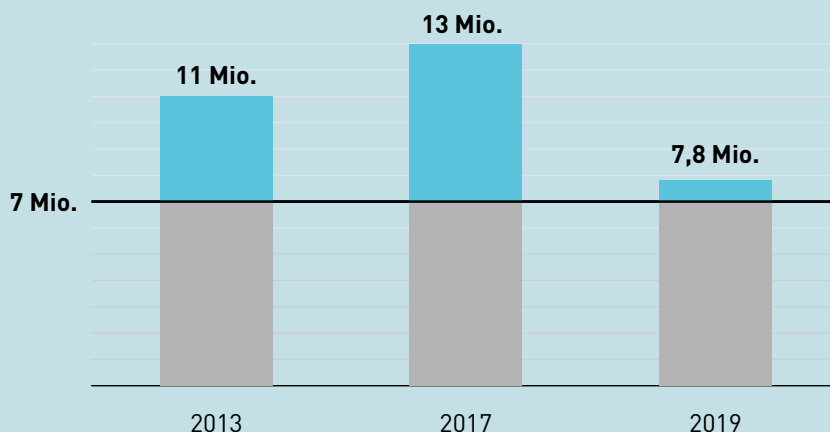
ÖVP-Wahlkämpfe mit Steuergeld

Um Kosten für die Partei sparen zu können, entwickelte die ÖVP in unterschiedlichen Ministerien ein Geschäftsmodell: Leistungen, die ausschließlich der ÖVP zugutekommen sollten, wurden von den ÖVP-geführten Ministerien bezahlt.

Wahlprogramm Kurz im Finanzministerium

Bei der Befragung des ehemaligen Sektionschefs im Finanzministerium, Eduard Müller, im Untersuchungsausschuss deckte der Ausschuss auf, dass sich die ÖVP 2017 auf Kosten des Finanzministeriums von der Beratungsfirma ICG auf die Regierungsverhandlungen mit der FPÖ vorbereiten ließ. Diese Leistungen in der Höhe von knapp 20.000 Euro rechnete die ÖVP über das Finanzministerium ab.⁴⁴ In

Überschreitungen der Wahlkampfkostenobergrenze bei Nationalratswahlen durch die ÖVP



Zusammenfassung MG

- **Mit diesen Plan aus der Klausur haben wir eine wirklich gute Grundlage**
(Nur ein Plan macht die erfolgreiche Bewältigung von Veränderungen möglich!)

- **Wir gehen konsequent von innen nach außen vor:**

Innen beginnt bei der einen Familie, den eigenen Freunden, dem eigenen Team, und dann in konzentrischen Kreisen nach außen. Dh es gibt sechs Gruppen die wir nicht überzeugen müssen zu wählen oder für sie eine Vorzugsstimme abzugeben, sondern von denen wir fordern können, dass sie für KE rennen, um andere zu überzeugen: Die holen wir uns jetzt zu Beginn!

- 1. Familie 2. Freunde 3. Team 4. Jene die was wollten und bekamen 5. Jene die was wollen 6. Fans**

Auszug aus der vom Ministerium bezahlten Wahlkampfhilfe für Edtstadler ^{50 51}

unterschiedlichen Workshops wurden Vertreter*innen der ÖVP auf kommende Verhandlungen vorbereitet und das Programm des Finanzministeriums mit jenem der ÖVP abgeglichen.

Um zu verstecken, welche Leistungen tatsächlich abgerechnet wurden, bat Müller im Zuge der Abrechnungen:

„Statt Regierungsprogramm würde ich generell BMF Vorbereitung auf neue Legislaturperiode nehmen.“⁴⁵

Aufgrund einer Anzeige der SPÖ sowie des Geständnisses Thomas Schmid leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Müller, Schmid und den zuständigen ICG Mitarbeiter ein. Der zuständige Mitarbeiter der ICG zeigte sich nach einer Hausdurchsuchung der WKStA geständig und selbst Schmid gab bei seiner Einvernahme vor der WKStA zu, „dass diese Unterlagen unter Verwendung ministeriumsinterner Daten (!) mit und für die ÖVP erstellt und abgestimmt wurden, um eine bestmögliche Vorbereitung für die Regierungsverhandlungen zu gewährleisten“.⁴⁶ Nur der ÖVP-Finanzminister Brunner reagierte in altbekannter Manier: Konsequenzen gab es für den mittlerweile der Finanzmarktaufsicht vorstehenden Eduard Müller seit dem Aufkommen der Vorwürfe und der Ermittlungen keine.

Edtstadler und das Hauptprojekt EU-Wahlen auf Ministeriumskosten

Ein ähnliches Muster zeichnete sich vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 ab, als sich das Büro der damaligen

Staatssekretärin im Innenministerium, Karoline Edtstadler, das neue „Hauptthema EU Wahlen“⁴⁷ durch die Agentur GPK ausarbeiten ließ. Die Kosten in der Höhe von 16.320 Euro rechnete die ÖVP nach bereits geschildertem Muster über das Innenministerium ab.⁴⁸ Zu den Vorgängen wurde Edtstadlers damaliger Büroleiter-Stellvertreter Michael Takacs befragt. Takacs wurde 2022 nach langjähriger Tä-

tigkeit in ÖVP-Kabinetten von Sobotka, Edtstadler und Nehammer bzw. einer kurzen Tätigkeit als Flüchtlingskoordinator zum neu geschaffenen Bundespolizeidirektor bestellt.

Dem Ausschuss lag eine knapp 100-seitige Präsentation vor, in der die Klausurergebnisse festgehalten wurden. Die Präsentation widmete sich zum Großteil Edtstadlers Social Media Profilen, der Steigerung ihrer Bekanntheitswerte sowie dem neuen „Hauptthema EU-Wahlen“. Am 20. Jänner 2019 beschlossen die ÖVP-Gremien Edtstadlers Kandidatur für die EU-Wahlen und präsentierten sie am Folgetag. Ein Umstand, auf den sich auch ein Mitarbeiter der GPK bei der Übermittlung der Präsentation an Takacs am 20. Jänner 2019 berief: „Achtung STS [Staatssekretärin] verstand ich so, dass es morgen auch einen Termin gibt, wo ihr erklärt wird wie die operative Aufstellung id Partei ist/sein wird.“⁴⁹

Auch hier bediente sich die ÖVP erneut mit einer Selbstverständlichkeit an der Staatskasse, um das Fortkommen der eigenen Partei zu fördern!



Die Befragung von Edtstadler (im Bild mit Sebastian Kurz) im U-Ausschuss im Jänner 2023 hat die ÖVP-Fraktion gemeinsam mit Vorsitzendem Sobotka verhindert.
Foto: HELMUT FOHRINGER / APA / picturedesk.com

DIE MEDIEN

Kurz-Effekt: Aufwind für ÖVP

© TZOE



Die Mediengruppe ÖSTERREICH veröffentlichte vom BMF bezahlte Studien. Foto: Screenshot, OE24.at vom 18. Mai 2017

Aus einigen dem Ausschuss überlieferten Chats war die Entstehung dieser Fragestellungen, teilweise samt vorweggenommener Ergebnisse, zu entnehmen:

SCHMID (26. JULI 2017): „Haben wir fragen für Umfragen. Montag geht Österreich ins Feld.“

FLEISCHMANN: „Vorschlag - wenn für Stefan ok: Wem kostet Pilz? Grobe [Grüne, Anm.]stark, Sozis Mittel, bissl neos, blau kaum und VP so gut wie nichts.“

FLEISCHMANN: „Und: wofür steht Liste Pilz? Linke Politik:stark, rechte Politik: 0“

STEINER: „Finde ich gut.“

SCHMID: „Beinschab geht heute um diese Fragen ergänzt ins Feld.“⁵³

Gekaufte Umfragen - Das Beinschab-Österreich-Tool

Um auch die öffentliche Wahrnehmung besser kontrollieren zu können, entwickelte die ÖVP ein Werkzeug - das sogenannte Beinschab-Österreich-Tool.

Im Jahr 2016 stellte die damalige Familienministerin Sophie Karmasin den Kontakt zwischen Thomas Schmid und der Meinungsforscherin Sabine Beinschab her. Der weitere Verlauf der Dinge ist bereits umfassend untersucht worden: Beinschab führte von 2016 bis 2021 laufend politische Umfragen zum Nutzen der ÖVP durch, die in weiterer Folge bei der Mediengruppe ÖSTERREICH veröffentlicht wurden. Diese Studien und Umfragen in einer Höhe von rund 600.000 Euro sind jedoch nicht durch die auftraggebende ÖVP selbst, sondern durch das Finanzministerium und somit durch die Steuerzahler*innen bezahlt worden. Die Umfragen wurden darüber hinaus zum Teil bewusst manipuliert, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Ganz nebenbei ließ sich Karmasin für ihre vermittelnde Tätigkeit von Beinschab Provisionen bezahlen.

Veröffentlicht wurden die Umfragen dann bei der Mediengruppe ÖSTERREICH. Als Gegenleistung inserierte das Ministerium dann in der Zeitung. Wie das Umfrage-

Tool funktionierte, lässt sich unter anderem anhand der Studie „Steuerbetrugsbekämpfung“ aus dem Jahr 2017 erklären. Zuerst beauftragte das Finanzministerium die Studie bei Sabine Beinschabs Marktforschungsinstitut Research Affairs. Beinschab führte diese dann tatsächlich auch durch, rechnete aber rund 15.000 Euro zu viel beim Finanzministerium ab. Mit diesen 15.000 Euro wurden zusätzliche Fragen im Auftrag der ÖVP abgegolten, wie etwa zu den Auswirkungen des Antritts der Liste der Pilz bei den Nationalratswahlen, der sogenannten „Silberstein-Affäre“ sowie zur Mobilisierung unentschlossener Wähler*innen.

Beinschab führte bei ihrer Vernehmung durch die WKStA aus

„Beim Durchforsten dieser Studien ist mir jetzt noch einmal sehr bewusst geworden, dass doch etliche Fragestellungen parteipolitisch waren und nichts mit dem BMF zu tun hatten. (...) Wenn man sich die Studien über die Jahre gesammelt anschaut, erkennt man eine bestimmte Linie zugunsten der Anliegen der ÖVP.“⁵²

Nicht nur das Finanzministerium war in die Vorgänge eingeweiht. Nach Johannes Frischmanns Wechsel vom Pressesprecher des Finanzministeriums zum Sprecher von Kanzler Kurz fungierte er weiter als Ansprechpartner Beinschabs. Das Tool wurde somit zur „Chefsache“.⁵⁴

Die WKStA ermittelt nun wegen des Verdachts der Bestechung, Bestechlichkeit und Untreue gegen eine ganze Reihe von Beschuldigten, darunter auch Sebastian Kurz sowie seine engen Berater Stefan Steiner, Gerald Fleischmann und Johannes Frischmann. Mittlerweile liegen auch Geständnisse der Meinungsforscherin Sabine Beinschab selbst sowie von Thomas Schmid vor. Vor allem Schmid belastete in seiner Aussage Sebastian Kurz schwer:

„Mir ist ganz wichtig zu betonen, dass ich dieses Tool nur deswegen umgesetzt habe, weil ich von KURZ den Auftrag bekommen habe. Ich habe dieses Tool für KURZ umgesetzt. Es war auch ganz klar, dass diese Umfragen durch Studien, die das Finanzministerium bei KARMASIN in Auftrag gibt, finanziert werden sollen. Es ist wichtig den Hintergrund zu sehen: KURZ war zu diesem Zeitpunkt nicht Parteiboss und konnte das nicht über die Partei finanzieren und organisieren.“⁵⁵

Bericht der internen Revision

Der Untersuchungsausschuss widmete sich auch der internen Aufarbeitung der Causa „Beinschab-Österreich-Tool“ innerhalb des Finanzministeriums. Gemeinsam mit der Finanzprokurator wurde ein 150 Seiten starker Revisionsbericht erstellt. Die Ergebnisse stellten eine Katastrophe für die ÖVP dar und der Bericht wurde ganz in ÖVP-Manier sowohl dem Untersuchungsausschuss als auch der Öffentlichkeit zunächst vorenthalten. Stattdessen präsentierte Finanzminister Magnus Brunner eine 18-seitige Zusammenfassung, in der alle Verbindungen zu Kabinett und Generalsekretariat und damit zur politischen Ebene fehlten.

Der Grund für die Zurückhaltung: Der Bericht zeichnete ein verheerendes Bild, für das ausschließlich die ÖVP-Führung im Ressort verantwortlich war. Zwischen 2015 und 2020 stiegen die Ausgaben für Inserate von 3 auf 13 Millionen Euro.⁵⁶ Der Anstieg erklärt sich vor allem durch Budgetzubuchungen, die Dietmar Schuster, stellvertretender Kabinettschef direkt unter Thomas Schmid und sein späterer Nachfolger als Generalsekretär im Finanzministerium, genehmigte. Der Bericht stellte auch das völlige Fehlen von Kontrollen bei der Auftragsvergabe fest. Schockierend ist zum Beispiel, dass im Ministerium 26 der insgesamt 28 im Bericht überprüften Studien gar nicht aufzufinden waren, sondern erst vom Umfrageinstitut angefordert werden mussten.⁵⁷

Wie diese Zubuchungen funktionierten, erklärte Schuster vor dem Ausschuss wie folgt:

„Wir haben beim jeweiligen Pressesprecher nachgefragt: Entspricht das dem politischen Willen? – Wenn ja, wurde das dann freigegeben.“⁵⁸

Mit der Veröffentlichung der Zusammenfassung sollten die desaströsen Ergebnisse des Revisionsprozesses beschönigt und der wahre Inhalt vor der Öffentlichkeit versteckt werden.

Wer ist Dietmar Schuster?

Nach langjähriger Tätigkeit im Kabinett des Finanzministeriums wurde Schuster 2019 zu dessen Generalsekretär bestellt. Vor allem sein Vorgänger Thomas Schmid freute sich über seine Bestellung. Schmid schrieb an den damaligen Finanzminister Blümel:

SCHMID AN BLÜMEL (23. MÄRZ 2019):

„Also General ist ja genial - jetzt ist der Didi happy! Gernot ich mach ALLES für dich du bist genial! Und Schuster wird Dir ewig dankbar sein und nur Dir dienen!“⁵⁹

Schuster und Schmid zeigten nicht nur durch die Vergaben im Finanzministerium, mit welchem Selbstverständnis sich die ÖVP an der Staatskasse bediente. Schmid's Sekretärin berichtete ihm etwa von einem 650 Euro teuren, auf die EU-Ratspräsidentschaft gebuchten Abend des Kabinetts des Finanzministeriums im Cafe in der Urania in Wien, der damit endete, dass unter anderem Schuster mit Gläsern auf Passant*innen geworfen hätte.

L. AN SCHMID (15. SEPTEMBER 2018): „Er hat mir erzählt, dass sie Menschen beschossen haben, die getroffen wurden und sich beschwert haben! (...) Die haben sich einfach nicht im Griff.“⁶⁰

Bauernopfer Johannes Pasquali

Für die ÖVP war nach der Vielzahl an festgestellten Mängeln klar - eine*r muss dafür den Kopf hinhalten. Schnell fand man ein „Bauernopfer“ und der Ministeriumssprecher Johannes Pasquali verlor Anfang Dezember 2021 seinen Job.⁶¹ Ein ganz anderes Schicksal traf den einstigen Generalsekretär Dietmar Schuster, über dessen Schreibtisch die Zubuchungen laut Revisionsbericht liefen und der im Revisionsbericht 14-mal im Zusammenhang mit den Beinschab-Studien gebracht wurde. Sein Name wurde aus dem veröffentlichten Bericht gestrichen und er wurde zum Leiter der Budgetsektion des Finanzministeriums befördert.⁶² Gegen andere Bewerber*innen musste er sich nicht durchsetzen, da er der einzige Bewerber für den Posten war.⁶³



Erfolg für Kern-Mitterlehner verhindern - Um jeden Preis

Die ÖVP war sich vor den Nationalratswahlen 2017 für nichts zu schade. Aufgekommene interne Chatprotokolle zeigten, dass seitens der ÖVP rund um Sebastian Kurz versucht worden ist, jeden Kompromiss zu zerstören, um das Bild einer gescheiterten Koalition zeichnen zu können.

Was die ÖVP von ihrem damaligen Koalitionspartner, der SPÖ, hielt stellte Johanna Mikl-Leitner schon Anfang 2016 klar.

MIKL-LEITNER AN KLOIBMÜLLER (3. FEBRUAR 2016): „Rote bleiben Gsind!!!“⁶⁴

Die Kinderbetreuungs- Milliarde⁶⁵ - Kurz will „ein Bundesland aufhetzen“
Bekanntestes Beispiel sind wohl die 1,2 Milliarden Euro, die Bundeskanzler Kern (SPÖ) im Juni 2016 in die Nachmittagsbetreuung stecken wollte. Schmid berichtete Kurz, dass Kern und Vizekanzler Mitterlehner (ÖVP) kurz vor einer Einigung standen:

SCHMID AN KURZ (30. JUNI 2016): „Ziel-1,2 Mrd für Nachmittagsbetreuung mit Rechtsanspruch und Vereinbarungen Bund Gemeinden ohne Länder! Mega Sprengstoff!“

Die Antworten von Sebastian Kurz hatten es in sich:

KURZ: „Gar nicht gut!!! Wie kannst du das aufhalten?“ und: „Kann ich ein Bundesland aufhetzen?“

Abschaffung der Kalten Progression - „Kurz will KEINE Lösung“

Auch bei der Abschaffung der Kalten Progression stand man in der Regierung Kern kurz vor einer Einigung. Für die ÖVP ein Problem, das es zu beseitigen galt, denn die Darstellung der Regierung als eine des „Stillstandes“ würde unter dem Erfolg endgültig zusammenbrechen.

SCHMID (27. APRIL 2017): „Kurz war ganz klar. Chef meinte er habe so tollen Kompromiss Kurz sagte er will KEINEN Kompromiss und KEINE Lösung Wenn er es macht ist er draußen.“⁶⁶

Unternehmer-Plattform fürs Negative Campaigning⁶⁷

Im Vorfeld der Nationalratswahlen 2017 wollte die ÖVP eine Plattform aus Unternehmer*innen zusammenstellen. Ihr Ziel: Die Wirtschaftspolitik des damaligen Bundeskanzlers Kern schlechtzureden. Bezahlt werden sollte das Unterfangen durch die Industriellenvereinigung (IV), als Ansprechpartner erkor die ÖVP den Vorsitzenden der IV-Vorarlberg, Martin Ohneberg.

Neben Schmid suchten ab 2016 auch Axel Melchior, Dietmar Schuster und Johannes Frischmann nach Unternehmer*innen. Ohneberg wurde die Sache jedoch schließlich zu heikel:

OHNEBERG AN SCHMID (28. NOVEMBER 2016): „Sorry, aber das ist mir zu heiß & auch nicht gut für meine IV Sache.“

Er schrieb Schmid, dass ihm „bei den verdeckten Dingen nicht wohl“ sei. Die Öffentlichkeit würde irgendwann „sicherlich wissen wollen, was/wer hinter der Initiative steckt“. Da die ehrliche Antwort - die türkise ÖVP - verheimlicht werden müsste, könne er, Ohneberg, dann „nur lügen“.

Einsparungen in SPÖ-Hochburgen⁶⁸

Auch inner-koalitionär wurde alles daran gesetzt, dem damaligen Koalitionspartner, der SPÖ, nichts zu schenken. So schrieb Schmid etwa kurz vor den Nationalratswahlen 2017 an Bernhard Bonelli, damals im Kabinett von Kurz im Außenministerium:

SCHMID AN BONELLI (2. OKTOBER 2017): „Wollen wir sparen und auf Schüssel machen. In den ersten Jahren Politik machen und lediglich EU Vorgaben einhalten mit Ziel 0 Defizit am Ende der Periode - Änderungen in SPÖ Hochburgen wo viel zu holen ist und es niemandem weh tut.“

Um die Politik der ÖVP zu finanzieren plante die Partei offenbar Einsparungen bei der Bevölkerung in „roten“ Städten und Gemeinden.

TEIL 2

Wie die ÖVP die Macht missbraucht

Das System des ÖVP-Machtmissbrauchs: Sobald man die Kontrolle in einem Bereich des Staates übernahm, floss Steuergeld an der ÖVP nahestehende Firmen & Freunde zurück. Die Entscheidungen, wer einen Auftrag bekommen sollte, welches Inserat geschaltet wurde oder wer einen Job bekommen sollte, orientierten sich nicht am Nutzen für die Republik und ihre Bürger*innen, sondern, ob es der ÖVP nutzt. Posten für die ÖVP-Familie ermöglichten den Missbrauch der Staatsmittel, die Beeinflussung von Auftragsvergaben und konservierten den Einfluss der ÖVP langfristig.

Es bleibt in der türkisen Familie. ÖVP-Ministerien veranstalteten am 1. Mai 2019 ein rauschendes „Familienfest“ im Schlosspark Schönbrunn in Wien. Die Rechnung - 300.000 Euro - überlassen sie den Steuerzahler*innen. Die Event-Agentur Media Contacta, die das ÖVP-Event auf Staatskosten organisierte, ist immer wieder für die ÖVP im Einsatz und gehört praktischerweise auch zur Familie.
Foto: BMNT/Gruber



Steuergeld für Parteiumfragen - Das Unterhuber-Demox-Tool

Spätestens seit dem Bekanntwerden des Beinschab-Österreich-Tools im Herbst 2021 ist klar, wie wichtig Umfragen für die ÖVP sind. Über eine halbe Million Euro Steuergelder erhielt Sabine Beinschab für ihre teils frisierten Umfragen. Die Fragestellungen diktierten Mitarbeiter aus den politischen Büros der Ministerien (Finanzen, Außenministerium, Bundeskanzleramt).

Die Causa beschäftigt nicht nur das Parlament, sondern auch seit über einem Jahr die Justiz.⁶⁹ Die Arbeit des ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschusses konnte nun noch ein weiteres Umfrage-Tool der ÖVP ans Licht bringen, mit dem man sich auf Kosten der Ministerien (Finanzen, Inneres, Wirtschaft, Landwirtschaft, Verteidigung; alle ÖVP-geführt) über lange Zeiträume zu aktuellen Umfragedaten zu parteipolitischen Fragen verhalf.

Dreh- und Angelpunkt des Umfragetools ist Paul Unterhuber, ehemaliger Direktor des Wiener Bauernbundes⁷⁰ und Mitarbeiter im ÖVP-Rathausklub⁷¹ sowie Wirtschaftsbund-Kandidat bei den Wirtschaftskammerwahlen 2020⁷², mit seinem 2018 gegründeten Umfrageinstitut Demox Research.⁷³ Jahrelang gaben mehrere ÖVP-Ministerien Umfragen bei Demox in Auftrag. Abgefragt wurden gleichlautende Fragen, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Ministerien fielen. Die Fragebögen wurden fast ausschließlich in enger Abstimmung mit den politisch besetzten Minister*innenbüros erstellt. Im Untersuchungsausschuss kam daher auch der Verdacht auf, dass die Daten in weiterer Folge der ÖVP zur Verfügung gestellt wurden.

Anfänge im Innenministerium unter Wolfgang Sobotka

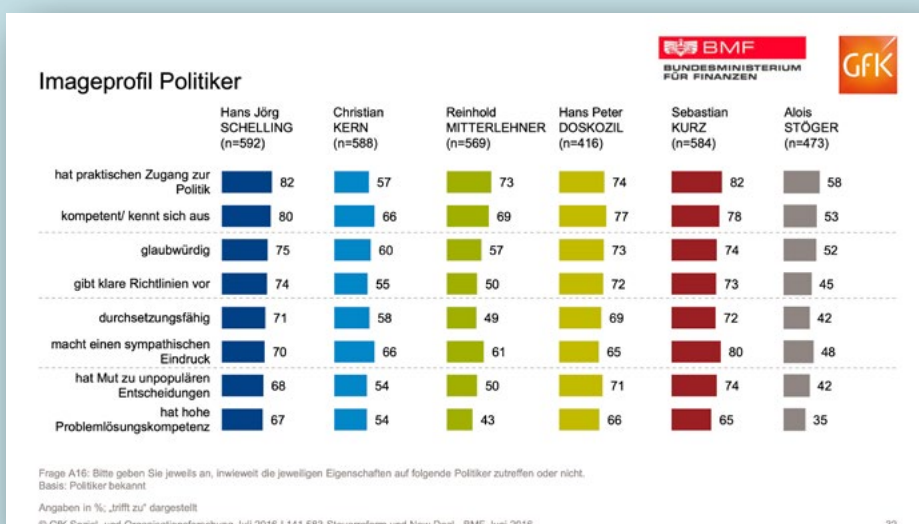
Unterhuber begann seine Karriere beim Meinungsforschungsinstitut GfK⁷⁴, wo er bereits einige Umfragen im Auftrag des Innenministeriums durchführte. Schon damals fanden sich in den Umfragen der GfK für das Ministerium sachfremde Themen, um Forderungen und Ideen der ÖVP zu

untermauern. Besonders deutlich wurde dies bei einer Umfrage des Innenministeriums 2016 unter Wolfgang Sobotka zum „Subjektiven Sicherheitsgefühl“.⁷⁵ Noch im Oktober 2016 unterhielt sich Sobotkas damaliger Kabinettschef Michael Kloibmüller mit Stefan Steiner, dem Kurz-Berater im Außenministerium, über die Notwendigkeit neuer „fremdenrechtlicher Knaller“ sowie die ÖVP-Forderung nach 2,5-Euro-Jobs für Schutzsuchende.

STEINER (5. OKTOBER 2016): „Eine Idee zu den 2,5€ Jobs, die wir alle inklusive HBM gut finden (...). Wäre eine versteckte Verschärfung, die aber ganz vernünftig rüber kommt... LG Stefan“.

KLOIBMÜLLER: „Klingt super!!! Nehmen wir mit. LG“⁷⁶

Nur einen Monat später inkludierte Paul Unterhuber in der vom Innenministerium in Auftrag gegebenen Studie nicht nur Fragestellungen zur Mindestsicherung, sondern auch zu den bereits erwähnten 2,5-Euro-Jobs für Schutzsuchende – beides Themen, für die das Innenministerium nicht zuständig ist.⁷⁷ Ein weiteres Beispiel findet sich im Finanzministerium, das durch Unterhuber und die GfK 2016 Beliebtheitswerte aktueller Politiker*innen erheben ließ.⁷⁸



1. Mai-Kampfrhetorik

Wenn Gewerkschaft und Arbeiterkammer am 1. Mai kämpferische Parolen gegen Unternehmen erheben und einen neuen Verteilungskampf fordern: was denken Sie sich dabei?

- „Das ist die übliche 1.-Mai-Show und nicht sehr glaubwürdig“.
- „Wir benötigen keinen Kampf, sondern mehr Anstrengungen für ein Miteinander zur Lösung der Krise“

Zustimmung zur Aussage

„Die Opposition aus SPÖ, FPÖ und NEOS leistet gute Arbeit in der aktuellen Krise“?

ÖVP-geführte Ministerien (Wirtschaft, Inneres, Landwirtschaft, Finanzen, Verteidigung) zahlen Serien an parteipolitischen Umfragen, in denen z. B. Wordings abgetestet werden, mit Steuergeld. Mutmaßliche Empfängerin der Ergebnisse: die ÖVP.

Mit an Bord: Der ÖVP-Haus- und Hof-Demoskop

Das hier mit Unterhuber entwickelte Tool wurde nach der Gründung seines eigenen Umfrageinstitutes 2018 weiter ausgebaut. In dessen wissenschaftlichen Beirat saß bis zum Frühjahr 2022 der Meinungsforscher Franz Sommer, der als „Haus- und Hof-Demoskop der türkisen ÖVP“⁷⁹ gilt und auch von der WKStA in Bezug auf das Beinschab-Tool als „offizieller Umfragelieferant“ der ÖVP angeführt wird.⁸⁰

Zwischen 2019 und 2021 verzehnfachten sich die Ausgaben des Wirtschafts- sowie des Landwirtschaftsministeriums an Demox und es flossen über 300.000 Euro an Unterhubers Unternehmen.⁸¹ Die unterschiedlichen Beauftragungen hatten einige Gemeinsamkeiten: Meist fanden sich in den Fragebögen Fragestellungen, die nichts mit den Zuständigkeiten der Ministerien zu tun hatten, und die Fragen wurden oft an den Fachabteilungen vorbei direkt mit den Kabinetten und somit den politisch besetzten Büros der Minister*innen abgestimmt. Diese wollten im Nachhinein allesamt mit den Beauftragungen nichts zu tun gehabt haben.

Umfragen ohne Zusammenhang mit Aufgaben der Ministerien

Demox fragte für das Wirtschaftsministerium 19 Mal die Imagewerte der Ministerin Margarete Schramböck⁸² sowie Meinungen über die Oppositionsarbeit⁸³ oder den Maiaufmarsch der SPÖ⁸⁴ ab - also jede Menge Fragen, für die ein Zusammenhang mit den Aufgaben des Ministeriums nicht erkennbar ist.

Ähnliches fand man auch im Landwirtschaftsministerium, in dessen Auftrag etwa Meinungen zur Arbeitslosigkeit⁸⁵ oder zur Aufnahme von Flüchtlingen⁸⁶ abgefragt wurden.

Die Erklärungsversuche der Auskunftspersonen waren mitunter abenteuerlich. Die ehemalige Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger versuchte es etwa mit der Argumentation, dass die Frage ihres Ressorts aus dem September 2021 - „*Was glauben Sie: Können wir noch mehr Flüchtlinge aufnehmen, als wir bisher schon aufgenommen haben?*“ - in ihren Zuständigkeitsbereich falle, da „*wir mit der Kompetenzerweiterung 2020 um den Bereich Post, Breitband, Telekom auch zwei Sicherheitsforschungsprojekte, Kiras und Forte, in die Zuständigkeit [...] bekommen haben*“.⁸⁷ Bei Kiras und Forte handelt es sich aber um Forschungsprogramme, die sich mit der zivilen Sicherheit (Schutz kritischer Infrastruktur, Cybersecurity etc.) und mit Rüstungs- und Verteidigungsforschung beschäftigen.

Der Inhalt der Fragestellungen war nicht das einzig Auffällige an den Umfragen, denn auch Zeitpunkt und Häufigkeit warfen einige Fragen auf. In den Monaten vor der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl 2020 wurden beispielsweise vermehrt Studien seitens der ÖVP-geführten Ministerien bei Demox in Auftrag gegeben.⁸⁸ Wenig später präsentierten August Wöginger (ÖVP-Klubobmann) und Axel Melchior (damals ÖVP-Bundesgeschäftsführer) in einem Hintergrundgespräch zu den Wien-Wahlen aktuelle Umfragewerte

und verwiesen auf Demox bzw. den Umfragelieferanten der ÖVP, Dr. Sommer.⁸⁹

Flucht aus der Verantwortung

Bei den Befragungen vor dem Untersuchungsausschuss wurden die Erinnerungslücken der zuständigen Minister*innen und ihrer Kabinettsmitarbeiter*innen und die Flucht aus der Verantwortung deutlich. Niemand wollte für die inhaltlichen Fragestellungen verantwortlich sein. So auch der ehemalige Generalsekretär des Landwirtschaftsministeriums unter der Ministerin Elisabeth Köstinger, Gernot Maier, der zwar direkt mit Unterhuber die Fragebögen abstimmte - „*Fragebogen stimme ich mit Unterhuber ab, LG Gernot*“⁹⁰ - sich aber nicht erklären konnte, warum Landwirtschafts-, Wirtschafts- sowie Verteidigungsministerium idente Fragestellungen mit gleichen Stichproben in Auftrag gegeben hatten.⁹¹

Doch auch die Klärung von Verantwortlichkeiten und Zuständigkeit innerhalb der ÖVP für die Beauftragung von Demox erwies sich als alles andere als einfach. Karl Nehammer gab an, als Generalsekretär der ÖVP für die politische Kommunikation der Partei zuständig gewesen zu sein. Studien und Umfragen wären aber durch den damaligen Bundesgeschäftsführer Axel Melchior in Auftrag gegeben worden.⁹² Melchior wollte vor dem Ausschuss gar keine Auskunft darüber geben, wer sich innerhalb der Partei mit dem Thema auseinandergesetzt hat.⁹³



Die Republik als Selbstbedienungsladen: ÖVP bedient sich an Corona-Hilfsgeldern

Im Sommer 2022 flog ein millionenschwerer Förderskandal der ÖVP auf. Teilorganisationen der Partei bedienten sich am Corona-Hilfstopf für gemeinnützige Organisationen – obwohl die ÖVP wusste, dass dies rechtswidrig war. 853.000 Euro kassierte die Jugendorganisation des ÖVP-Bauernbundes in Tirol, zwei Millionen Euro der ÖVP-Seniorenbund in Oberösterreich.

Der „Non-Profit-Organisationen-Unterstützungsfonds“ (NPO-Fonds) wurde während der Covid-19-Pandemie gegründet, um gemeinnützige Organisationen aus allen Lebensbereichen, vom Sozialbereich über Kultur bis zum Sport, freiwillige Feuerwehr oder gesetzlich anerkannte Religionsgemeinschaften finanziell zu unterstützen. Politische Parteien und ihre Teilorganisationen waren von dieser Förderung dezidiert ausgeschlossen.

Tiroler Jungbauernschaft = ÖVP

Insgesamt wurden rund 770 Millionen Euro an circa 23.500 begünstigte Organisationen ausgezahlt. 853.000 Euro davon kassiert die Jugendsektion des ÖVP-Bauernbunds in Tirol - die „Jungbauernschaft/Landjugend“. Die Parteizugehörigkeit der antragstellenden Zweigvereine wurde lange bestritten, dabei ist das Vereinsstatut sehr eindeutig:

„Der Verein ‚Jungbauernschaft/Landjugend‘ [...] ist ein Zweigverein des Hauptvereins Tiroler Bauernbund (Sektion Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend).“⁹⁴

Obgleich diese Information teilweise den Mitgliedern vorenthalten wird, sind die Ortsgruppen Teil des Hauptvereins und somit Teil der ÖVP. So sah das auch nach ausgiebiger Prüfung das zuständige Ministerium des Vizekanzlers und forderte

das zu Unrecht bezogene Steuergeld zurück. 590.858,40 Euro wurden bis zum Stichtag am 17. Jänner 2023 der Republik zurücküberwiesen. 21 Vereine kamen der Rückzahlungsaufforderung bis dahin gar nicht nach, 11 weitere nur teilweise.⁹⁵

Bundes-ÖVP wusste Bescheid

Die ÖVP sparte nicht mit Schuldzuweisungen gegen Vizekanzler Werner Kogler (Grüne). Dabei hatte sie die eigene Jugend wissentlich ins Messer laufen lassen. Entgegen der öffentlichen Beteuerungen war sich die ÖVP völlig darüber im Klaren, dass die Jungbauernschaft juristisch ein

Teil der Parteistruktur ist, wodurch diese nicht antragsberechtigt war.

Am 8. Juli 2020 öffnete sich das Zeitfenster für die Antragstellung. Am gleichen Tag machte sich auch die Bundes-ÖVP Gedanken über die Parteizugehörigkeit der Jungbauernschaft. In einem Handout zu dieser internen Besprechung hielt die ÖVP fest:

„Aufgrund der Statuten der Teilorganisationen sowie der Landes- und Bundesparteien erwirbt man durch Beitritt zu einer Teilorganisation automatisch auch die Mitgliedschaft zur ÖVP (normalerweise zu einer Landespartei).

Sämtliche Mitglieder der Jungbauernschaft sind somit jedenfalls Vereinsmitglieder des jeweiligen Landes-Bauernbundes.“⁹⁶



Komplettservice beim Fördergeldeinheimsen.
Jetzt muss zurückgezahlt werden.
Fotos: Eigene Screenshots.

Anträge wurden zentral orchestriert

Im Zeitraum von 2020 bis 2021 stellten 120 der 290 Ortsgruppen der Tiroler Landjugend/Jungbauern Anträge beim NPO-Fonds, teilweise auch mehrfach. Auf die Idee dürften die Zweigvereine aber nicht selbstständig gekommen sein. Ein Informationsschreiben forderte die Vereine auf, sich erst an die Landesorganisation und anschließend bei „*LBG, unserem Steuerberater und Kooperationspartner punkto NPO-Fonds*“ zu melden.

Keine Überraschung also, dass sowohl bei der Antragstellung als auch bei einer Anfrage des zuständigen Ressorts des Vizekanzlers, ob es sich bei den Antragstellern um eine Teilorganisation einer Partei handelt, alle Ortsorganisationen den exakt gleichen Wortlaut verwendeten. Die LBG Niederösterreich gehört über ein Firmenkonstrukt der Landwirtschaftskammer. Geschäftsführer ist der ehemalige Bundesleiter der Landjugend Österreich.

Den Anträgen war außerdem gemein, dass die beantragten und geförderten Kosten oft ausschließlich aus dem Struktursicherungsbeitrag⁹⁷ bestanden. Bei den förderbaren Kosten wurden von den unterschiedlichen Antragsteller*innen kaum bis keine Kostenpunkte angeführt. Bei vielen Zweigvereinen wurde als einziger förderbarer Kostenpunkt die Zahlung für die Steuerberatung in Höhe von 600 bis 1.800 Euro an die LBG Österreich GmbH Wirtschaftsprüfung & Steuerberatung, Zweigstelle Niederösterreich, angeführt.

Im Untersuchungsausschuss wollte die SPÖ daher vom Tiroler ÖVP-Jungbauern-Obmann Dominik Traxl wissen, ob der Fördermissbrauch orchestriert wurde und welche Rolle er, die ÖVP oder einzelne Politiker*innen gespielt hätten - Traxl hatte dazu im Wesentlichen „*keine Wahrnehmungen*“ bzw. keine Erinnerung. Zugegeben hat er aber allerdings, dass das Landesbüro der ÖVP-Jungbauern/Landjugend eine Information der Landjugend Österreich zum NPO-Fonds an seine Zweigvereine weitergeleitet hatte - aber nicht er persönlich, sondern: „*Die Mitarbeiter des Büros haben dies weitergeleitet.*“⁹⁸

ÖVP-Seniorenbund deklariert sich als parteiunabhängig und holt 2 Millionen

Die Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend war nicht die einzige ÖVP-Organisation, die zu Unrecht Fördergeld bezogen haben dürfte. Auch zwei Ortsvereine der Jungen Volkspartei sowie ein Ortsverein des Wirtschaftsbundes bezogen Geld aus dem NPO-Fonds. Die rund 16.000 Euro wurden inzwischen jedoch zurückerstattet. Spitzenreiter bei diesem ÖVP-Förderskandal war aber der „Seniorenbund Oberösterreich“. Knapp zwei Millionen Euro holte sich die ÖVP-Teilorganisation in Oberösterreich aus dem NPO-Fonds im Vizekanzleramt ab.

Der Verein, der die Anträge stellte, soll laut ÖVP völlig unabhängig sein. Dieser habe mit der ÖVP-Teilorganisation Seniorenbund nichts zu tun. Andererseits erklärte der Seniorenbund sogar selbst, eine ÖVP-Teilorganisation zu sein. Ende Jänner 2023 entschied schließlich auch der Unabhängige Parteientransparenzenrat, dass der Seniorenbund rechtlich eindeutig ein Teil der ÖVP ist. Mitte Februar entschied auch das Vizekanzleramt, dass der Seniorenbund Oberösterreich die Förderung zurückzahlen muss.

Nicht nur auf Bundesebene und in den Bundesministerien - es ist ziemlich egal, in welches Bundesland oder in welche Teilorganisation man sieht - überall dasselbe Bild: Die ÖVP vergreift sich an Steuermitteln und leitet diese in eigene Kanäle um.



COFAG: Gewinngarantien für Großprofiteure

Unter Federführung des ÖVP-Finanzministers Gernot Blümel wurde im Frühjahr 2020 die Covid-19-Finanzierungsagentur des Bundes gegründet, um die Corona-Hilfen an Unternehmen abzuwickeln.⁹⁹ Bald zeigten sich viele Ungereimtheiten, von Intransparenz bis zur strukturellen Überförderung großer Unternehmen. Die COFAG-Struktur wurde bewusst geschaffen, um die parlamentarische Kontrolle auszuschalten. Gleichzeitig hatten die Betriebe weniger Rechtssicherheit.

19 Milliarden Euro bekam die COFAG vom Finanzministerium. Trotzdem konnte das Parlament diese Ausgaben nicht kontrollieren. Die COFAG wurde bewusst als ausgegliederte Gesellschaft gegründet und somit der parlamentarischen Kontrolle entzogen.

Die COFAG wurde als Tochtergesellschaft der ABBAG - einer weiteren Gesellschaft des Bundes - gegründet, die sich um die Abwicklung der Hypo Alpe Adria gekümmert hat. Auch die ABBAG warf Fragen im Ausschuss auf. Geschäftsführer der ABBAG und der COFAG war Bernhard Perner, der seinem Vorgänger als ABBAG-Geschäftsführer, Michael Mendel, einen Bonus über 1,5 Millionen Euro genehmigte und sich selbst 280.000 Euro. Der Ausschuss konnte aufdecken, dass diese Prämien an Erfolgsbedingungen gekoppelt waren, auf die weder Perner noch Mendel irgendeinen Einfluss hatten.¹⁰⁰

Das musste schließlich auch der ABBAG-Aufsichtsratschef und langjährige Sektionschef im Finanzministerium, Wolfgang Nolz, bestätigen. Wie es überhaupt zum Bonus für Mendel kam, erklärte er in seiner Befragung so: Dieser Bonus sei auf

Weisung des damaligen Finanzministers Hans Jörg Schelling (ÖVP) gewährt worden. Doch wofür genau ist nirgends festgehalten.

„Also ich glaube, es wird sehr wohl eine Art von Zettel gegeben haben, aber ich kann ihn leider auch nicht herbeizaubern“¹⁰¹ so Nolz.

Doppelte Bezüge für zwei Halbtagsfunktionen

In den Untersuchungsausschuss geladen war der frühere COFAG-Geschäftsführer Bernhard Perner, der gemeinsam mit Thomas Schmid im Finanzministerium zum „inner circle“¹⁰² gehörte. Perner war im Kabinett des ÖVP-Finanzministers Löger tätig, Geschäftsführer der Abbaubeteiligungsgesellschaft des Bundes (ABBAG), Prokurist der ÖBAG und Geschäftsführer der COFAG. Mehrere dieser Aufgaben führte er parallel aus und erhielt dadurch gleichzeitig auch mehrere Gehälter. Ein Punkt, den auch der Rechnungshof kritisierte. 2020 kamen so rund 434.000 Euro zusammen, ab dem Jahr 2021 rund 350.000 Euro. Perner zahlte inzwischen deshalb 80.000 Euro zurück. Wie es machbar gewesen sein soll, gleich mehrere so verantwortungsvolle Positionen gleichzeitig auszuüben, darüber wunderte sich auch der Verfahrensrichter. „Wie ist das möglich?“¹⁰³, fragte der Verfahrensrichter nicht nur Perner, sondern wohl auch sich selbst.

60 Millionen Euro für externe Beratung

Die COFAG hatte extrem hohe Ausgaben für externe Beratung. Der zweite Geschäftsführer der COFAG, Marc Schimpel, sagte auf Fragen nach Beratungskosten: „Wir haben mit Stand 31.10. [2022] Nettogesamtkosten von - wenn ich es richtig in Erinnerung habe - knapp 60 Millionen Euro.“¹⁰⁴ Die COFAG war vor allem für die großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften ein Riesengeschäft. Offen bleibt die Frage, was die COFAG mit ihren rund 30 Mitarbeiter*innen selbst eigentlich macht(e), wenn sie einerseits 60 Millionen für externe Prüfungen ausgab, sich aber andererseits von 300 Vollzeitbeschäftigten in der Finanzverwaltung zuarbeiten lässt. Zugleich hat die COFAG selbst hohe Verwaltungskosten von deutlich mehr als 20 Millionen Euro im Jahr.

Ein Beispiel von Überförderung: ÖVP-Abgeordneter Hörl

Ein Beispiel von Überförderung durch die COFAG verkörpert der Tiroler ÖVP-Abgeordnete, Hotelier und Seilbahnchef Franz Hörl. Er erhielt für sein Hotel alleine im Jahr 2020 über 150.000 Euro an Corona-Förderungen – und das, obwohl er in diesem Jahr 380.000 Euro Gewinn (nach Steuern) machte und er in seiner Bilanz 1,3 Millionen Euro Gewinnrücklage aus den Vorjahren stehen hatte.¹⁰⁵

Wie man Milliarden an der parlamentarischen Kontrolle vorbei verteilt: Die Konstrukteure der COFAG, Bernhard Perner (links im Bild; langjähriger Mitarbeiter in ÖVP-Kabinetten, ABBAG- und COFAG-Geschäftsführer) und Gernot Blümel (ÖVP-Finanzminister Jänner 2020 bis Dezember 2021). Foto: ROBERT JAEGER / APA / picturedesk.com

Die Rückzahlung der Förderungen – da es das Unternehmen ja offenbar nicht nötig hatte – kommt für Hörl nicht infrage: „Diese Frage stellt sich nicht“¹⁰⁶, sagte Hörl vor dem Untersuchungsausschuss. Er zählt mit Förderungen in Höhe von insgesamt 1,5 Millionen Euro für die Jahre 2020-2022 zu den Top 1% der Bezieher*innen von Corona-Hilfen.

24 Millionen Euro Corona-Hilfen für die Spender der „Adlerrunde“

Er ist damit aber nicht allein, sondern in guter Gesellschaft seiner Freunde aus der „Tiroler Adlerrunde“. Auch sie langten kräftig bei den Steuergeldtöpfen zu. In den Jahren davor spendeten Mitglieder der „Adlerrunde“ 1,1 Millionen Euro an die ÖVP. Unternehmen der „Adlerrunde“ bekamen in Summe 24 Millionen Euro an Corona-Hilfen von der COFAG.¹⁰⁷

Überförderung an parlamentarischer Kontrolle vorbei

Mit der Kritik an der COFAG war der Untersuchungsausschuss nicht allein. Im August 2022 veröffentlichte der Rechnungshof seinen Bericht und zerpflückte das missglückte Krisenfinanzierungsprojekt

der Regierung. Mit der Gründung einer externen GesmbH entzog man die Hilfszahlungen der demokratischen Kontrolle durch das Parlament, die Personalbestellungen und die hohen Gehälter sowie die Beratungskosten von 36 Millionen Euro (bis Dezember 2021) wurden darin scharf kritisiert.¹⁰⁸ Die Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker bekräftigte in ihrer Befragung: „Die Sparsamkeit können wir da nicht bestätigen.“¹⁰⁹ Außerdem stellte der Rechnungshof das Potential zur Überförderung fest. Die Überförderungen ergaben sich etwa daraus, dass für den Umsatzersatz kein Nachweis des Umsatzrückgangs nötig war. Konzerne hätten für ihre Einzelunternehmen Förderungen bekommen und eine wissenschaftliche Begleitung zur Evaluierung der Treffsicherheit habe gefehlt, wie Kraker erklärte.

„Dann gibt es noch durch die Kombination von Umsatzersatz mit Covid-19-Kurzarbeitsbeihilfe – auch da haben wir errechnet am Beispiel von 50 ausgewählten Unternehmen – für den Monat November einen Betrag von bis zu 29 Millionen Euro Überförderung, und beim Fixkosten-

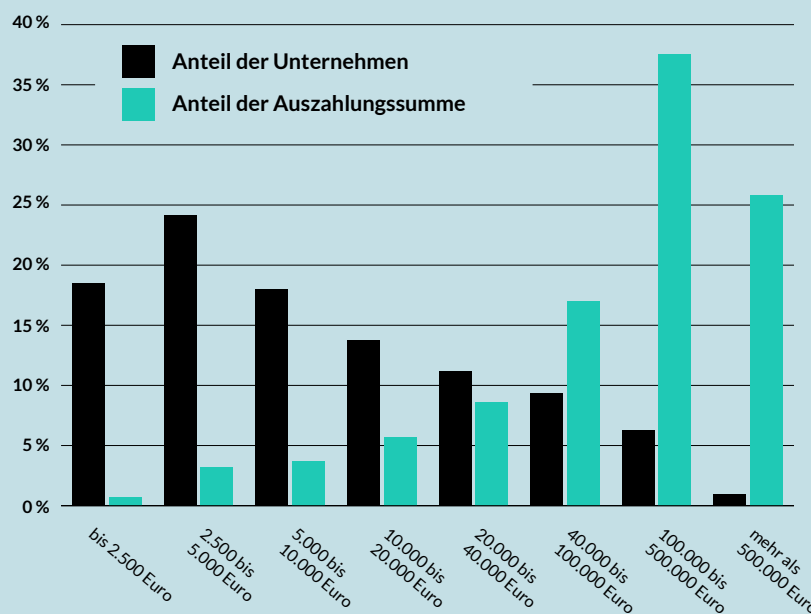
zuschuss I gab es eben ein Förderdesign mit gestaffelten Ersatzraten. Und auch das hätte im Vergleich [...], sozusagen gibt es hier ein Potenzial von ungefähr 101 bis 117 Millionen Euro.“¹¹⁰

Großverdiener statt Kleinbetriebe: 1% der Unternehmen erhielt 25% des Corona-Hilfsvolumens

Die Zahlen belegen: Die COFAG war ein Instrument zur Förderung von (umsatzstarken) Großbetrieben, aber nicht, wie die Regierung behauptet, zur Existenzsicherung der kleineren und mittleren Betriebe. 60% der genehmigten Zuschüsse betragen über 100.000 Euro. Die Top 7,2% der Unternehmen erhielten 61,6% der Corona-Gelder und das Top 1% erhielt gar ein Viertel aller Hilfgelder.¹¹¹

Der Kritik des Untersuchungsausschusses sowie des Rechnungshofes an den Überförderungen durch die COFAG schlossen sich auch die OeNB (Österreichische Nationalbank) und das WIFO (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) an.¹¹²

Sehr viel Förderung für wenige Unternehmen, wenig Förderung für sehr viele Unternehmen. Laut Rechnungshof: „Strukturelle Überförderung“.



**Vergiss nicht – du hackelst im
ÖVP Kabinett!! Du bist die Hure
für die Reichen!**



Aggressive Steuervermeidung mit der ÖVP

Die ÖVP macht seit Jahrzehnten Politik für die Reichen. Der Untersuchungsausschuss deckte die Bemühungen der ÖVP auf, die Steuerschulden ihrer Freunde und Förderer möglichst klein zu halten. Denn von Milliardär Rene Benko bis zum Großinvestor Siegfried Wolf - für sie hat die ÖVP immer ein offenes Ohr. Oder wie Thomas Schmid es in einer Nachricht an einen Mitarbeiter ausdrückte: „*Vergiss nicht – du hackelst im ÖVP Kabinett!! Du bist die Hure für die Reichen!*“¹¹³

Der Finanzminister als Steuerberater der Reichen

Die Steuercausa Siegfried Wolf

Das erste und im Untersuchungsausschuss intensiv untersuchte Beispiel waren die Geschehnisse rund um einen Steuernachlass für den Multimillionär Siegfried Wolf in Millionenhöhe. Wolf ist ein wichtiger Machtfaktor in der ÖVP, im Wahlkampf 2017 organisierte er unter anderem eine Spendenrallye für ÖVP-Großspender in seinem Schloss in Reifnitz.¹¹⁴

Wolf versteuerte zwischen 2006 und 2011 seine Einnahmen nicht vorschriftsgemäß und ihm drohte eine saftige Nachzahlung von rund 11 Millionen Euro.¹¹⁵ Die folgenden Geschehnisse zeigten eine neue Dimension des Einsatzes der ÖVP für ihre Freunde auf. Die WKStA berichtete von einer intensiven Zusammenarbeit zwischen dem Kabinett im Finanzministerium einerseits und den Steuerberater*innen Wolfs andererseits sowie von intensiven internen Interventionen. Diese bestanden u. a. aus Serviceleistungen an Wolfs Steuerberater*innen, die mit Tipps versorgt worden seien, mit welcher Vorgehensweise der Steuerbetrag am geringsten ausfallen könnte.¹¹⁶

Aus 11 Millionen werden 7 Millionen
Nachdem sich die Steuerprüfung Wolfs im Jahr 2016 mit der Feststellung einer Nachzahlung von 11 Millionen Euro dem Ende zuneigte, wandte sich Wolf, auf Empfehlung Wolfgang Schüssels, an den damaligen Generalsekretär im Finanzministerium - Thomas Schmid.¹¹⁷ Dieser musste aber feststellen, dass auch der zuständige Sektionschef im Finanzministerium das Ergebnis als korrekt einstufte. Eine Einschätzung, die dieser auch vor dem Ausschuss wiederholte, und von einem anschließenden Termin mit Schmid berichtete:

„Ich kann mich leider an den Termin relativ gut erinnern, weil er besonders unerfreulich war, mit persönlichen Vorwürfen und allem Möglichen.“¹¹⁸

Im Kabinett des damaligen Finanzministers Schelling war man sich einig, alles dafür zu tun, die Steuerlast von 11 auf 7 Millionen Euro zu senken. Sogleich schloss man sich der für Wolf günstigeren Meinung der zuständigen Finanzamtschefin Helga K. an. Wolf und sie kannten sich bereits aus seinem Golfclub Fontana.¹¹⁹ Nach intensiven Interventionen durch das Kabinett,

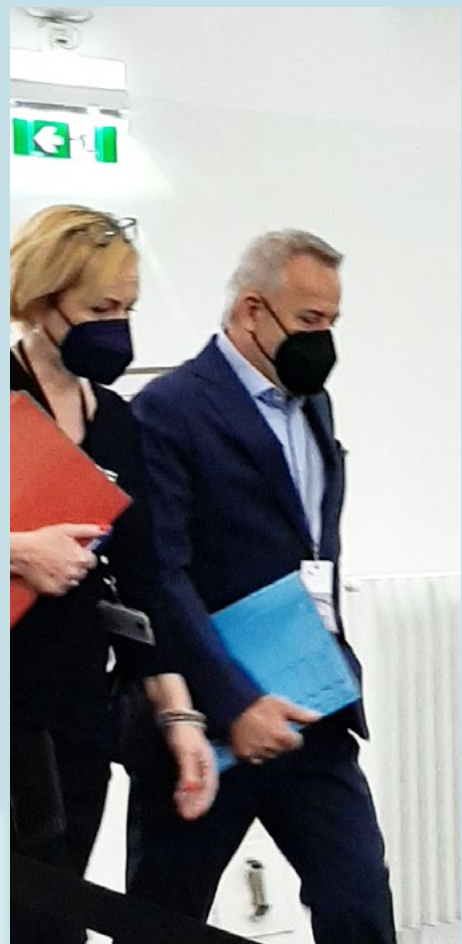
über 30 Terminen auf Ministerebene, 350 Nachrichten Thomas Schmid¹²⁰ und verschiedensten Tricks, wie der Verschiebung von Terminen, um unliebsame Beamte bzw. Beamtinnen ausladen zu können¹²¹, drohte die Großbetriebsprüfung sogar mit dem Einschalten der Staatsanwaltschaft. Eine Drohung, die man im Ministerium durchaus ernst nahm:

SCHMID AN WOLF (2. JULI 2016): „Das ist irre! Großbetriebsprüfung droht auch mit Korruptionsstaatsanwaltschaft. Kämpfen, aber dein Fall kam so verdammt spät zu uns. Melde mich am Montag nochmal. LG t“¹²²

Schließlich gelang es Wolf mit Unterstützung der Kabinette der Bundesminister Schelling, später Löger und Müller im Finanzministerium auch tatsächlich, seine Steuerlast zu mindern. Ein Vorgehen, das fortgeführt wurde, denn Wolf wollte auch nach dem üppigen Nachlass die drohenden Strafzinsen nicht zahlen.¹²³ Besonders für den Nachlass setzte sich Finanzamtsvorständin Helga K. ein. Dafür bekam sie mutmaßlich einen Spitzenposten im Finanzamt Baden, dem „Flaggschiff der Region“¹²⁴, wie ein in die Causa involvierter Beamter vor dem Ausschuss aussagte. Das legen auch vorliegende Chats nahe:

WOLF AN SCHMID (10. JUNI 2018): „Thomas, guten Morgen!! Ich habe mit der Dame geredet. Sie will Baden.“¹²⁵

Im Zuge eines Revisionsprozesses kam im Jahr 2019 der mutmaßlich rechtswidrige Steuernachlass ans Licht und Wolf versuchte noch einmal, die nun erneut ins Haus stehende Nachzahlung abzuwenden. Diesmal konnte ihm Schelling jedoch nicht mehr helfen:



Siegfried Wolf, Spendenrallye-Gastgeber, auf dem Weg in den U-Ausschuss. Foto: Lena Krainz.

SHELLING AN WOLF (5. JULI 2019): „Habe soeben mit Müller gesprochen. Der Bescheid war leider schon draußen. Er empfiehlt eine Berufung (...) Sorry Hans Jörg.“¹²⁶

Die zuständigen Beamten waren sich vor dem Ausschuss einig. Der zuständige Sektionschef im Finanzministerium, Gunter Mayr, gab zu Protokoll: „Mir blutet das Herz, wenn eine Handvoll Personen die Reputation des Ministeriums beschädigt.“¹²⁷ Eine politische Intervention in dieser Intensität habe er noch nicht erlebt. Mit dieser Einschätzung war Mayr nicht alleine, denn auch einer der zuständigen Finanzbeamten beschrieb den Fall als in seiner Karriere einzigartig in Hinblick auf Länge und Zahl der Interventionen.¹²⁸

Warum der eifrige Einsatz der ÖVP für einen der reichsten Männer Österreichs?

Warum war es der ÖVP so wichtig, sich für Siegfried Wolf einzusetzen? Zum einen fand sich Wolfs Name schon in den Listen der Unterstützer*innen für das Projekt Ballhausplatz.¹²⁹ Außerdem organisierte Wolf schon im Jahr 2016 eine Spenden-

gala für den damaligen Außenminister Sebastian Kurz. Wenig später schrieb er an Schmid:

WOLF AN SCHMID (1. SEPTEMBER 2016):
„Ich kaempfe auch für euch mit allen Mitteln!“¹³⁰

Zum anderen zeigte sich Wolf auch abseits des Finanziellen der ÖVP gegenüber dankbar, denn er lobte in öffentlichen Aussagen regelmäßig deren Politiker*innen und bezeichnete beispielsweise Schelling als einen Minister mit „mehr Wirtschaftsverständnis (...) als der Wirtschaftsminister und der Sozialminister zusammen“ oder attestierte dem damaligen Außenminister Kurz „eine bessere Politik als der dafür gewählte Bundespräsident und der Bundeskanzler“.¹³¹ Und dann wäre da noch Wolfs Engagement für die Beziehungen zu Russland: Wolf agierte beispielsweise regelmäßig als Organisator von gemeinsamen Terminen.

„Das hat über den Industriemanager Wolf sehr gut funktioniert und hätte über die österreichische Botschaft wesentlich länger gedauert“¹³²,

so Thomas Schmid vor der WKStA.

Erklärungen für die Sonderbehandlung Siegfried Wolfs durch die Finanzminister Schelling bis Müller sowie ihrer Kabinette gibt es somit viele. Am einfachsten und plakativsten brachte es jedoch Thomas Schmid selbst, in einer Nachricht an den mit der Steuercausa befassten Mitarbeiter Michael Krammer auf den Punkt:

SCHMID AN KRAMMER (6. JÄNNER 2017):
„Vergiss nicht – du hackelst im ÖVP Kabinett!! Du bist die Hure für die Reichen!“¹³³

WKStA-Bericht über Vernehmung Schmid.^{134 & 135}

ÖVP-Steuerservice für den Milliardär René Benko

Der Verdacht, dass auch René Benko in den Genuss eines ÖVP-Steuerservice gekommen ist, erhärtete sich im Laufe des Ausschusses. Thomas Schmid räumte schließlich in seinem umfassenden Geständnis vor der WKStA Intervention im Steuerverfahren ein. Als Gegenleistung sollte Schmid dafür einen hochbezahlten Job mit 300.000 Euro Jahresgehalt, einer Bonuszahlung von weiteren 300.000 Euro und einen Dienstwagen bei Benkos Signa-Gruppe erhalten. Bereits im Oktober 2017 habe es einen diesbezüglichen Vertragsentwurf gegeben. Sebastian Kurz wusste Bescheid und war einverstanden. Er brauchte Schmid aber noch für die Budgeterstellung, weshalb sich der Jobwechsel verzögerte.

14 Millionen Euro weniger Steuern für Benkos Signa

Die Steuerprüfung bei Benko lief bereits einige Jahre - ein komplexe Prüfung rund um internationale Immobilienkäufe, seinen Privatjet, diverse Luxusimmobilien, einen Weinkeller in Innsbruck, sogar Munition und Waffen etc.¹³⁶ Für nichts davon wollte Benko Steuern bezahlen. Schlimmer noch, er wollte sich sogar allerlei Luxusausgaben von der Steuer absetzen lassen. Das Finanzamt Wien ließ sich davon nicht beeindrucken und berechnete eine Steuerschuld von 50 Millionen Euro. Zu viel, wie Benko fand, wollte er doch nur 35 Millionen zahlen. Da das Finanzamt in Wien



René Benko (r.) und Sebastian Kurz, der Milliardär und der (Ex-)Kanzler für die Reichen. Foto: HANS KLAUS TECHT / APA

nicht verhandeln wollte, wurde kurzerhand der Unternehmenssitz der Signa und damit die Zuständigkeit des Finanzamtes von Wien nach Innsbruck verlegt.¹³⁷

Rund um diese Übersiedlung wurde außerordentlich viel telefoniert und geschattet, mit dabei Eduard Müller, und natürlich Thomas Schmid. Er versicherte Benko immer, dass er an seiner Sache arbeite:

SCHMID AN BENKO (4. SEPTEMBER 2018):
„Lieber Rene, in deiner Sache ist alles auf Schiene!“¹³⁸

Der Fachvorstand des vormalig zuständigen Finanzamts in Wien, Werner Löffler, hielt hierzu in den Akten fest:

„Der Grund für den aus unserer Sicht überstürzten Abzug aus Wien, noch dazu während einigen offenen Prüfungsverfahren, können wir nicht nachvollziehen, nur vermuten.“¹³⁹

Über die Unterstützung für BENKO hat SCHMID selbstverständlich auch KURZ berichtet. Diesem war das Thema bekannt und bewusst und hat SCHMID seine Handlungen bewusst auch deshalb gesetzt, um die Unterstützung des BENKO für KURZ nicht zu gefährden. [REDACTED]

Bezugnehmend auf die Person Rene BENKO konferierte KURZ mit SCHMID im Kontext des Anteilserwerbs. [REDACTED] wurde SCHMID „gebeten“, entsprechend zu vermitteln und sich für ihn einzusetzen.

Schließlich wurde nach einer Stellungnahme des Steuerberaters von Benko und einem Telefonat mit Eduard Müller die Zuständigkeit Innsbrucks festgestellt. Nur Tage später erging der gewünschte Steuerbescheid in der Höhe von 36 Millionen Euro.

Kummernummer für Superreiche

Der Vorwurf wurde durch die Wahrnehmungen zweier Beamter gestützt: Finanzprüfer Roland Macho berichtete von einem Termin mit Schmid, bei dem Schmid ihm Rene Benko - „den besten Unternehmer Österreichs“¹⁴⁰ - vorstellte. Der Generalsekretär des Finanzministeriums lud zu einem Termin mit dem Steuerprüfer und dem Abgabenschuldner Benko, damit dieser seine Wünsche äußern konnte. „Mein Chef [Thomas Schmid] hat mich öfters verdonnert und hat gesagt: Jetzt kommt der Herr Sowieso, das musst durchhalten, dafür wirst bezahlt!“¹⁴¹ Der Beamte höre zwar oft die Geschichten von Unternehmern, aber dass der Generalsekretär ihn persönlich angerufen und ins Ministerium eingeladen habe, das sei schon besonders gewesen. Auch der längstdienende Sektionschef im Finanzamt, für die Sektion Steuerpolitik und -recht, Gunter Mayr, musste für derartige Treffen herhalten. Er bekam von Schmid den Auftrag, gemeinsam mit ihm und René Benko Essen zu gehen.¹⁴²

Mitgeholfen hat bei den Steuercausen der Reichen wieder einmal Eduard Müller. Er war bei den Treffen mit Benko und Schmid dabei, telefonierte mit den Finanzbeamten und unterhielt den Kontakt mit Steuerberatern.¹⁴³ Schmid selbst brachte sich nicht in die Details ein, dafür schaltete er Müller ein. Müller verstand und erledigte seinen Auftrag, gestand Schmid bei seiner Beschuldigtenvernehmung.¹⁴⁴

Causa Pierer

Dann wäre da noch KTM-Chef Stefan Pierer, der der ÖVP 2017 436.563 Euro spendete.¹⁴⁵ Pierer soll 2013 vor dem Inkrafttreten des Steuerabkommens mit Liechtenstein 20 Millionen Euro aus dem Fürstentum nach Österreich transferiert haben, um Steuern in Höhe von 6 bis 7 Millionen Euro zu sparen.¹⁴⁶

Der Fall wurde 2017 publik, als die SPÖ in einer parlamentarischen Anfrage nach der sogenannten „Abschleicherliste“ fragte.¹⁴⁷ Auf dieser Liste standen Personen und Unternehmen, die Kapital aus und nach Österreich transferiert haben – oftmals, um Steuern zu umgehen.

Eine massive Grenzüberschreitung

Der damalige Finanzminister Hans Jörg Schelling wurde sofort aktiv. Doch nicht etwa, um den mutmaßlichen Steuerbetrug aufzuklären, sondern um herauszufinden, woher die SPÖ ihre Informationen hatte. Das Finanzministerium leitete exzessive Überwachungsmaßnahmen gegenüber seinen eigenen Mitarbeiter*innen ein und die zuständigen Beamten*innen wurden mit Nachdruck des damaligen Sektionschefs und anschließenden Ministers Eduard Müller angezeigt.¹⁴⁸ Einer der zuständigen Steuerprüfer sagte vor dem Ausschuss dazu aus:

„Wenn man sich da die Details dann angeschaut hat, welcher Druck da war (...) kurz vor den Wahlen 2017 (...) sozusagen den Täter oder, wenn man es volkstümlich ausdrückt, die Sau zu finden, die man durchs Dorf treiben muss, dann war das für mich sehr erschütternd (...) Der Mitarbeiter war am Boden zerstört. Unser verstorbener Vorstand war ein total loyaler, rechtstreuer, korrekter Mensch. Der wird angezeigt. (...) Und das Beste war dann danach: Die Datenschutzbehörde hat diese Rechtswidrigkeit festgestellt, und das BMF hat die Daten trotz rechtswidriger Erlangung dann auch nicht gelöscht. (...). Und das war rechtsstaatlich mehr als bedenklich, da wurden Grenzen massivst – massivst! – überschritten. (...) da hat man gemerkt, was politische Einflussnahme in solchen Verfahren bewirken kann.“¹⁴⁹

Doch nicht nur im schwarzen Finanzministerium herrschte helle Aufregung. Auch im schwarzen Justizministerium beteuerte man, sich der Sache anzunehmen. So schrieb der damalige Kabinettschef im Justizministerium, Clemens-Wolfgang Niedrist, an Thomas Schmid:

NIEDRIST AN SCHMID (19. OKTOBER 2017): „Lieber Thomas! FYI. Wegen der Pierer Sache habe ich SC (Sektionschef) Pilnacek gesagt, er soll ein Auge drauf haben!“¹⁵⁰

Auch hier wurde erneut deutlich, dass die ÖVP großen Einsatz zeigte, um den Reichen zu helfen, ihre Steuerschulden zu minimieren. In diesem Fall auch ohne Rücksicht auf die eigenen Mitarbeiter*innen, denn, so der im Finanzministerium von den illegalen Repressalien betroffene Steuerprüfer vor dem Ausschuss:

„Wenn die geballte Staatsmacht dann einmal gegen einen auftritt, rechtswidrig in dem Zusammenhang, ist das nicht lustig“¹⁵¹

Weitere Verdachtsfälle

Die beschriebenen Serviceleistungen der ÖVP für die Millionär*innen und Milliardär*innen Österreichs scheinen jedoch nur die Spitze des Eisberges zu sein. Dem Ausschuss fehlte jedoch die Zeit, seine Aufklärungsarbeit fortzuführen. Es lagen jedoch noch weitere Hinweise auf Unterstützungsleistungen der ÖVP in Steuercausen vor. Diese reichten vom Fürst von Liechtenstein¹⁵² bis hin zum Künstler Hermann Nitsch¹⁵³. Immer ganz vorne mit dabei: Thomas Schmid und Eduard Müller.

Die ÖVP und ihre Parteizeitungen

Der ÖVP-Wirtschaftsbund Vorarlberg hat viel Geld an die Partei abgeliefert, aber die Steuern an die Finanz nicht gezahlt. Im Bild: Finanzminister Brunner (ÖVP) und der ÖVP-Vorarlberg-Obmann LH Wallner (rechts)
Foto: DIETMAR STIPLOVSEK / APA



Wirtschaftsbund Vorarlberg

Steuerhinterziehung, Amtsgeschäfte gegen Inserate, verdeckte und illegale Parteienfinanzierung: Schwer wiegen die Vorwürfe gegen die ÖVP im Zusammenhang mit dem Vorarlberger Wirtschaftsband. Das von der ÖVP-Teilorganisation herausgegebene Parteiblatt „Vorarlberger Wirtschaft“ diente über Jahre als Einnahmen- und Spendenvehikel. Der Goldesel spülte seit 2016 mehr als 4,3 Millionen Euro an Inseratenerlösen in die Parteikassen.¹⁵⁴ Sogar der Landeshauptmann persönlich soll laut einem anonymen Hinweisgeber Inserate gekeilt und dafür eine politische Gegenleistung in Aussicht gestellt haben. Hohe Funktionär*innen der ÖVP sollen persönlich entsprechende Gegenleistungen in Aussicht gestellt haben. Steuern zahlte der Wirtschaftsband für die Inserate und Spenden keine. Jetzt muss die ÖVP-Teilorganisation 876.000 Euro nachzahlen. Die finanzstrafrechtlichen Ermittlungen des Amtes für Betrugsbekämpfung laufen weiter.

Als die Staatsanwaltschaft ermittelt, löschte Wallner sein Handy

Am 21. April 2022 wurde in den „Vorarlberger Nachrichten“ der Vorwurf eines Vorarlberger Unternehmers veröffentlicht, vom Wirtschaftsband zu Inseraten genötigt worden zu sein. Er erklärte, dass auch Wallner zumindest in zwei Fällen „aktiv mitgemischt“ hätte.

„Ich wurde vom Wirtschaftsband mehrfach kontaktiert, mit dem Wunsch, Inserate in seinem Magazin zu übernehmen und Sponsoring zu betreiben. Ich habe das durchgehend abgelehnt, weil ich es nicht für sinnvoll hielt. [...] Kessler kontaktierte mich immer wieder persönlich, in zwei Fällen kam er auch als Gefolgschaft von Landeshauptmann Markus Wallner zu mir.“¹⁵⁵

Zuletzt sei das 2018 der Fall gewesen.

„Der Landeshauptmann hat dabei klar deponiert, dass er wünscht, dass man sich für die ‚Vorarlberger Wirtschaft‘ (Anm. das Wirtschaftsband-Magazin) engagiert und auch entsprechend Inserate bezahlt.“¹⁵⁶

Infolgedessen nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Wallner und andere in der Causa auf. Warum Wallner ausgerechnet an jenem Tag sein Handy und sein Tablet zurücksetzen ließ, als bekannt wurde, dass gegen ihn ermittelt wird, erklärte er mit einem „*routinemäßigen Tausch*“. Doch was „Routine“ genau heißt, also wie häufig ein solcher Tausch geschehe, konnte Wallner nicht sagen.¹⁵⁷

Inseratengelder gegen politische Wünsche

Die WKStA ermittelt nun aufgrund des Vorwurfs, man könne sich durch das Inserieren im Parteimagazin Gefälligkeiten der ÖVP-Vorarlberg sichern. Denn einige der Inseratenschaltungen im zeitlichen Zusammenhang mit politischen Beschlüssen erschienen jedenfalls äußerst fragwürdig, auch wenn alle dementieren. Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als Entscheidungen etwa zu Betriebserweiterungen oder Genehmigungen anstanden, stiegen die Inseratenschaltungen gewisser Unternehmen signifikant an. Besonders deutlich wurde dies etwa am Beispiel des Verpackungsherstellers Alpa, der vor der Genehmigung seiner Betriebserweiterung in einer Landesgrünzone 2019 Inserate in der Höhe von rund 60.000 Euro schaltete. Doch auch der Fruchtsafthersteller Rauch sowie seine Tochterunternehmen inserierten alleine im Jahr 2019 15-mal im Parteiblatt, während seitens der Landesregierung die Entscheidung über eine Flächenwidmung, die eine Betriebserweiterung für Rauch ermöglichen sollte, anstand.¹⁵⁸



Steuerzahler*innen finanzieren Inserate im ÖVP-Medium

In den Magazinen des Wirtschaftsbundes fand sich aber auch eine Reihe von Inseraten von öffentlichen Stellen. So inserierten das AMS, die Vorarlberger Kraftwerke, die Österreichische Gesundheitskasse, die Landes- und Hypothekenbank AG, die Vorarlberger Landesversicherung, die Vorarlberg Tourismus GmbH und das Land Vorarlberg im Parteiblatt. Die Geschäftsführer des Wirtschaftsbundes schnitten bei jedem Inserat gleich noch mit 15% Provision mit.¹⁵⁹

Erst nachdem im November 2021 Medienberichte des ORF auf die Inseratenpraktiken des Wirtschaftsbund Vorarlberg aufmerksam machten, kam Bewegung in die Sache. Im Rahmen einer Finanzprüfung wurde festgestellt, dass der Geschäftsführer des Wirtschaftsbundes Vorarlberg, Walter Natter, sowie sein späterer Nachfolger Jürgen Kessler beachtliche Provisionen für das Inseratenkeilen erhalten hatten. Aus diesen Provisionszahlungen konnte das Finanzamt die Einnahmensumme hochrechnen, für die aber weder Umsatz- noch Körperschaftssteuer für die Inserate bezahlt wurden. Inzwischen ist die Prüfung abgeschlossen: Der Wirtschaftsbund schuldet dem Staat an Umsatz- und Körperschaftssteuer 770.000 Euro.¹⁶⁰

Der Wirtschaftsbund zahlt alle(s)!

Rund 1,2 Mio. Euro reichte der Wirtschaftsbund im Zeitraum von 2015 bis 2021 direkt an die ÖVP weiter und zahlte auch hierfür keinen Cent Steuer.¹⁶¹ Das ist aber noch nicht alles, denn der Wirt-

schaftsbund übernahm auch gerne Rechnungen für die Partei. Egal ob Grillfest, Weihnachtsfeiern oder diverse Posten im Wahlkampf, z. B. Flyer, Autobeklebungen oder ein Videoteam für Veranstaltungen mit Sebastian Kurz. Ca. 40.000 bis 50.000 Euro dürften so zusätzlich in Form von direkter Kostenübernahme an die Partei gegangen sein.¹⁶² 15% sind seit 2016 für derartige Zuwendungen fällig. Jetzt muss der Wirtschaftsbund auch hierfür - also die Zuwendung und die Kostenübernahmen - 106.457,25 Euro nachzahlen.¹⁶³ In Summe mit den 770.000 Euro Umsatz- und Körperschaftssteuer sind es insgesamt rund 876.000 Euro.

Fadenscheinige Ausreden der ÖVP

Der Wirtschaftsbund zeigte sich im Jänner 2022 selbst an. Dass eine Prüfung der Finanzbehörden bevorstand, war den Verantwortlichen zweifelsfrei bereits seit der ORF-Berichterstattung im November 2021 und der Außenprüfung bei beiden Geschäftsführern des Wirtschaftsbundes klar. Auffällig ist jedoch der Zeitpunkt der sogenannten „Selbstanzeige“. Nur einen Tag vor der Benachrichtigung durch die Finanzbehörde, dass eine Prüfung eingeleitet werden wird, gestand der Wirtschaftsbund zumindest einen Teil der begangenen Steuervergehen.¹⁶⁴

Wirtschaftsbund Tirol

Nicht nur in Vorarlberg, sondern auch in Tirol könnte die ÖVP eine Wirtschaftsbund-Zeitung als Vehikel illegaler Parteifinanzierung verwendet haben. Auch in diesem Bundesland gibt der Wirtschaftsbund ein entsprechendes Magazin heraus, für das laut dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Steuerakten ebenfalls keine Steuern gezahlt worden sind.

2018 bis 2020 gab der Tiroler Wirtschaftsbund die Zeitung „WBM – Das Tiroler Wirtschaftsmagazin des Wirtschaftsbundes“ heraus. Insgesamt fünfmal erschien die Zeitung. Rund 211.000 Euro könnten laut Hochrechnungen an Inserateneinnahmen an die ÖVP-Teilorganisation geflossen sein.¹⁶⁵

Unter den Inserent*innen fanden sich insbesondere Großunternehmen sowie Seil- und Bergbahnen. Beispielsweise fand sich hier das Bergbahnunternehmen „Zillertal Arena“, welches Verbindungen zum ÖVP-Abgeordneten Franz Hörl aufweist, der wiederum Obmann des Tiroler Wirtschaftsbundes ist. Auch der Rechnungsprüfer der Teilorganisation ist kein Unbekannter: Verantwortlich für die Finanzen im Wirtschaftsbund Tirol war ab 2020 der derzeitige Landeshauptmann und Vorsitzende der ÖVP Tirol, Anton Mattle.¹⁶⁶

VP-Magazin lukriert 200.000 Euro an Inseraten für Tiro- ler ÖVP-Wahlkampf

Auch in einem zweiten Fall dürfte sich die ÖVP-Tirol des Geldbeschaffungsinstrumentes - Inseratenmagazin - bedient haben. Namhafte Summen flossen wohl auch für das Wahlkampfheft „VP-Magazin“ an die ÖVP-Tirol. In der über 100-seitigen Hochglanz-Zeitschrift ist auf jeder zweiten Seite ein Inserat zu finden. Das Format wurde bisher nur zweimal produziert und an alle Tiroler Haushalte verschickt: 2016 und im Tiroler Wahljahr 2018.

Es inserierten vor allem Unternehmen aus der Baubranche und Skigebiete. Über 200.000 Euro könnten allein mit der Sonderausgabe im Wahlkampf 2018 in die ÖVP-Kassen gespült worden sein.¹⁶⁷ Dass

Die Sonderausgabe des Tiroler ÖVP-Magazins ging vor der Landtagswahl 2018 an alle Tiroler Haushalte. Über den Informationsgehalt kann man wenig sagen, über den Inseratengehalt umso mehr: Bei einem Umfang von 100 Seiten sind 50 Seiten Inserate. Die Einnahmen hat die ÖVP in keinem Rechenschaftsbericht verbucht.



dieses Geld in den Tiroler ÖVP-Wahlkampf geflossen ist, ist naheliegend. Herausgeberin ist die Tiroler Pressegesellschaft, ihr Geschäftsführer Martin Malaun¹⁶⁸, der bis vor kurzem Landesgeschäftsführer der Tiroler ÖVP war; und die Gesellschaft hat ihren Sitz an der gleichen Adresse wie die Landesgeschäftsstelle der Tiroler Volkspartei. Im Rechenschaftsbericht der ÖVP schienen diese Einnahmen jedoch nicht auf.

LOGO Magazin der Landjugend Tirol

Die Jungbauernschaft/Landjugend Tirol ist gemäß Statut des Tiroler ÖVP-Bauernbunds dessen Jugendorganisation und somit Teil der ÖVP. LOGO ist ihr Magazin. Auch in diesem Heft fanden sich etliche Inserate. Ein lukratives Geschäftsmodell auch für die ÖVP-Jugend. Tausende Euro dürfte das Magazin pro Ausgabe eingebracht haben. Unterstützt wurde das Magazin der ÖVP-Parteijugend unter anderem durch regelmäßige Inserate durch das Land Tirol, das Bundeskanzleramt und das Landwirtschaftsministerium.¹⁶⁹

Dem Landwirtschaftsministerium war die Zugehörigkeit des Herausgebers zur ÖVP-Teilorganisation Bauernbund durchaus bewusst. In einem Akt¹⁷⁰ fand sich der Hinweis des Ministeriums, dass der Auftrag an die „Tiroler Landjugend/Jungbauern - Jugendsektion des Tiroler Bauernbundes“ erteilt werden soll. Die Vergabeentscheidung traf auch nicht die zuständige Fachabteilung, sondern direkt das politisch besetzte Büro der damaligen Ministerin Köstinger (ÖVP). Die politische Unterstützung der ÖVP reicht sogar noch weiter. Das Landwirtschaftsministerium empfiehlt die Inhalte des Parteiblatts als Lehrbehelf für land- & forstwirtschaftliche Schulen.

Wer sich um die Inseraten-Akquise kümmerte, was ein Inserat kostet und wem die Einnahmen zugutegekommen sind, konnte im Untersuchungsausschuss nicht aufgeklärt werden. Der Obmann der Tiroler Landjugend/Jungbauern, Dominik Traxl, wusste weder Antworten auf diese Fragen noch, wer Medieninhaber der Zeitung ist. Selbst bei der Frage, ob die Landjugend/Jungbauern an derselben Adresse wie der Tiroler Bauernbund ihren Sitz haben, gibt sich der Obmann unwissend. Er sei nur der Repräsentant des Vereins.¹⁷¹ (Die Antwort ist übrigens: Ja.)

Bauernzeitung: Versteckte ÖVP-Parteien- finanzierung?

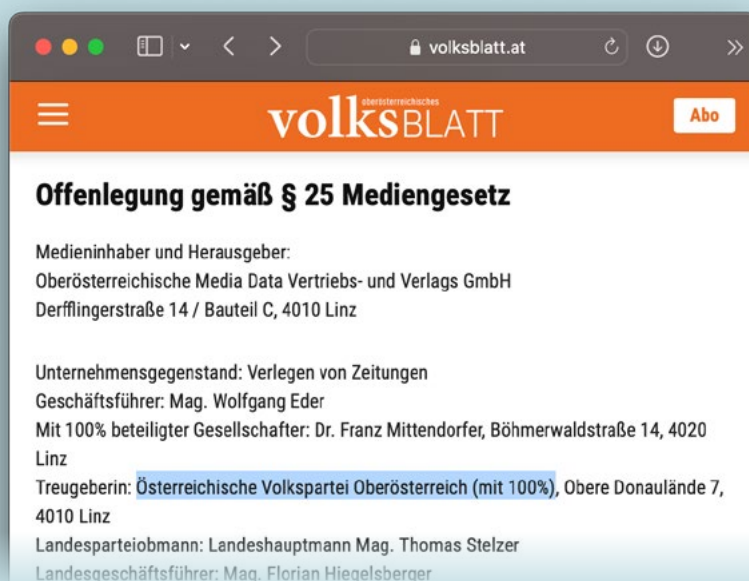
Die ÖVP-Bauernzeitung erhielt jede Menge Inserate vom ÖVP-geführten Landwirtschaftsministerium. In den Jahren 2017 bis 2021 inserierte Köstinger um 1,4 Millionen Euro in der Bauernzeitung. Daneben gab es aber auch Geld vom Finanzministerium für Inserate. Spannend ist, wie es zu diesen Schaltungen gekommen ist und wofür das Finanzministerium warb. Im November 2018 wendete sich der damalige Bauernbund-Direktor und heutige Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig (ÖVP) an das ÖVP-Kabinett im Finanzministerium. Ein Mitarbeiter schrieb daraufhin an Thomas Schmid:

NACHRICHT AN SCHMID (12. NOVEMBER 2018): „Norbert Totschnig bittet um deinen Rückruf, Stichwort Bauernzeitung.“¹⁷²

Schmid verwies ihn auf einen Mitarbeiter, den Abteilungsleiter für die Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Pasquali, und noch am selben Tag schrieb Totschnig:

TOTSCHNIG AN SCHMID (12. NOVEMBER 2018): „Vielen Dank!! Hat geklappt!!“¹⁷³

Unmittelbar danach schaltete das Finanzministerium erstmals Inserate in der Bauernzeitung in Höhe von rund 63.000 Euro.¹⁷⁴ Dass unter diesen Inseraten in der Bauernzeitung eines für die Arbeitnehmerveranlagung bzw. eine App für den Familienbonus¹⁷⁵ war, verteidigte der involvierte Abteilungsleiter bei seiner Befragung im U-Ausschuss mit dem Informationsauftrag des Ministeriums. Absurd, da Bauern und Bäuerinnen gar keine Arbeitnehmer*innenveranlagung durchführen und die App für Bäuerinnen und Bauern gar nicht verwendbar war.¹⁷⁶



ÖVP-„Volksblatt“ – Direkter Draht in die ÖVP-Kabinette verhilft zu 400.000 Euro Inseratengeld

„Wer uns unterstützen will, kann im Volksblatt inserieren.“¹⁷⁷

Josef Pühringer, 1995 bis 2017
Landeshauptmann und ÖVP-Obmann von Oberösterreich

Zu den Unterstützern der ÖVP im Sinne Josef Pühringers gehörte auch das Landwirtschaftsministerium, das großzügig und freihändig mit Steuergeld in der ÖVP-Parteizeitung inserierte. Bei den Vergaben waren weder der Wettbewerb noch ein Informationsauftrag Thema. Die Vergaben liefen über den Schreibtisch von Daniel Kosak, damals Pressesprecher von Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger, heute Pressesprecher von Kanzler Nehammer. „Die Vergabe von Inseraten, die Gestaltung von Medienkooperationen habe ich als einen Teil meiner Aufgabe empfunden und war daher darin auch involviert“, sagte Kosak bei seiner Befragung.¹⁷⁸

Der für die Inseraten-Akquise zuständige Mitarbeiter des Volksblatt wandte sich mit seinen Ansuchen direkt an Kosak, als er bei der zuständigen Fachabteilung eine Absage bekam. („Von Ihren Damen erhalte ich – siehe bitte unten – leider nur Absagen.“) Kosak wies danach die Fachabteilung an, die Inserate zu beauftragen.¹⁷⁹

Rund 70.000 Euro bezahlte auf diese Weise im Zeitraum von 2017 bis 2021 das Landwirtschaftsministerium an das OÖ Volksblatt. Zum Kreis der Unterstützer*innen gehören das Finanzministerium mit über 200.000 Euro, das Innenministerium 56.000 Euro, das Wirtschaftsministerium mit mehr als 41.000 Euro, das Bildungsministerium mit 18.000 Euro und das Ministerium für Familie und Jugend mit rund 22.500 Euro. In Summe gut 400.000 Euro aus der Ministeriumskasse in die Parteidose. Allesamt ÖVP-geführte Ministerien.¹⁸⁰

Millionen für Michael Spindeleggers Vereine

Als privater Verein an Fördergelder zu kommen, ist nicht immer ganz so einfach. Eine Ausnahme stellten in den letzten Jahren jedoch die sich unter der Führung des ehemaligen ÖVP-Parteibmanns und Vizekanzlers Michael Spindelegger befindlichen Vereine „aed“ sowie „ICMPD“ dar.

Nach Interventionen fließen 2 Millionen

Dem Verein „aed“ (Agency for Economic Cooperation and Development) stehen neben Michael Spindelegger auch der Partei-Anwalt der ÖVP, Werner Suppan, sowie Dieter Hampel, ein ehemaliger Mitarbeiter einiger ÖVP-geführter Ministerien, vor.¹⁸¹ Der Verein erhielt zwischen 2020 und 2021 fast 2 Millionen Euro Steuergeld.¹⁸² Spindelegger bat schon im Laufe des Sommers 2020 bei mehreren Ministerien um eine Förderung für seinen Verein, jedoch wurden ihm zunächst, auch vom damaligen Wirtschaftsministerium, nur Absagen erteilt. Was dann passieren sollte, zeigt den sorglosen und parteiischen Umgang der ÖVP mit Steuergeld. Vorausgesetzt natürlich, es handelt sich bei den Ansuchenden um prominente ÖVP-Parteimitglieder.

Wie ein Nein zu einem Ja wurde

Das Wirtschaftsministerium lehnte einen ersten Förderantrag des Vereins ab, da im Ministerium nicht genügend Budget für eine entsprechende Förderung vorhanden war. Nun wandte sich Spindelegger direkt an den damaligen Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums, Michael Esterl,¹⁸³ und zeitgleich auch an das Finanzministerium. Auf Druck von Kabinettschef Niedrist genehmigte das Finanzministerium dem Wirtschaftsministerium eine „Mittelverwendungsüberschreitung“ für die Jahre 2020 und 2021.¹⁸⁴ Jetzt konnte das Wirtschaftsressort auf diese Mittel zugreifen und in weiterer Folge den üppigen Fördervertrag mit der „aed“ abschließen.¹⁸⁵

Was konkret mit dem Geld gemacht wurde, ließ sich weder durch die Website noch den Rechenschaftsbericht des Vereins oder die dazu befragten Auskunftspersonen erklären. Denn sowohl die damals verantwortliche Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) als auch

ihr Generalsekretär Esterl litten an der in der ÖVP weitverbreiteten Ausschuss-Amnesie. An „Details“, wie z. B., was mit den zwei Millionen Euro genau gemacht wurde, konnten sie sich nicht mehr erinnern. Das, obwohl die Prüfung zum Zeitpunkt der Befragungen im Untersuchungsausschuss kaum ein Jahr zurücklag.¹⁸⁶

Aufschlussreicher war hingegen der Bericht eines durch das Wirtschaftsministerium beauftragten Wirtschaftsprüfers aus dem Herbst 2021, der genau aufzeigte, wohin das Geld geflossen ist. Er kommt zu dem Ergebnis, dass eine „uneingeschränkte Bestätigung der Vertragserfüllung“ nicht ausgesprochen werden kann, dass es „Schwächen bei den Leistungsnachweisen“ wie „fehlende Zeitaufzeichnungen“ gäbe, dass sich im Jahresbericht ein Projekt findet, „welches vor der Förderperiode bereits unterschrieben wurde“, und dass nicht bei allen größeren Aufträgen Vergleichsangebote eingeholt wurden. Darüber hinaus wurden einige Aufträge seitens der „aed“ an die FAA Holding erteilt, an welcher der heutige „aed“-Obmann Dieter Hampel früher beteiligt war.¹⁸⁷



Sobotka war als Innenminister Großauftraggeber für Ex-ÖVP-Chef Spindelegger. Bei der Abrechnung ist das Ministerium „bis zur äußersten Grenze der Interpretation“ gegangen und hat gezahlt, trotz absoluter Zielverfehlung. Foto: BMI /Karl Schober

Verein ICMPD kriegt Förderung trotz absoluter Zielverfehlung

Die „aed“ war nicht der einzige Verein Spindeleggers, der durch den gelebten Kontakt zu den ÖVP-geführten Ministerien profitieren konnte. Dem Ausschuss lagen Unterlagen vor, die Zahlungsströme an das „ICMPD“ („International Centre for Migration Policy Development“) aufdeckten. Laut Angaben in einer anschließenden Anfragebeantwortung seitens des Innenministeriums wurden zwischen 2011 und 2022 knapp 3 Millionen Euro Fördergeld an den Verein ausgezahlt - rund 1 Million Euro allein im Jahr 2017 unter Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP).

„Absolute Zielverfehlungen“ und eine „Klärung abseits der bürokratischen Wege“

Im Herbst 2017, dem Folgejahr von Spindeleggers Ernennung zum Generaldirektor des ICMPD¹⁸⁸, schloss das Innenministerium unter Wolfgang Sobotka einen Fördervertrag mit dem Verein ab, in dem ihm rund 800.000 Euro für das Projekt „SUPREM“ zugesprochen wurden. Ziel war die Rückführung von 30 nigerianischen Staatsangehörigen. Das Projekt sollte jedoch alles andere als den gewünschten Erfolg bringen. Das Ministerium stellte schlussendlich eine absolute Zielverfehlung fest: Eine Person (von 30) kehrte zurück und keine einzige nahm am geplanten Schulungsprogramm in Nigeria teil.¹⁸⁹

Auch in diesem Fall wurde erneut deutlich, wie eng Spindelegger mit den damaligen politischen Entscheidungsträger*innen in Austausch stand; denn er richtete sich mit seinen Anliegen - der Auszahlung weiterer Förderbeträge - direkt an den im Zeitpunkt der Förderüberprüfung zuständigen Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) und bat ihn um „eine gemeinsame Klärung der Angelegenheiten, abseits der bürokratischen Kriterien“.¹⁹⁰

Schlussendlich zahlte das Innenministerium, trotz völlig verfehlter Zielzahlen im Projekt, unter „der Ausreizung des diesbezüglich bestehenden Spielraumes – bis zur äußeren Grenze der Interpretation“ rund 275.000 Euro aus.¹⁹¹

Ein weiteres Beispiel wurde bei der Befragung Karl Nehammers präsentiert, denn auch bei dem durch das Innenministerium geförderten Projekt MAPIN des ICMPD stellte man Mängel fest. Bei diesem hätte erstens eigentlich eine gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Ausschreibung statt einer direkten Förderung erfolgen sollen, und zweitens wurden bei gleichzeitiger Erfolglosigkeit des Projektes zudem noch überhöhte Gehälter festgestellt.¹⁹²

DIE JOBS

Interventionen, Günstlingswirtschaft und Postenschacher. Einige Wochen lang beschäftigte sich der Ausschuss mit den Tricks der ÖVP, ihre „Prätorianer“ (Schmid beschreibt sich selbst in seinem Verhältnis zu Kurz) in die wichtigsten Posten der Republik zu befördern. Vor allem die Auswertungen der Handys von Schmid und Kloibmüller zeigten, wie die ÖVP Posten an ihre „Familie“ vergab. Um Qualifikationen ging es selten – mehr darum, unliebsame Personen zu verhindern oder private Träume zu erfüllen.

Wie minutiös die Besetzungen teilweise geplant wurden, beschrieb Thomas Schmid bei seiner Einvernahme vor der WKStA: Im Bundeskanzleramt gab es etwa unter Kanzler Sebastian Kurz ein Personalbesetzungskomitee bestehend aus Bernhard Bonelli, Axel Melchior, Bernd Brünner, Gernot Blümel und Sebastian Kurz selbst. Alle Entscheidungen mussten durch dieses Komitee, egal ob es sich um Besetzungen innerhalb der Bundesministerien oder solche in Beteiligungsunternehmen handelte.¹⁹³

SCHMID AN BLÜMEL (21. JUNI 2018):

„Lieber Gernot, mein Alptraum wird wahr. Ich muss morgen mit halb österreich im BKA das gesamte Personal BMF und Beteiligungen und ÖBIB besprechen.“¹⁹⁴

Die unterschiedlichen im Ausschuss aufgetretenen Beispiele reichten von der ÖBAG - auch „Schmid AG“ (Blümel) genannt - bis hin zu den durch die Kloibmüller-Chats aufgetretenen Interventionen. Die nachfolgenden Fälle zeigten exemplarisch ein System auf, das sich über Jahre in den ÖVP-geführten Ministerien etablierte und dafür sorgen sollte, dass ÖVP-treue Vertraute stets den Vorzug erhalten sollten.

Finanzämter unter ÖVP-Kontrolle

Wie sich die ÖVP selbst in die Personalia lokaler Finanzämter einmischte, zeigte unter anderem der Fall der Besetzung des Vorstandes des Finanzamtes Braunau-Ried-Schärding 2017 mit dem ÖVP-Bürgermeister und Parteifreund August Wögingers (ÖVP-Klubobmann), Michael Leitner.¹⁹⁵ Geeigneter war die langjährige leitende Beamtin des Finanzamtes Braunau-Ried-Schärding. Das bestätigte später das Bundesverwaltungsgericht.¹⁹⁶ Die WKStA leitete Ermittlungen wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch unter anderem gegen August Wöginger und Hans-Jörg Schelling ein.¹⁹⁷ Durch gezielte Interventionen August Wögingers sowie Hilfe aus dem damaligen Finanzministerium wurde bis auf die Besetzung der zuständigen Auswahlkommission (die insbesondere aus ÖVP-Gewerkschafts-Mitgliedern bestand) Einfluss genommen. Eines der Mitglieder dieser Kommission war Siegfried Manhal, der heutige Leiter des Finanzamtes Österreich, welcher bis heute regelmäßig in der Verteidigungsrolle der ÖVP auftritt.^{198 199}

Doch nicht nur wenn sich Parteigranden der ÖVP eine Besetzung wünschten, wurde das Finanzministerium aktiv. Auch wenn Multimillionär Siegfried Wolf Wünsche im Finanzministerium deponierte, wurde ihnen mit Freude entsprochen, wie die Untersuchungen rund um Wolfs Steuernachlass im Finanzministerium zeigten. Wie bereits ausgeführt, wünschte er sich in dessen Folge eine Beförderung für die zuständige Finanzamtsleiterin nach Baden - ein Aufstieg, denn wie im Ausschuss ausgeführt wurde, handelt es sich beim Finanzamt Baden um „das Flaggschiff der Region“.²⁰⁰

WOLF AN SCHMID (10. JUNI 2018): „Thomas, gute Morgen!! Ich habe mit der Dame geredet. Sie will Baden.“

WOLF LEITET SCHMID SEINEN CHAT MIT DER FINANZAMTSLEITERIN K. WEITER.

K. AN WOLF: „Nochmals thanks!!!!!!!, scheine dem Herrn Bundesminister vorgeschlagen zu sein“.

WOLF AN K.: „With pleasure du gibst einfach einen aus !!“²⁰¹



Eduard Müller (zweiter von links), vor seiner Befragung im U-Ausschuss, war als Sektionschef im BMF jahrelang das ausführende Organ für die parteipolitischen Wünsche von ÖVP-Ministern und Generalsekretär Schmid. Er wurde 2020 von Finanzminister Blümel als FMA-Vorstand erkoren.
Foto: Lena Krainz

Eduard Müller, der Mann für alle Fälle

Ob Gefälligkeiten in den Steuerangelegenheiten Wolf und Benko oder die Bereitstellung vertraulicher ministeriumsinterner Steuerdaten für die ÖVP:²⁰⁶ Eduard Müller war immer zur Stelle.

Der Einsatz sollte sich für Müller lohnen: Der einstige Sektionschef wurde in der Übergangsregierung im Jahr 2019 Finanzminister. Im Februar 2020 wurde er dann von ÖVP-Finanzminister Blümel interimistisch zum Vorstand der Finanzmarktaufsicht FMA ernannt. In der darauffolgenden Ausschreibung wurde das Kriterium der „langjährigen Berufserfahrung in einem der Aufsichtsgebiete der FMA“ mit jenem der „langjährigen Berufserfahrung im öffentlichen Dienst“ ergänzt. Praktisch für Müller, denn sonst hätte er sich nicht für den Posten bewerben können.²⁰⁷ In der Personalbesetzungskommission saß damals unter anderem Elisabeth Gruber.²⁰⁸ An sie schickte Müller schon 2017 einen Entwurf des durch das Ministerium bei ICG in Auftrag gegebenen Papiers für die ÖVP. Heute ist Gruber Leiterin der Präsidialsektion im Finanzministerium und somit Müllers Nachfolgerin.²⁰⁹

Mittlerweile sind mannigfaltige Vorwürfe gegen Müller aufgekommen. Die WKStA prüft Vorwürfe gegen ihn in der Causa Wolf und führt ihn in der Causa ICG als Beschuldigten.²¹⁰ All das reichte bis zum heutigen Tag für Finanzminister Brunner aber noch nicht aus, um ihn als Vorstand der FMA abzuberufen.

Bettina Glatz-Kremsner: Vizechefin der ÖVP wird Vorstandsdirektorin der Casinos Austria

Einen steilen Aufstieg legte auch Bettina Glatz-Kremsner hin, die 2017 10.000 Euro an die ÖVP spendete.²⁰² Kurz darauf wurde sie Vize-Parteichefin der ÖVP und 2019 Vorstandsdirektorin der Casinos Austria.²⁰³ Bei ihrer diesbezüglichen Einvernahme vor der Staatsanwaltschaft sagte sie aus, mit niemandem aus der ÖVP-Spitze über ihre Bestellung zur Casinos-Chefin samt Anspruch auf Millionen-Abfertigung gesprochen zu haben. Dem Ausschuss vorliegende Chats zeigten jedoch ein ganz anderes Bild.²⁰⁴

SCHMID AN GLATZ-KREMSNER (28. SEPTEMBER 2018): „Du wirst dort CEO! - Das MUSS klappen“.

SCHMID AN GLATZ-KREMSNER: „Hast du feiern können? Wir müssen anstoßen auf unsere neuen Karrieren – Ganz bald“.

GLATZ-KREMSNER: „Ja – ein wenig. War gerade beim BK!! (Anm. Bundeskanzler Kurz).“²⁰⁵

Die Kloibmüller Chats

Ein Betriebsausflug des Innenministeriums, eine Bootsfahrt mit unfreiwilligem Tauchgang und ein paar ertränkte Handys brachten ähnliche Vorgänge aus dem Innenministerium ans Licht. Beim Versuch, die Handydaten des langjährigen Kabinettsmitarbeiters Michael Kloibmüller zu retten, wurde eine Auswertung dieser vorgenommen. Diese wurde im Februar 2021 sichergestellt und seitens des Bundeskriminalamtes festgehalten, dass „einer oberflächlichen Sichtung zufolge neben den persönlichen Daten des Mag. Kloibmüller auch Informationen zu laufenden Observationen und politisch brisante Informationen konstatiert (..) wurden“²¹¹ Trotz der Feststellung wurde die Auswertung in weiterer Folge nicht zum Akt genommen und ihr folgten vorerst keine Konsequenzen.

Dem Ausschuss legte Peter Pilz bei seiner Befragung als Auskunftsperson ein 49-seitiges Konvolut vor, in dem es um unterschiedliche Interventionen und politische Absprachen im Einflussbereich des Innenministeriums geht.²¹² Bei der späteren Befragung vor dem Ausschuss teilte Kloibmüller mit, dass zumindest in sechs Fällen gegen ihn wegen Verdachts auf Anstiftung zum Amtsmissbrauch rund um Postenbesetzungen ermittelt wird.²¹³

Das Bild ist verheerend. Ausschlaggebend scheint einzig und allein die Nähe zur ÖVP zu sein, wie einige, an den Kabinettschef des Innenministeriums gerichtete Anliegen, zeigen:

SOBOTKA AN KLOIBMÜLLER (23. JULI 2016): „Der ist super, polit.– Kopf, loyal, Bauernsohn aus Neustift/ Steyr (..) Außerdem ist er durch meine Schule gegangen! Guter Mann, gute Wahl!“²¹⁴

SOBOTKA AN KLOIBMÜLLER (31. MAI 2016): „Wurde gebeten ein gutes Wort für ihn einzulegen da er in der FCG (ÖVP Gewerkschaft) recht fleißig ist mache ich das gerne.“²¹⁵

Interventionsliste Sobotka

Das Innenministerium gilt spätestens seit ÖVP-Minister Ernst Strasser als Machtzentrum der ÖVP. Neben Bundeskanzler Karl Nehammer und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ist auch für die Bundesministerinnen Karoline Edtstadler²¹⁶, Klaudia Tanner²¹⁷ und Susanne Raab²¹⁸ das Innenministerium eine Stufe ihrer Karriereleiter gewesen.

Damit ja nichts schiefgeht, lag am internen Server unter Minister Sobotka eine Interventionsliste. Die Unverfrorenheit, mit der Sobotka hier vorging, schien selbst das eigene Kabinett gewundert zu haben, wie eine Nachricht an Kloibmüller zeigt:

NACHRICHT AN KLOIBMÜLLER (8. SEPTEMBER 2016): „Du, nur eine Frage... Ist es => Aktenvorlage (Ann. an einen Untersuchungsausschuss) gescheit, wenn bei uns am KBM-Server unter ‚HBM Sobotka eine Liste liegt, die Interventionen heißt und noch dazu alle Interventionen mit Stand anführt...? Ich weiß, er will das – nur...“
KLOIBMÜLLER: „Na ist es net da muss i reden“²¹⁹

Trotz vorliegender Konversation gab Kloibmüller selbst vor dem Ausschuss an, sich nicht mehr an die Liste erinnern zu können.²²⁰

„Den Sozen zeigen wo der Hammer hängt“

Die dem Ausschuss vorgelegten Interventionen reichen von einem Ferialpraktikum für Johanna Mikl-Leitners (ÖVP, NÖ-LH) Neffen („Hi, mein Neffe C. S. bewirbt sich für Ferialpraktikum im BMI [...]. Spät, sehr spät.....der Kerl muss arbeiten!!!!“ ... „Verlass mich auf euch, Hanni“²²¹) bis hin zur Besetzung des Wiener Vizepolizeipräsidenten 2017. Damals bewarb sich die im Innenministerium als kompetent und loyal beschriebene Andrea Jelinek, was für die ÖVP eine „Katastrophe“ darstellte. „Ich mach mir Sorgen“, schrieb der heutige Wiener ÖVP-Chef Karl Mahrer an Kloibmüller, rechnete man Jelinek doch der SPÖ zu. Auch der damalige Innenminister Wolfgang Sobotka sowie der heutige Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Franz Ruf, und der Wiener Polizeipräsident Gerhard Pürstl sollen beim Versuch, Jelinek zu verhindern, involviert gewesen sein.²²²

RUF AN KLOIBMÜLLER (16. MÄRZ 2017): „ich habe gerhard pürstl bestärkt, dass er andrea jelinek zum zurückziehen bewegen möge [...]. er ist sich ziemlich sicher, dass er es schaffen wird!“²²³

Das Ergebnis: Statt Andrea Jelinek heißt der Wiener Vizepolizeipräsident heute Franz Eigner und in Kloibmüllers Worten wurde „den Sozen gezeigt wo der Hammer hängt“²²⁴

Im Fall Jelinek wird nun auch von der Staatsanwaltschaft ermittelt, da der Verdacht des Amtsmissbrauchs im Raum steht. Unter den Beschuldigten findet sich auch Wolfgang Sobotka.²²⁵

Wolfgang Brandstetter, Justizminister bis Ende 2017, wurde per (lange geheimen) Sideletter zum Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ als Verfassungsrichter „nominiert“. In seiner Amtszeit hat er sich u.a. dem Verhindern von unabhängigen, höchstqualifizierten Bewerberinnen gewidmet. Foto: Christoph Dunker/BKA

Unabhängige Kandidat*innen verhindern, ÖVP-Nahe befördern - die ÖVP und die Justiz

Brandstetter wird Höchststrichter

Für den damaligen Justizminister Wolfgang Brandstetter (ÖVP) war im Jahr 2017 schon im Sideletter der ÖVP-FPÖ-Regierung ein Versorgungsposten vorgesehen: Er sollte Richter am Verfassungsgerichtshof werden.²²⁶ Auf Nachfrage vor dem Ausschuss erzählte er von zwei Treffen mit Sebastian Kurz, bei denen er dem Kanzler auch einen diesbezüglichen Wunsch mitteilte.²²⁷ Wenig später ging sein Wunsch in Erfüllung.

Nur drei Jahre später musste Brandstetter wieder zurücktreten, denn auch er chattete eifrig mit dem mittlerweile suspendierten Sektionsleiter im Justizministerium Christian Pilnacek. Dieser schimpfte dem damaligen Höchststrichter gegenüber über den Verfassungsgerichtshof, den man unter anderem „nach Kuba exportieren“ solle. Außerdem beriet er Brandstetter in einzelnen aktuellen Fragestellungen des Gerichtshofes oder bat ihn um Unterstützung bei der Beförderung seiner Frau.²²⁸

Marek wird OStA-Leiterin, weil bestgeeignete Bewerberinnen „verhindert werden mussten“

Ein weiterer durchleuchteter Karriereweg war der Eva Mareks, beginnend mit ihrer Bestellung zur Leiterin der Oberstaatsanwaltschaft Wien 2014. Der damalige ÖVP Justizminister Wolfgang Brandstetter animierte sie zur Bewerbung, um zwei andere, höchst qualifizierte Kandidatinnen zu verhindern. Erstgereichte Kandidatin war damals die heutige Leiterin der WKStA, Ilse Maria Vrabl-Sanda, zweite die Leiterin der Staatsanwaltschaft Wien, Maria-Luise Nittel.²²⁹

Für Marek bedeutet dieser Job allerdings einen beruflichen Abstieg, weshalb sie zwei Jahre später eine Belohnung einforderte. Den gewünschten Job als Leiterin der Generalprokuratur bekam sie 2016 jedoch nicht.²³⁰ Prompt beschwerte sie sich deswegen beim Justizminister:

MAREK AN BRANDSTETTER (9. OKTOBER 2016): „DANKE für das Einhalten unserer Gespräche und dass ich Dir aus einer ausweglosen Situation helfen dürfte. SPRICH Nittel und Vrabl verhindert werden mussten.“²³¹

Diese Worte bezeichnet Marek in ihrer Befragung vor dem Untersuchungsausschuss selbst als „absolut unpassend, extrem zynisch und respektlos“.²³²

Doch Brandstetter war nicht der einzige, bei dem sich Marek beschwerte. Auch Johanna Mikl-Leitner wurde kontaktiert:

MAREK AN MIKL- LEITNER (6. OKTOBER 2016): „Liebe Hanni! Bin von einer erfolgreichen Höchststrichterin in zwei Jahren zu einer weitaus schlechter verdienenden Lachnummer der Justiz avanciert.“²³³

Mikl-Leitner bat daraufhin den Kabinettschef im Innenministerium um einen Rückruf „in Sachen Marek“.²³⁴ An die Nachrichten konnte sich Mikl-Leitner in ihrer Befragung nicht erinnern – und auch nicht daran, ob sie damals den Justizminister diesbezüglich kontaktiert hatte.

2017 glückte Marek der Karrieresprung. Nur eine Woche nach Ende der Bewerbungsfrist für die Position der Vize-OGH-Präsidentin unterfertigte Justizminister Wolfgang Brandstetter ihre Bestellung – kurz bevor er das Amt verließ. Bei vergleichbaren Bestellungen fiel die Entscheidung erst zwei Monate später und nach Abhalten von Hearings. Fragen zu diesem Thema wollte Marek vor dem Ausschuss nicht beantworten.²³⁵

Aufsichtsratsposten für Spender*innen, Steuerbare und „eindeutig ÖVP-Nahe“

Wie wird man eigentlich Aufsichtsrat bzw. Aufsichtsrätin in einem staatsnahen Unternehmen? Für die ÖVP ganz einfach. Man muss nur drei Kriterien erfüllen, um einen Spitzenposten zu bekommen: Steuerbarkeit, ÖVP-Nähe und wenn man an die ÖVP spendet, ist das auch kein Nachteil.

In zahlreichen ÖVP-Chats konnte man genau dieses Muster erkennen. Das ÖVP-Spitzenpersonal, Thomas Schmid und Bernhard Bonelli tauschten sich seitenweise darüber aus, wen man am besten auf eine Position hieven sollte.

SCHMID AN BONELLI (29. MÄRZ 2019): (SCHLÄGT FRAU HLAWATI VOR) „Ist schon in Post und Telekom“
SCHMID: „Aber eben verlässlich und steuerbar“.
BONELLI: „Ich red nochmal mit Axel“ [Melchior, ÖVP-Bundesgeschäftsführer, Anm.]
SCHMID: „Die Kollmann“
SCHMID: „die ist Gabi Kreis“
SCHMID: „Steuerbar“
SCHMID: „Sachlich“
SCHMID: „Gut verkaufbar“
SCHMID: „Fixiert haben wir jetzt Ohneberg für VERBUND“
SCHMID: „Hat HBK [Herr Bundeskanzler, Kurz; Anm.] mit Ohneberg eh gesprochen“
BONELLI: „noch nicht!!!!“
SCHMID: „Bernhard!“
SCHMID: „Verbund wird heute zugemacht“
SCHMID: „Im Ernst“
SCHMID: „Das geht nicht anders“
SCHMID (BRINGT EINEN WEITEREN NAMENS GESPRÄCH, FR. N.): „ist eindeutig ÖVP nahe“²³⁶

„Auch NÖ ist informiert“

Vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss gab Axel Melchior noch an, nicht in Aufsichtsratsbesetzungen eingebunden gewesen zu sein. Dem nunmehrigen Ausschuss lagen Chatprotokolle vor, denen jedoch Gegenteiliges - inklusive Abklärung mit dem ÖVP-Machtzentrum Niederösterreich - zu entnehmen war.

„Ich möchte an dieser Stelle meine Sicht der Dinge betonen, nämlich, dass es in dieser Republik keine einzige Personalentscheidung gibt, auf die die ÖVP Einfluss nehmen könnte, die nicht als Letztverantwortlichem von Sebastian Kurz getroffen oder abgesegnet wurde.“

Thomas Schmid

BRÜNNER AN MELCHIOR (3. MÄRZ 2018): „Post AG neben Danninger wird Stefan Szyszkowitz. Er hat bereits zugesagt und seinen AR (Aufsichtsrat) informiert. Auch NÖ ist informiert. Passt für alle. Danke Axel für Organisation. LG, Bernd.“
MELCHIOR: „NÖ weiß aber nur von Stefan“²³⁷

In den Chats wird deutlich, dass Qualifikation hier bedeutet: Steuerbar, eindeutig ÖVP-nahe und, dass Sebastian Kurz in Personalfragen immer eingebunden war und das letzte Wort hat.

Aufsichtsrat spendete 65.000 Euro an die ÖVP und wurde Aufsichtsratschef

Ein Beispiel ist Ex-Aufsichtsratschef der OMV, Wolfgang Berndt. Er spendete insgesamt 65.000 Euro an die ÖVP. Zuerst 2017 an die junge ÖVP 25.000 Euro und 2019 nochmal 40.000 Euro an die Kurz-ÖVP. Just in diesem Jahr wurde er vom Aufsichtsrat zum Aufsichtsratschef befördert. Dass es einen Zusammenhang zwischen den Spenden und seiner Beförderung gab, wurde bestritten. Außerdem würde diese Summe „nur 19 Prozent“ seiner Spendentätigkeit ausmachen und wäre demnach „not a big deal“, wie Berndt sagte.

²³⁸

„Bürgeranliegen“ und Erinnerungslücken

Die Beispiele sprechen für sich, doch vor dem Ausschuss wollten sich die involvierten Auskunftspersonen nicht mehr so recht an die Vorgänge erinnern. Konnte man es doch, wurden sie als einfache, an sie herangetragene und ganz alltägliche Bürgeranliegen abgetan. Tatkräftig unterstützt wurden sie dabei von den Abgeordneten der ÖVP. Kann das stimmen? Thomas Schmid sagte umfänglich bei der WKStA aus. Das Protokoll der Vernehmung lag dem Untersuchungsausschuss vor. Bei dieser gab er unter anderem zu Protokoll:

„Ich möchte an dieser Stelle meine Sicht der Dinge betonen, nämlich, dass es in dieser Republik keine einzige Personalentscheidung gibt, auf die die ÖVP Einfluss nehmen könnte, die nicht als Letztverantwortlichem von Sebastian Kurz getroffen oder abgesegnet wurde.“²³⁹

„Fraktion von Putin-Verstehern“ drängt OMV nach Russland

Eine Woche lang widmete sich der Ausschuss auch den Kontakten der ÖVP-Regierungen zu Russland. Insbesondere wurde die OMV, die Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas sowie die Einbindung Siegfried Wolfs durch die ÖVP in die russischen Geschäfte unter die Lupe genommen.

Über die ÖBAG hält die Republik 31,5% an der OMV.²⁴⁰ Verwaltet wurde dieser Anteil stets durch das Finanzministerium und damit durch Vertreter*innen der ÖVP. Im Jahr 2018 wurde im Beisein von Vladimir Putin und Sebastian Kurz ein neuer Gasliefervertrag mit der Gazprom bis 2040 abgeschlossen. Das Auffällige dabei: Die damals aufrechte Vereinbarung wäre noch bis 2028 gelaufen.²⁴¹ Die OMV und damit Österreich verpflichtete sich für weitere 22 Jahre dazu, russisches Gas zu kaufen. Eine ungewöhnlich lange Laufzeit.

Doch warum wurde der Gasliefervertrag zu diesen, für Österreich ungünstigen Bedingungen abgeschlossen? Ex OMV-Vorstand Gerhard Roiss:

„Es gab da eine große Fraktion von Russland- und Putin-Verstehern, die darauf drängte, dass die OMV sich stärker in Russland engagiert.“²⁴²

Sebastian, Wolf und „der große Chef“

Auch Siegfried Wolfs Engagement für die Beziehungspflege zu Russland wurde thematisiert. Wolf agierte regelmäßig als Organisator von Treffen mit Vertreter*innen Russlands: „Das hat über den Industriemanager Wolf sehr gut funktioniert und hätte über die österreichische Botschaft wesentlich länger gedauert“²⁴³, so Thomas Schmid. Die angesprochenen Treffen inkludierten dann meist alte Bekannte. Zu einem Termin in St. Petersburg waren etwa im Jahr 2019 der OMV-Chef Rainer Seele, Siegfried Wolf und René Benko „im Kreis um Seb. und großer Chef?“²⁴⁴ geladen. Bei „Seb. und großer Chef“ handelte es sich um Sebastian Kurz und Vladimir Putin.

Im Gegenzug erwartete sich Wolf die Unterstützung der ÖVP bei seinen geschäftlichen Tätigkeiten, denn 2018 drohten Sanktionen gegen Russland auch Wolfs Unternehmen zu treffen:

WOLF AN KURZ (5. DEZEMBER 2018):

„Sebastian ich brauche nochmal deine Hilfe in meiner Angelegenheit - kannst du bitte nochmal hr Manuchin oder hr Pompeo (Anm.: damals Außenminister und Finanzminister der USA) anrufen? Da geht nichts weiter“²⁴⁵

Den Unterlagen des Ausschusses war zu entnehmen, dass sich Wolf binnen einen Jahres mindestens siebenmal bezüglich der Sanktionen an Vertreter*innen der ÖVP wandte.



TEIL 3

Wie sich die ÖVP an die Macht klammert

Seit Jahren ermittelt die Justiz gegen ÖVP-Politiker*innen. Die richtigen Leute am richtigen Ort können die Ermittlungen und Verfahren erschweren oder gar zerschlagen. Mit permanenten medialen Angriffen von Seiten der ÖVP gegen die Ermittler*innen der WKStA wurde die Staatsanwaltschaft diffamiert und die schweren Vorwürfe gegen die ÖVP relativiert. Die unabhängige Justiz und ob diese dabei Schaden nimmt, ordnete die ÖVP dem Machterhalt der ÖVP unter. Das gleiche Bild zeigte sich bei den Ermittler*innen der Polizei. Das Innenministerium ist fest in der Hand der ÖVP. Unliebsame Behörden wie das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung wurden gezielt ausgehungert und durch steuerbare Sonderkommissionen ersetzt.

Selbst die parlamentarische Kontrolle wurde mit Füßen getreten. Die ÖVP im Untersuchungsausschuss in Tateinheit mit Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka nutzte jede Gelegenheit, die Aufklärungsarbeit zu behindern. Statt „*alles auf den Tisch*“ lautete das Motto der ÖVP – alles unter den Teppich. Bis sie schließlich den Untersuchungsausschuss abwürgten.

Der wichtigste Mitarbeiter der ÖVP im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss: Nationalratspräsident und Ausschussvorsitzender Wolfgang Sobotka, ÖVP.
Foto: Parlamentsdirektion/Zinner



Behinderung der Justiz

Interner Druck, Spionage der Oberbehörden sowie öffentliche Kampagnen gegen die Staatsanwaltschaft seitens der ÖVP. Die ermittelnden Staatsanwält*innen mussten sich in den letzten Jahren vieles gefallen lassen. Der Grund: Sie ermittelten im Umfeld der ÖVP gegen zahlreiche ÖVP-Politiker*innen und gegen die ÖVP als Verband.



Öffentliche Diffamierung

Seit Beginn der Ermittlungen der WKStA in der Ibiza-Affäre spielte die ÖVP dasselbe Spiel. Zuerst wurde öffentlich beteuert, sich an einer vollständigen Aufklärung beteiligen zu wollen. Anschließend wurde versucht, durch Angriffe auf die ermittelnden Behörden und damit vor allem gegen die WKStA Stimmung zu machen. Bestes Beispiel war das durch Kurz selbst abgehaltene Hintergrundgespräch Anfang 2020, in dem er von „linken Netzwerken“ innerhalb der Staatsanwaltschaft sprach.²⁴⁶

Die ÖVP ließ in den letzten Jahren keinen Vorwurf aus. Von „am linken Auge blinden linken Zellen“²⁴⁷ und politischer Voreingenommenheit innerhalb der Behörde bis hin zu nie bewiesenen Vorwürfen, Akten an die Medien zu leaken²⁴⁸ - die ÖVP hat keine Gelegenheit versäumt, sich über die WKStA zu beschweren. Nach dem Motiv hinter der Kampagne muss nicht lange gesucht werden, denn mit steigender Beschuldigtenzahl aus den Reihen der ÖVP häuften sich auch die Angriffe dieser gegenüber der Staatsanwaltschaft. Ganz vorne mit dabei: Die ÖVP Fraktion im Untersuchungsausschuss. 2021 zeig-

te die ÖVP schließlich die ermittelnden Staatsanwält*innen an.²⁴⁹ (Die zuständige Staatsanwaltschaft stellte keinen Anfangsverdacht fest und leitete keine Ermittlungen ein.)

Einer der fallführenden Staatsanwälte im Ibiza-Verfahren, Bernhard W., zeichnete vor dem Ausschuss ein düsteres Bild:

„Seit Beginn der Ermittlungen Mitte 2019 erlebe ich – und das gesamte Team – viele Höhen und Tiefen, nehme Vorgänge wahr, die ich für mich nach beinahe 15 Jahren Erfahrung als Staatsanwalt hätte ausschließen können, erlebe eine beispiellose Medienkampagne gegen einzelne Mitarbeiter beziehungsweise gegen die WKStA als solche, erlebe, wie Mitarbeiter persönlich diffamiert werden, erlebe, wie dienstrechtlich versucht wurde, Druck zu erzeugen. Und es scheint, als wäre die volle Dimension dieser Vorgänge noch nicht bekannt.“²⁵⁰

Interne Obstruktion

Die WKStA musste nicht nur durch die öffentliche Diffamierung seitens der ÖVP vieles einstecken, sondern war auch mit Obstruktionen einiger ÖVP-naher Beamt*innen innerhalb der Justiz konfrontiert. Diese gingen vor allem vom Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Johann Fuchs, sowie dem damals höchsten Beamten im Justizministerium, Christian Pilnacek, aus.

Mittlerweile wurde Johann Fuchs die Dienstaufsicht über die WKStA entzogen²⁵¹, der Sektionschef im Justizministerium Christian Pilnacek ist suspendiert²⁵², die Rechtsschutzbeauftragte des Ministeriums, Gabriele Aicher, ist aufgrund Befangenheits-Vorwürfe zurückgetreten,²⁵³ und der SOKO Tape wurden seitens der WKStA alle Ermittlungsaufträge entzogen.²⁵⁴

Die WKStA ist an die Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft Wien gebunden, und diese wiederum über die Sektion Strafrecht an die des Justizministeriums. Zentrale Rolle spielten hier Johann Fuchs als Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien und Christian Pilnacek als Sektionschef

der Sektion Strafrecht im Justizministerium. Im Untersuchungsausschuss wurde vor allem die durch die beiden ausgeübte Fachaufsicht über die WKStA thematisiert. Diese war, wie die zuständigen Oberstaatsanwält*innen berichteten, zunehmend von „Störfeuer, überbordenden Berichtsaufträgen und Ähnlichem“²⁵⁵ geprägt. Im Auftrag des Ex-ÖVP-Ministers Josef Moser sollte etwa der Beamte Robert J. alle Verfehlungen der WKStA zusammenfassen; doch er kam zu dem Ergebnis, „dass die WKStA über viele ganz hervorragende Mitarbeiter verfügt, wo auch das Lesen der Berichte ein Vergnügen ist, das sage ich ganz offen – die waren wirklich super“.²⁵⁶

Anstatt der Behörde bei ihren Ermittlungen unter die Arme zu greifen, versuchten Fuchs und Pilnacek vor allem bei den politisch heiklen Fällen der ÖVP-Korruption „Unverhältnismäßiges in den Ermittlungen zu verhindern“²⁵⁷.

FUCHS AN PILNACEK (3. JUNI 2019): „Vielleicht bietet hier die SOKO für uns eine Möglichkeit, um Unverhältnismäßiges in den Ermittlungen zu verhindern.“²⁵⁸

Die Leiterin der WKStA Ilse-Maria Vrabl-Sanda erklärte dazu bei ihrer Befragung vor dem Ausschuss:

„Es geht eigentlich nicht um einzelne Personen, sondern es ging im Kern um die Verfahren, die diese Personen geführt haben. Was wir gesehen haben, ist eine Beeinträchtigung der Strafverfolgung, das sind die Erschwerungen der Ermittlungen für Zwecke außerhalb der Strafgesetze, und da waren die Angriffe gegen diejenigen, die diese Verfahren dem gesetzlichen Auftrag entsprechend führen, nur Mittel zum Zweck.“²⁵⁹

„Ich stelle mir Observation vor“

Wie weit sowohl der Leiter der Staatsanwaltschaft Wien, Johann Fuchs, als auch der Sektionschef im Justizministerium, Christian Pilnacek, bereit waren zu gehen, zeigten dem Ausschuss vorgelegte Nachrichten zwischen den beiden. Sie planten, Staatsanwälte der WKStA observieren zu lassen. Oberstaatsanwalt Bernhard W. bezeichnete diese Pläne als einen für ihn weiteren bedenklichen Höhepunkt.²⁶⁰

Grundlage der angedachten Ermittlungen: Die WKStA hatte die Befangenheit eines Ermittlers der SOKO (Sonderkommission) Tape festgestellt.²⁶¹ Dieser schickte kurz nach der Veröffentlichung des Ibiza Videos folgende Nachricht an Strache: „Lieber H.C.! Wann kommt dein Rücktritt vom Rücktritt. Die Republik braucht dich!“²⁶² Der Chef der Ermittlungseinheit, Andreas Holzer, sah darin keinen Befangenheitsgrund.²⁶³ Der Sachverhalt wurde wenig später publik, und das angeblich aus der WKStA stammende Leak bot für Fuchs und Pilnacek eine perfekte Gelegenheit.

PILNACEK AN FUCHS (22. AUGUST 2019): „(...) ich spreche morgen mit Lang (Franz, Chef des Bundeskriminalamts, Anm.); ich stelle mir Observation vor; hG“.

PILNACEK AN FUCHS: „Es wird auch einmal notwendig sein, eine Rufdatenauswertung anzuordnen und dienstlich und privat genutzte Mobiltelefone sowie E-Mailaccounts von [...] sicherzustellen.“²⁶⁴

Schnell wurde die Idee geboren, die SOKO Tape (die dem ÖVP-geführten Innenministerium untersteht) gegen die WKStA ermitteln zu lassen.

Ein einzigartiger Vorgang: SOKO sollte gegen Staatsanwälte ermitteln

Nur: Allen Beteiligten war schon zum Zeitpunkt der Überlegungen klar, dass das angesprochene Leak aus dem BVT und somit nicht aus der WKStA stammte.

PILNACEK AN FUCHS (22. AUGUST 2019): „dass diesmal das BVT Quelle des Leaks ist; egal, irgendwann muss effektiv ermittelt werden.“²⁶⁵

Genauso waren sich die beiden bewusst, dass es sich beim BVT (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) um eine unzuständige Behörde handelte.²⁶⁶ Zwei der ranghöchsten Juristen Österreichs führten unter einem ganz klaren Vorwand im Schilde, ohne jegliche Verdachtslage durch eine unzuständige Behörde Verfahrensschritte gegen die WKStA einzuleiten. Vor dem Ausschuss führte der Oberstaatsanwalt der WKStA Bernhard W. aus:

„Die SOKO soll ja mit der WKStA aufklären und nicht gegen die WKStA ermitteln. Also ich glaube, so ein Vorgang ist wahrscheinlich einzigartig in der Republik, dass eine ermittelnde Polizei nicht nur für, sondern auch gegen die Staatsanwälte ermittelt oder arbeitet.“²⁶⁷

„Die Truppe ist das Letzte“

Doch damit nicht genug. Im gleichen Verlauf schlug Fuchs dem Sektionschef Pilnacek vor, „ein 310er Verfahren bei der StA Wien ein(zu)leiten“.²⁶⁸ Damit meint er, gegen die Oberstaatsanwält*innen ein Verfahren wegen Verrats eines Amtsgeheimnisses in die Wege zu leiten. Ziel der Maßnahmen sollte vor allem der Zugriff auf die Daten des Staatsanwalts Gregor A. sein - jener Oberstaatsanwalt, der heute die Ermittlungen gegen Sebastian Kurz führt. Pilnacek fand den Vorschlag äußerst begrüßenswert und antwortete euphorisch: „Ja, wir müssen jetzt scharf eingreifen; die truppe ist das letzte.“²⁶⁹



Christian Pilnacek (Mitte) auf dem Weg in den Untersuchungsausschuss. Er wollte die WKStA überwachen lassen. Foto: Lena Krainz



Nehammer (r.), damals Innenminister, beförderte Andreas Holzer, den Leiter der SOKO Tape, zum Bundeskriminalamts-Direktor. Foto: BMI/Karl Schober

Im März 2022 zog die WKStA ihrerseits Konsequenzen und entzog der SOKO Tape sämtliche Ermittlungsaufträge. In der Begründung sprach die Leiterin der WKStA von einer „systematischen Torpedierung des Ermittlungsverfahrens und wiederholte(n) Versuche(n), die zuständigen Oberstaatsanwält*innen durch die unrichtigen Unterstellungen (...) persönlich zu diffamieren“. Außerdem sei die Zusammenarbeit zwischen SOKO und WKStA durch „Verschweigen einer bei einem Beamten offenkundig vorliegenden Befangenheit, trotz ausdrücklicher Nachfrage“, oder etwa durch die „gesetzwidrig unterlassene Berichterstattung über die Sicherstellung des Ibiza-Videos von erheblichen Irritationen begleitet.“²⁷⁰ Darüber hinaus führte sie fast institutionalisierte Besprechungen zwischen Christian Pilnacek, Johann Fuchs und Andreas Holzer (dem damaligen Leiter der SOKO Tape) bezüglich des Ibiza-Verfahrens an. Einzig nicht geladen war damals die fallführende Staatsanwaltschaft: die WKStA.²⁷¹

Der Fuchs und der Maulwurf

Wie weit Johann Fuchs ging, um an Informationen aus der WKStA zu kommen, zeigte vor allem die Befragung der mittlerweile karenzierten WKStA-Staatsanwältin Linda Poppenwimmer. Mittlerweile arbeitet sie für die Kanzlei Ainedter und Ainedter, die auch prominente Beschuldigte im Ibiza-Verfahren vertritt.²⁷²

Poppenwimmer arbeitete innerhalb der WKStA in dem für das Eurofighter-Verfahren zuständigen Team, das den Aussagen im Ausschuss nach zu urteilen durch Fuchs persönlich – in einem höchst ungewöhnlichen Vorgang – eingerichtet worden ist. Die Leiterin der WKStA, Vrabl-Sanda, dazu:

„Kollegin Poppenwimmer ist (...) dann in einer aus meiner Sicht sehr einzigartigen Aktion vom Leitenden Oberstaatsanwalt dem Eurofighter-Team zugewiesen worden. Einzigartig meine ich deshalb, weil ich das noch nie so erlebt oder gehört hätte, dass der Leitende Oberstaatsanwalt ein Team bildet, ein staatsanwaltschaftliches Team bildet, ohne die Leitung – nämlich mich in dem Fall – miteinzubeziehen.“²⁷³

Über Monate versorgte Poppenwimmer den Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien mit Informationen zu internen Abläufen. Unter den insgesamt 390²⁷⁴ vorgelegten Nachrichten fanden sich neben abfotografierten Terminkalendern²⁷⁵ oder Aktenteilen²⁷⁶ auch Updates zu internen Besprechungen²⁷⁷.

Integer geht anders

Seitens der ehemaligen Kolleg*innen Poppenwimmers hagelte es Kritik - vor allem für den Leiter der Oberbehörde. Vrabl-Sanda sagte bei ihrer Befragung im Untersuchungsausschuss:

„Wenn nämlich der Leitende Oberstaatsanwalt da in irgendeiner Art und Weise zu einer Stoffsammlung gegen andere MitarbeiterInnen der WKStA anregt und dabei eine Mitarbeiterin, wenn schon nicht missbraucht, dann jedenfalls nicht davon abhält und sie einbremst in ihren Indiskretionen und in ihrem durchaus auch Anbiederungseifer unter Umständen, sondern sie ermutigt, mit den Umfeldherhebungen weiterzumachen, zeugt das gelinde gesagt von höchst bedenklichem Führungsstil. Und ich habe schon eingangs gesagt: Integer geht anders.“²⁷⁸

Fuchs selbst leitete einige der Nachrichten von Poppenwimmer sofort an Christian Pilnacek weiter und nutzte sie als Grundlage, um mit diesem gegen die WKStA zu wettern.²⁷⁹ Die drei setzten sich häufig mit nie auch nur ansatzweise bewiesenen Leaks innerhalb der WKStA auseinander.²⁸⁰ Ein Vorwurf, den auch die ÖVP immer wieder ins Spiel brachte, bis die ÖVP deshalb Anzeige gegen einige der Staatsanwält*innen einbrachte, die (siehe oben) mangels Anfangsverdacht nicht weiterverfolgt wurde.

Die Dienste an die Oberbehörde dürften sich für Poppenwimmer ausgezahlt haben. Wenig später wurde sie auf ihren - auch gegenüber Fuchs - geäußerten²⁸¹ Wunsch hin der Generalprokuratur zugeteilt, bis sie in die Rechtsanwaltskanzlei Ainedter und Ainedter wechselte.²⁸²

Die Rechtsschutzbeauftragte

Linda Poppenwimmer war nicht die Einzige, deren Nähe zur Kanzlei Ainedter und Ainedter im Ausschuss thematisiert wurde. Auch die Rechtsschutzbeauftragte des Justizministeriums, Gabriele Aicher, sorgte für Aufsehen, als sie sich von der Kanzlei im Zusammenhang mit einer Beschwerde gegen die Hausdurchsuchungen bei der Mediengruppe ÖSTERREICH unterstützen ließ.²⁸³ Der Umstand, dass gerade die Kanzlei, die auch Beschuldigte im gleichen Verfahrenskomplex vertritt, hier nicht hätte aushelfen sollen, ließ sie auch vor dem Ausschuss kalt.²⁸⁴

Anders sah das vor allem die von der Beschwerde betroffene WKStA, die den Ausschluss Aichers aus den Ermittlungen rund um den Ibiza-Komplex forderte und sich bis zu Aichers Rücktritt wenig später nur mehr an ihren Stellvertreter wandte.²⁸⁵

„Wer vorbereitet Gernot auf seine Vernehmung?“

Christian Pilnacek war nicht nur bemüht, gegen die Staatsanwältin*innen der WKStA vorzugehen, sondern trat auch hinter den Kulissen als Berater Gernot Blümels auf. Im Februar 2021 führte die WKStA bei Blümel eine Hausdurchsuchung durch,²⁸⁶ wenige Tage später das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung im Finanzministerium²⁸⁷. Grund waren Ermittlungen gegen Gernot Blümel im Zusammenhang mit mutmaßlichen Spenden der Novomatic an die ÖVP.²⁸⁸ Blümels damaliger Kabinettschef, Clemens-Wolfgang Niedrist, schickte die Sicherstellungsanordnung der Staatsanwaltschaft per Mes-

sengerdienst Signal an Pilnacek, der sofort dem aus der ÖVP altbekannten Verteidigungsmodus verfiel:

PILNACEK AN NIEDRIST (24. FEBRUAR 2021): „Das ist ein Putsch!! Lauter Mutmaßungen, es muss Beschwerde gegen HD eingelegt werden, wer vorbereitet Gernot auf seine Vernehmung?“²⁸⁹

Erneut zeichnete sich hier ab, wie weit die Spezialleistungen der ÖVP-Vertrauten im Justizministerium gegangen sind und wie versucht wurde, die Arbeit der Staatsanwaltschaft zu torpedieren.

„Das Bollwerk gegen die linksradikale Kampftruppe“

Schon lange waren die Ermittlungstätigkeiten der WKStA den ÖVP-nahen Beamten Fuchs und Pilnacek ein Dorn im Auge. Immer wieder versuchten sie, in die Arbeit der Oberstaatsanwält*innen einzugreifen. Für ihre Arbeit wurden Fuchs und Pilnacek im Jahrbuch der ÖVP 2021 ausdrücklich gelobt. Sie seien „das einzige Bollwerk gegen die linksradikale Kampftruppe der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft“.²⁹⁰

Der Kontakt zwischen den beiden war, wie bereits geschildert, stets eng. Fuchs schickte etwa vertrauliche Dokumente aus einem Akt der Staatsanwaltschaft an Pilnacek und musste sich deswegen sowie aufgrund einer Falschaussage vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss bereits vor Gericht verantworten.²⁹¹ Außerdem wurde dem Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien die Aufsicht über die WKStA entzogen.

Christian Pilnacek wurde schon 2021 suspendiert; das Verfahren ist aktuell noch im Laufen.²⁹²

Nehammer missachtet Sicherstellungsanordnung der WKStA

Im Oktober 2021 machte die WKStA eine Hausdurchsuchung in der Parteizentrale der ÖVP. Sebastian Kurz musste zurücktreten. Ihm folgte für kurze Zeit Alexander Schallenberg, bis dahin Außenminister, nach, dann Karl Nehammer, bis dahin Innenminister. Der weigert sich bis heute, die vom Straflandesgericht Wien bestätigte Sicherstellungsanordnung der WKStA für bestimmte Mails und Daten zu befolgen.

Die ÖVP versprach „volle Aufklärung“ der bekannt gewordenen Vorwürfe rund um das Beinschab-Tool. Eine Ankündigung, der jedoch keine Taten folgen sollten. Anstatt sich kooperativ zu zeigen und einen Schlussstrich zu ziehen, versucht die ÖVP weiterhin alles, um die weitere Aufklärungsarbeit der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsausschusses zu behindern. An vorderster Front mit dabei: Karl Nehammer, Sebastian Kurz' Nachfolger als Bundeskanzler und ÖVP-Obmann.

Im Zuge ihrer Ermittlungen musste die WKStA feststellen, dass die für das Beinschab-Tool Verantwortlichen umfassende Datenlöschungen vorgenommen hatten.²⁹³ Um dennoch an Informationen zu gelangen, wollte die Staatsanwaltschaft die Postfächer gewisser mit der Öffentlichkeitsarbeit betrauter Mitarbeiter*innen im Kanzleramt sicherstellen. Der ÖVP-Kanzler Nehammer sagte bei seiner Befragung im Untersuchungsausschuss: „Natürlich ist es meine Aufgabe als Bundeskanzleramt, Bundeskanzler, der Sicherstellungsanordnung nachzukommen“²⁹⁴ - weigert sich jedoch bis heute, der Anordnung Folge zu leisten.

Auch in diesem Fall zeichnete sich ein für die ÖVP bekanntes Vorgehen ab. Anstatt der Staatsanwaltschaft die geforderten Daten auszuhändigen und „alles auf den Tisch“ zu legen, wurde hinter dem Rücken der WKStA umgehend zu einem Hintergrundgespräch mit Medienvertreter*innen geladen, um die öffentliche Meinung manipulieren zu können.²⁹⁵

Für die ÖVP ist es nichts Neues, wenn die Staatsanwaltschaft an der Tür klopf. Doch für Nehammer ist die Sache dieses

Mal ziemlich heikel. Zum einen ist die Anordnung an das ihm unterstellte Bundeskanzleramt gerichtet. Zum anderen ist er Parteiobmann der im Beinschab-Verfahren beschuldigten ÖVP.²⁹⁶ Ein Umstand, der den Kanzler offensichtlich kalt lässt. Bei seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss kam ans Licht, dass er seine eigene Befangenheit niemals prüfen ließ.²⁹⁷

Nehammers Büroleiter Andreas Achatz führte außerdem im Ausschuss aus, dass er sich mit Nehammer über die politischen Auswirkungen dieser Anordnung unterhalten habe, und weiter: „Es gibt da unterschiedliche Rechtsmeinungen bezüglich des Vorganges, und dass es, egal wie es ausfällt, dem Herrn Bundeskanzler negativ ausgelegt wird.“²⁹⁸ Anstatt sich also wie angekündigt umfassend an der Aufklärung zu beteiligen, wurde wieder einmal aufgrund möglicher politischer Implikationen jegliche Mitarbeit unterlassen. Schlimmer noch: Es wurde aktiv versucht, öffentlich gegen die Staatsanwaltschaft Stimmung zu machen.

Diese Medienfixierung darf einen durchaus bekannt vorkommen. Für die Medienarbeit von Kurz zuständig war lange Jahre Gerald Fleischmann, bis Dezember 2017 als Pressesprecher, dann als Leiter der Stabsstelle Kommunikation im Bundeskanzleramt. Was er dort gemacht hat, wollte er bei seiner Befragung durch die Verfahrensrichter-Stellvertreterin Christa Edwards nicht sagen. Auf die Frage von Edwards: „Was tut ein Leiter einer Stabsstelle für strategische Kommunikationsberatung?“, sagte Fleischmann, „dass all das auch Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens ist“.²⁹⁹ Fleischmann ist, wie er davor selbst sagte, „einer dieser Beschuldigten im Faktenkomplex Beinschab-Österreich-Tool, auch bekannt als Inseratenaffäre“.³⁰⁰

Apropos Fleischmann: Der Untersuchungsausschuss forderte die entsprechenden E-Mails ebenfalls an. Den vorgelegten Unterlagen war schnell zu entnehmen, warum das Bundeskanzleramt diese nicht an die Staatsanwaltschaft übermitteln wollte und will. Aus ihnen geht unter anderem hervor, dass Fleischmann per Whatsapp Inseratenschaltungen geplant hat. Spannend daran ist, dass sowohl Kurz als auch Fleischmann bis dato Gegenteiliges behauptet haben.³⁰¹

Innenministerium als Filiale der ÖVP-Niederösterreich

Ernst Strasser, ÖVP-Innenminister der Regierung Schüssel, ist das Role-Model für seine Nachfolger*innen, die mit Kurz groß geworden sind und Kurz großgemacht haben. Wie Strasser haben sie ihr Handwerk in der ÖVP-Niederösterreich gelernt. Motto: Zuerst kommt die ÖVP, dann das Amt.



Ernst Strasser 2000 – 2004
European People's Party - EPP Conference on Cyber Security



Johanna Mikl-Leitner 2011 – 2016
Wikimedia Commons/Karl Gruber / CC BY-SA 4.0



Wolfgang Sobotka 2016 – 2017
Bernhard Holub - Wikimedia Commons



Karl Nehammer 2020 – 2021
European People's Party - EPP Congress Rotterdam - Day 2



Gerhard Karner seit 2021
AlexXw - Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Austria

Schwarzes Netzwerk im Innenministerium

SOKO Ibiza

Am 17. Mai 2019 platzte die Politbombe des Ibiza-Videos. Kurz darauf wurde eine Sonderkommission für die Ermittlungen im schwarzen Innenministerium eingerichtet - die SOKO Tape (alias SOKO-Ibiza). Die Ermittler*innen hatten den Auftrag, die „Produzent*innen“ des Ibiza-Videos sowie die vielen Verdachtslagen in Bezug auf Korruption auszuforschen. Von Anfang an begleiteten die SOKO Vorwürfe politischer Befangenheit der Ermittler, heimlicher Absprachen hinter dem Rücken der WKStA und unterlassener Ermittlungsschritte. Schließlich zog die WKStA die Reißleine. Mit März 2022 wurden der SOKO sämtliche Ermittlungsaufträge entzogen.

SOKO Gründung ohne Einbindung der WKStA

In der Regel erteilt die für ein Verfahren zuständige Staatsanwaltschaft der Polizeibehörde einen Ermittlungsauftrag. Bei der Gründung der SOKO lief es anders herum. Die ersten Gespräche und die Konzeption der SOKO fanden statt, bevor es überhaupt ein Verfahren gab, und ohne Einbindung der WKStA als zuständige Ermittlungsbehörde. Hier wurde besprochen, in welche Richtung ermittelt werden soll. Im Widerspruch dazu erhielt die WKStA von der Oberstaatsanwaltschaft Wien kurz zuvor die Weisung, eben nicht zu ermitteln, sondern lediglich einen Anfangsverdacht zu prüfen. Die ÖVP versuchte, so rasch wie möglich die Kontrolle über das Verfahren zu sichern.

Die Leiterin der WKStA Ilse-Maria Vrabl-Sanda wurde zu diesem Vorgehen vor dem Untersuchungsausschuss befragt:

KRAINER (SPÖ): „*Sie haben vorhin [...] angesprochen, dass es fast institutionalisierte Besprechungen zwischen Pilnacek, Fuchs, Holzer, Lang rund um die Einsetzung, aber auch während der operativen Tätigkeit des Ibizaverfahrens gegeben hat. Ist das üblich, dass sich Sektionschefs, Leitende Oberstaatsanwälte mit dem Leiter einer Sonderkommission ohne die zuständigen fallführenden Staatsanwälte treffen?*“

VRABL-SANDA: „*Also mir ist so was völlig neu gewesen. Und ich habe es schon gesagt: Es herrscht wahr-*

scheinlich über diese Nachrichten, in denen das beinhaltet ist, durchaus Entsetzen und auch Empörung bei der Kollegenschaft, insbesondere, wie ich gehört habe, aus der Richterschaft, also ich meine jetzt Richter und StaatsanwältInnen.“³⁰²

Bundesamt für Korruptionsbekämpfung durfte nicht ermitteln

Bemerkenswert: Mit den Ermittlungen in der Ibiza-Causa wurde nicht die auf Korruption spezialisierte Behörde - das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung (BAK) - betraut, sondern es wurde eine eigene Sonderkommission gegründet. Die Anti-Korruptionseinheit stand bei der ÖVP-Führung im Innenministerium nicht hoch im Kurs.

Dies wurde vor allem durch dem Ausschuss vorliegende Chats von Wolfgang Sobotka ersichtlich.

SOBOTKA AN KLOIBMÜLLER (12. JANUAR 2017): „*und unser BAK, das hinterfotzig ermittelt wird, glaube ich der Sektion 1 zugeteilt. – ganz liebe Grüße, Wolfgang*“³⁰³



Gudenus, Strache und vermeintliche Oligarchennichte. Ausschnitt aus dem Ibiza-Video, das das BMI nicht mit der WKStA teilen wollte.
Foto: Screenshot.

In einer Nachricht vom Leiter der SOKO, Andreas Holzer, an Pilnacek warnt jener vor dem Leiter des BAK, weil dieser das Gesetz aus seiner Sicht zu ernst nimmt.

HOLZER AN PILNACEK (24. AUGUST 2019):
„Hallo Hans, das wäre natürlich möglich. Wenn wir aber in Richtung 310 gehen wäre das BAK zuständig, der dortige Direktor pocht immer vehement auf das BAK Gesetz.“³⁰⁴

Auch Vrabl-Sanda las aus den Nachrichten eine gezielte Steuerung der Verfahren heraus.

„Jetzt sehen wir [...] dass darüber Unterhaltungen stattgefunden haben, wie es denn sozusagen weitergehen soll, ob es irgendwelche Verfahren geben soll, ob es Ermittlungen geben soll, dass diese das BKA und bitte eher nicht das BAK führen sollte [...], aus dem Grunde, weil man sich die Aufsicht, sozusagen die Kontrolle behalten wollte, dass das BKA eher dazu geeignet ist, die Verhältnismäßigkeit einer Staatsanwaltschaft sozusagen zu wahren. Da muss man sich natürlich schon immer denken: Was ist denn das für eine Dienstaufsicht?“³⁰⁵

ÖVP-nahe Ermittler der SOKO Ibiza prüften gegenseitig ihre Befangenheit

„Klar ist, dass Herbert Kickl nicht gegen sich selbst ermitteln kann“, erklärte Sebastian Kurz unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Ibiza-Videos. Dass ein Amtieren-

der Innenminister nicht gegen sich und seine Partei ermitteln darf, sollte klar sein, und Gleiches müsste auch für die ÖVP gelten. Doch bei den Ermittlungen der SOKO bzw. jenen des ÖVP-geführten Innenministeriums schien die Nähe zur ÖVP kein Hindernis mehr darzustellen.³⁰⁶

In einem anonymen Schreiben an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft wurde die Befangenheit der Ermittler der SOKO Ibiza thematisiert. Der Leiter der SOKO, Andreas Holzer, sei ein aktives ÖVP-Mitglied und gehöre dem Zirkel rund um Kloibmüller an. Ebenso wären zwei weitere Ermittler ÖVP-Mitglieder und hätten tiefe Verbindungen in ÖVP-Kreise. Einer der Beamten hätte einst auch für die ÖVP bei einer Gemeinderatswahl kandidiert. In dem Schreiben wurden außerdem die beruflichen Werdegänge der Ermittler skizziert und auch familiäre

WKStA-Leiterin Vrabl-Sanda zieht die Reißleine und entzieht der SOKO Tape alle Ermittlungsaufträge.
Foto: EIZINGER Alexandra / WirtschaftsBlatt / picture-desk.com



Verbindungen zu ÖVP-Politikern aufgezeigt. Daraufhin ordnete die WKStA die Untersuchung der Befangenheit an, doch die fand nie statt. Denn die Antwort kam noch am selben Tag: Die Beamten hatten sich gegenseitig geprüft und seien zu dem Ergebnis gekommen, dass keine Befangenheit vorliege. Darüber hinaus sei die Parteizugehörigkeit irrelevant, wie man der WKStA mitteilte. Im Untersuchungsausschuss erklärte Lang, dass es nicht möglich sei, „Gesinnungsverhöre“³⁰⁷ durchzuführen, um eine Nähe zur ÖVP herauszufinden. Die WKStA ließ nicht gleich locker und forderte eine Dienstbesprechung. Schließlich entschied das Justizministerium: Eine Parteimitgliedschaft reiche für eine Befangenheit nicht aus.

Vrabl-Sanda musste die Entscheidung akzeptieren, widersprach aber inhaltlich:

„Wir sind der Meinung, dass es gerade in unseren Verfahren ganz, ganz notwendig ist, [dass es] nicht nur die parteilichen Einflussnahmen, aber auch sonstige unsachliche Einflussnahmen nicht geben darf in den Verfahren.“³⁰⁸

Über Ibiza-Video-Fund wird WKStA nicht informiert

In den darauffolgenden Monaten kam es laufend zur Torpedierung der Ermittlungstätigkeit der Korruptionsstaatsanwält*innen. Angefangen mit geheimen Absprachen zwischen der Staatsanwaltschaft Wien, dem Sektionschef Pilnacek und der SOKO ohne Einbindung der WKStA, ging es weiter mit der Nichtbefolgung von Anordnungen bis zum Vorenthalten von wesentlichen Informationen. So wurde zum

Beispiel die WKStA nicht einmal darüber informiert, dass das Ibiza-Video gefunden worden war, obwohl hier eine Informationspflicht bestanden hätte. Kein einfaches Versehen. Einen ganzen Monat verschwieg das ÖVP-Innenministerium unter Karl Nehammer der WKStA den Fund, um den Erfolg alleine medial verkaufen zu können.

Der Leiter der SOKO Tape schrieb in einer Chatnachricht an den Sektionschef im Justizministerium Christian Pilnacek:

HOLZER AN PILNACEK (25. MAI 2020):

„Der Erfolg der Sicherstellung des Videos kann endlich einmal exklusiv von uns präsentiert werden. Alles andere brauchen wir ja nicht beantworten. Wäre gute Möglichkeit, den Schulterchluss zwischen sta wien und soko zu zeigen.“³⁰⁹

Ilse-Maria Vrabl-Sanda sagt dazu im Untersuchungsausschuss:

„In weiterer Folge sehen wir ja auch, dass er uns – trotz der Anordnung der WKStA zur Sicherstellung dieses Videomaterials – nicht kundgetan hat, dass es sichergestellt ist, sondern sich vielmehr mit dem damaligen Leiter als operativer Leiter in die Medien gesetzt hat, vor die Couch gesetzt hat und auf dem Couchtisch präsentiert hat, was da alles sichergestellt worden ist. Ich halte das einfach für eine Form, dass ich sage: Das geht so nicht!“³¹⁰ [...] „Wenn man sozusagen nicht den Schutz des Ermittlungsverfahrens an die erste Stelle stellt, sondern die positive Medienberichterstattung prioritär im Auge hat, dann halte ich das nicht besonders für legitim. Es ist vielleicht nachvollziehbar, verständlich, aber es ist ja auch darum gegangen, wenn ich diesen Chat richtig verstehe, hier einen Schulterchluss mit der Staatsanwaltschaft Wien darzustellen.“³¹¹



Der SOKO werden die Ermittlungsaufträge entzogen

Im März 2022 wurden die Chats von Pilnacek und Holzer medienöffentlich bekannt. Die WKStA reagierte umgehend und entzog der SOKO alle Ermittlungsaufträge. Der Grund: systematische Torpedierung des Ermittlungsverfahrens. Zusammengefasst waren es fünf drastische Verfehlungen, aufgrund welcher sich die Leiterin der WKStA zu diesem Schritt gezwungen sah:

1. Der Leiter der SOKO sagte Pilnacek zu, Ermittlungen gegen Mitarbeiter*innen der WKStA einzuleiten, obwohl bereits klar war, dass es kein Leak in der WKStA gab, sondern andernorts.
2. Die unterlassene Berichterstattung betreffend die Sicherstellung des Ibiza-Videos.
3. Abfällige Äußerung Holzers zu den Ermittlungsaufträgen, z. B. diese wären „sinnlos“.
4. Geheime Absprachen vor und nach Besprechungen mit der WKStA.
5. Die Einflussnahme auf Ermittlungen insofern, dass die SOKO „Unverhältnismäßigkeiten in den Ermittlungen verhindern“ solle.

Ein durchgängiges Thema im Untersuchungsausschuss: Wie die ÖVP versucht hat, die Institutionen des Rechtsstaats in ihrer Arbeit zu behindern. Foto: Benjamin Jaquemar

Warum das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung nicht funktioniert

Das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung (BAK) wurde von ÖVP-Innenministern personell geschwächt und bei den Ermittlungen im Ibiza-Komplex ausgebootet. Foto: ALEX HALADA / picturedesk.com

Die neue Volkspartei

Lichtenfelsgasse 7 · 1010 Wien

Das BAK ist eine der wichtigsten Antikorruptionsbehörden unseres Landes. Umso problematischer ist es, wenn diese in Anbetracht der unzähligen ÖVP-Korruptionsskandale nicht funktioniert. Jahrelang wurde die Behörde augenscheinlich absichtlich ausgehungert. Dutzende Stellen wurden nicht nachbesetzt, die angekündigte „Strukturreform“ blieb genau das, eine Ankündigung. Selbst die Leitung der Behörde wurde zwei Jahre nicht ordentlich ausgeschrieben.

Interimistisch übernahm 2020 ein ÖVP-Mitglied, der ehemalige Kabinettsmitarbeiter Otto Kerbl, die Leitung der Behörde. Dieser hat somit den Zustand des BAK mitzuverantworten. Anstatt aber die Leitung neu zu vergeben wurde er trotz vorheriger Verfehlungen im Herbst 2022 schließlich offiziell zum Leiter der Behörde bestellt. Auch hier zeigte sich erneut die Wirkkraft des „richtigen“ Parteibuches.

Die mittlerweile pensionierte Abteilungsleiterin im BAK, Martina Koger, packte im Untersuchungsausschuss aus. Nur der „innere Kreis“ von ÖVP-Leuten traf Entscheidungen. Führungspositionen gingen nur an ÖVP-Loyale.

KOGER: „Ich glaube, das ist jetzt auch keine besondere Erkenntnis, wenn ich sage: Natürlich – so wie die anderen Besetzungen im BMI – sind auch im BAK die Führungskräfte großteils mit ÖVP-Personen besetzt worden. Das war auch bei der Besetzung von Mag. Wieselthaler, der vom Rechnungshof gekommen ist und in der Personal- - Ja, auf jeden Fall auch

ÖVP-Mann war. Bei Dr. Kerbl, der auch im Kabinett war, ist das ohnedies auch natürlich bekannt. Der ehemalige Magister, also ehemalige Leiter der operativen Abteilung, Mag. Aichberger, jetzt in Niederösterreich als stellvertretender, ich weiß nicht was – auch ÖVP. Also ja, so quer durch.“³¹²

HERR (SPÖ): „Sie haben vorher gesagt, der innere Kreis war politisch loyal. Wem konkret gegenüber?“

KOGER: „Ja, ich denke, ÖVP-loyal beziehungsweise auch den Sektionschefs, die ja bekanntlich auch aus der ÖVP kamen oder kommen.“³¹³

„Parteilpolitisch verbundener“ Kandidat bekam den Job und wusste selbst nicht, warum

Das wirkte sich auch auf die Postenbesetzung aus. Als es etwa um die Besetzung einer Referatsleitung im Bereich der Prävention ging, hatte die ihrer Meinung nach am besten qualifizierte Person von Anfang an keine Chance. Stattdessen bekam den Job eine „parteilpolitisch verbundene Person“³¹⁴, die auch dem Cartellverband zugehörig

gewesen sein soll – und nicht kompetent war, wie sich später herausstellte. Er habe etwa gesagt, dass er eigentlich nicht wisse, warum er hier sei, und dass er für die Sachfragen ja ohnehin seine Mitarbeiter habe, die das für ihn erledigen können, so die Auskunftsperson Koger.

„Es gibt natürlich immer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sehr hervorragend sind, manche sind gut, aber eine derartige mangelnde Kompetenz habe ich eigentlich sonst bei niemandem feststellen können.“³¹⁵

ÖVP-Machtspiele im Innenministerium

Obwohl es bei der Ausschreibung um ihre Abteilung ging, wurde Koger nicht entsprechend in den Auswahlprozess eingebunden. Auf die Frage, ob es denn keine Hearings bei der Bestellung der Referatsleitung im BAK gegeben hätte, bekam der fragende Abgeordnete der ÖVP eine Antwort, die ihm nicht gefiel. Koger: „Nein, da gab es kein Hearing.“³¹⁶ Das geplante Hearing wäre sogar kurzfristig abgesagt worden. Der Grund: „Machtspiele.“

KOGER: „In diesem Fall hat es ja auch sehr lange gedauert, und es gab ein ziemliches Hin- und Herziehen, es gab - -, ich würde es jetzt als Machtspiele zwischen Kabinett, Sektionschef, Gruppenleiter, Direktor bezeichnen, und die endgültige Entscheidung ist dann eigentlich in der Personalabteilung des BMI, also in der Behörde, gefallen. Wer aber die Weisung gegeben hat, das weiß ich nicht.“

WEIDINGER (ÖVP): „Was verstehen Sie unter Machtspiele?“

KOGER: „Meine Wahrnehmungen, mein Eindruck war so, dass es von verschiedenen Ebenen - -, ob es sich damals um Kabinett handelte oder um Sektionschef oder um Gruppenleiter oder Direktor des BAK, dass jeder seinen Favoriten hatte. Und die meisten davon – ob jetzt parteipolitisch begründet oder auch durch CV-Zugehörigkeit – haben eben Dr. E. S. favorisiert.“³¹⁷

Nachdem sie Widerstand gegen die offenbar parteipolitisch motivierte Postenbesetzung geübt hatte, wurde Koger vom späteren Projekt zur Evaluierung der Behörde ausgeschlossen und bei operativen Fragen herausgehalten.

KOGER: „Es gibt halt einen inneren Kreis und andere, die zählen nicht dazu. Und ich habe eben nicht dazu gezählt.“

VERFAHRENSRICHTER-STELLVERTRETERIN EDWARDS: „Was bedeutet innerer Kreis und nicht innerer Kreis?“

MARTINA KOGER: „Nun, ich zähle jetzt nicht zu den politisch loyalen Personen, die halt in anderen Positionen vorhanden sind.“³¹⁸

Mitarbeiter*innenzahl für Prävention im BAK auf ein Drittel reduziert

Im Spätherbst 2020 wurde eine Evaluierung des BAK angekündigt. Die Evaluierung der Korruptionsbehörde wurde von Franz Eigner, dem Landespolizeivizepräsidenten der LPD Wien, geleitet. Ausgerechnet jene Person, die selbst im Zentrum einer Postenkorruptionsaffäre rund um seine Besetzung 2017 (siehe S. 34) steht.

Getan hat sich eigentlich kaum etwas. Im Gegenteil, die Situation im BAK verschlechterte sich, seit Otto Kerbl die geschäftsführende Leitung übernommen hat, noch weiter. Posten blieben unbesetzt und die Frustration der Mitarbeiter*innen nahm zu. Da halfen auch die Ausreden von Kerbl nicht.

KOLLROSS (SPÖ): „Das heißt, wenn ich das letzte Quartal 2020 ansehe, dann haben wir in Summe im BAK weniger Stunden für Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung zur Verfügung als im Jahr 2018 oder 2019?“

KERBL: „Ja, wenn Sie das so runterbrechen wollen, ja.“³¹⁹

Das BAK sei personell ausgehungert worden, bestätigte auch Martina Koger. Der Personalstand in ihrem Bereich, der Korruptionsprävention, habe sich auf ein Drittel reduziert.

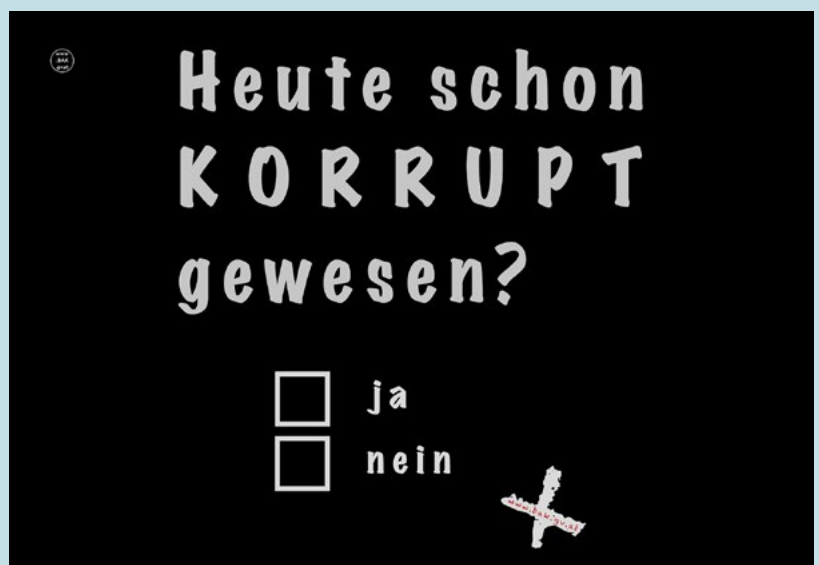
KOGER: „Ja, natürlich. Ich kann nicht mit zwei Personen in einem Präventionsreferat dieselben Projekte und Aufgaben wie mit sechs bis sieben Personen umsetzen. Und das hat sich eigentlich durch fast alle Referate gezogen.“³²⁰

Sie, Koger, habe mehrmals auf eine prekäre Personalsituation hingewiesen - erfolglos.

Es ist besorgniserregend, zu sehen, dass unser zentrales Amt für Bekämpfung von Korruption nicht nur ausgehungert wurde, was Personal betrifft, sondern bei Korruptionsermittlungen nach Ibiza, für die es gesetzlich zuständig ist, ausgebootet wurde. Und die naheliegende Erklärung hat (siehe oben) der ehemalige ÖVP-Innenminister Sobotka in einem Chat mit seinem Kabinettschef Kloibmüller geliefert, weil das BAK seiner Meinung nach „hinterfotzig ermittelt“³²¹.

Die Präventionsbekämpfung ist eine Kernaufgaben des BAK.

Die ÖVP-Führung im BMI hat die Ressourcen dafür massiv gekürzt.
Foto: BMI/BAK



ÖVP behindert Korruptionaufklärung im Untersuchungsausschuss

Alle 18 Sekunden eine Störung durch die ÖVP

„Alles unter den Teppich“ statt „Alles auf den Tisch“ war das Motto der ÖVP im Untersuchungsausschuss. Von Tag 1 an arbeiteten die ÖVP-Fraktion im Untersuchungsausschuss und Ausschussvorsitzender Wolfgang Sobotka im Tandem daran, die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu stören. Bereits mit der ersten Befragung (Bundeskanzler Nehammer) wurde die ÖVP-Strategie offensichtlich: Wortmeldungen zur Geschäftsordnung wurden dazu missbraucht, die Sitzungen immer wieder zu unterbrechen. Mit diesen zahllosen Störungen wurde die Befragung teilweise verunmöglicht.

Während der Befragung von ÖVP-Landeshauptfrau Mikl-Leitner wurde die Befragung der SPÖ 40-mal durch ÖVP-Wortmeldungen zur Geschäftsordnung unterbrochen.³²² Statistisch kam alle 18 Sekunden ein Störmanöver. Das Verhalten der ÖVP in diesem Untersuchungsausschuss war von einer noch nie dagewesenen Destruktivität gekennzeichnet.

Sobotkas parteiische Vorsitzführung

In Tateinheit mit der ÖVP legte es Wolfgang Sobotka darauf an, den Untersuchungsausschuss als wichtigstes parlamentarisches Kontrollinstrument lahmzulegen. Sobotka ist aber nicht der Fraktionsführer der ÖVP, sondern Nationalratspräsident und somit Vorsitzender des Ausschusses. In dieser Funktion müsste er eine überparteiliche Rolle übernehmen. Sobotka weigerte sich aber bis zuletzt, anzuerkennen, dass er als Teil der ÖVP-Korruption aus Befangenheitsgründen nie den Vorsitz hätte führen dürfen. Der Ausschuss war somit von Anfang an mit seiner bizarren Vorsitzführung konfrontiert.

Gleich zu Beginn des Untersuchungsausschusses ließ Sobotka die Tonanlage so umprogrammieren, dass er den Abgeordneten, wie es ihm beliebt, das Mikrofon abschalten kann. Mit massiven Protesten der Abgeordneten konfrontiert, musste er die Anlage wieder umstellen.³²³



In einem anderen Fall schickte er im Namen des Ausschusses eine Stellungnahme an den Verfassungsgerichtshof, ohne den Ausschuss auch nur davon zu unterrichten. Dies stellte nicht nur eine massive Überschreitung seiner Befugnisse dar, sondern machte auch seine parteiische Vorsitzführung deutlich. Seine Stellungnahme glich weitestgehend der durch die ÖVP verfassten.³²⁴ Seine Vorsitzführung stellte einen massiven Schaden für den Ausschuss dar. Verwundert hat sie jedoch niemanden, gehörte Sobotka doch selbst zum engen Kreis von Ex-Kanzler Sebastian Kurz.

Doch nicht nur seine Vorsitzführung stellte ein Problem dar. Vor allem bei seiner eigenen Befragung vor dem Ausschuss und bei der Erörterung von Vorwürfen, die auch ihn selbst betrafen, wurde die Unvereinbarkeit besonders deutlich.

Schon der Ibiza-Untersuchungsausschuss nahm Sobotkas Alois-Mock-Institut wegen der Geschäfte mit dem Glücksspielkonzern Novomatic unter die Lupe. Damals ging es um Sponsoring von Veranstaltungen und Einnahmen aus Inseraten. Für Sobotka eine klare Sache:

„Fürs Inserat gibt's ein Gegengeschäft, natürlich. Das wird man wohl machen dürfen, wenn man einen Think-tank hat“,³²⁵ sagte er im Dezember 2020.

Zu den bekannten Vorwürfen gesellten sich im Laufe des ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschusses einige weitere. Thomas Schmid warf Sobotka bei seiner Einvernahme vor der WKStA vor, sich unter anderem bei einer Steuerprüfung der Erwin Pröll Privatstiftung eingemischt zu haben. Sobotka stritt sofort, mit Unterstützung der ÖVP, ab, dass es eine solche Prüfung überhaupt gegeben hätte. Behauptungen, die durch Erkenntnisse des Ausschusses schnell widerlegt wurden.³²⁶ Ebenso wurde bekannt, dass die WKStA rund um die Postenbesetzung der Landespolizeidirektion Wien 2017 gegen Sobotka als Beschuldigter ermittelt.³²⁷

Für Wolfgang Sobotka waren all die politischen Korruptions-Vorwürfe sowie strafrechtliche Ermittlungen rund um die ÖVP und ihn selbst kein Grund, sich als befangen zu erklären. So diente er als berühmtestes Beispiel der Obstruktion der Aufklärungsarbeit durch die ÖVP.

Die Nadel im Heuhaufen - Akten

Der Ausschuss wurde geradezu mit Akten überschwemmt. In den 1,3 Terabyte Unterlagen mit 520.000 Dateien befanden sich nicht nur brauchbares Material. So schickte das ÖVP-geführte Bildungsministerium etwa auch Bestelllisten von Schulen für Toilettenpapier an den Ausschuss. Die Opposition sah einen Versuch der ÖVP, die Arbeit des Ausschusses zu behindern. Im Ibiza-U-Ausschuss schaute die ÖVP, dass sie möglichst gar keine Akten liefert, jetzt lieferte sie dem Ausschuss möglichst viele Akten, damit die Nadel im Heuhaufen gesucht werden musste. Eine Aufgabe, der der Ausschuss jedoch mehr als gewachsen war, wurde doch an allen Ecken und Enden korruptives Verhalten aufgedeckt.

Verfahrensanwältin steckt ÖVP heimlich Dokumente zu

Neben der Auskunftsperson sitzt während der Befragung im Untersuchungsausschuss die Verfahrensanwältin bzw. der Verfahrensanwalt und achtet darauf, dass die Grund- und Persönlichkeitsrechte der befragten Person nicht verletzt werden. Im aktuellen Ausschuss kam es jedoch zu einem eklatanten Vertrauensbruch seitens der Verfahrensanwältin Barbara Weiß gegenüber dem Ausschuss, als sie der ÖVP geheime Dokumente übergab.

Der Verfahrensrichter verurteilte ihr Verhalten und berichtete in einer Stellungnahme dem Vorsitzenden sowie allen Fraktionen. Das Vertrauen zur Verfahrensanwältin war erodiert. Das Verhalten hätte einen sofortigen Rücktritt zur Folge haben müssen. Nicht jedoch in diesem Fall, denn mit der Rückendeckung der ÖVP weigerte sich die Verfahrensanwältin zurückzutreten - gegen den Protest aller übrigen Fraktionen!

Das Präsidium des Bundesverwaltungsgerichtshofes prüft derzeit, ob eine Verletzung der Dienstpflicht vorliegt.



Im U-Ausschusslokal (Camineum in der Hofburg) wurden an 42 Befragungstagen 85 Befragungen durchgeführt. Die gesamte Befragungszeit aller Auskunftspersonen betrug ohne Sitzungsunterbrechungen 218 Stunden und 48 Minuten, mit Sitzungsunterbrechungen im Rahmen von Befragungen 246 Stunden und 1 Minute. Foto: Benjamin Jaquemar

ÖVP verliert 95-mal vor dem VfGH

Die ÖVP scheute nicht davor zurück, auch den Ausschuss als Instrument zu missbrauchen, um etwa an Interna der WKStA zu gelangen. So forderte sie beispielsweise eine Auswertung interner Mails der Staatsanwaltschaft und versuchte nach der begründeten Weigerung des Justizministeriums, diese mit Hilfe des Verfassungsgerichtshofes zu erlangen. Auch dieser gab aber dem Justizministerium und den übrigen Fraktionen recht: Der Ausschuss und damit auch die ÖVP sollte keine solche Auswertung der Staatsanwaltschaft bekommen.³²⁸

Dieser Fall ist jedoch nicht der Einzige, den die ÖVP vor dem VfGH verlor; die ÖVP drang mit keinem einzigen Antrag vor dem Gerichtshof durch. An Versuchen mangelte es nicht, doch die ÖVP schaffte es bei keinem einzigen Antrag, die inhaltlichen bzw. formellen Anforderungen zu erfüllen. Seien es mangelhafte Begründungen³²⁹, Datumsfehler³³⁰, das Begehren von rechtlich nicht möglichen Feststellungen³³¹ oder schlicht fehlende Beilagen im Anhang³³²: Übrig blieb eine beachtliche Bilanz von 95 abgewiesenen oder zurückgewiesenen Anträgen und null Anträge, in denen die ÖVP recht gehabt hätte.

Opposition verlängert, die ÖVP würgt ab

Am Ende des ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschusses ist etwas passiert, das es überhaupt noch nie gegeben hat. Trotz einer Verlängerung des Ausschusses durch die Minderheit gab es keine einzige Befragung mehr. Warum? Die ÖVP blockierte bei der Festlegung der Termine alles. Obwohl die Geschäftsordnung von - nach Möglichkeit - mindestens vier Terminen im Monat spricht, wollte die ÖVP maximal zwei Termine in den sieben zusätzlichen Wochen zulassen. Damit wäre aber auch ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, inakzeptabel für Abgeordnete mit Weitsicht.

Es gäbe für einen ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss noch viel zu tun. Dutzende schwindlige Vergaben von öffentlichen Aufträgen, geschobenen Postenbesetzungen und Interventionen in diversen Steuerverfahren der ÖVP-Partei-freund*innen konnten nicht mehr behandelt werden. Strafrechtliche Konsequenzen werden die zahlreichen laufenden Ermittlungen bzw. Gerichtsverfahren seitens der unabhängigen Justiz zeigen. Die Frage - Wie korrupt ist die ÖVP? -, lässt sich so oder so mit großer Sicherheit beantworten: Sehr korrupt. Der Untersuchungsausschuss hat Korruption in allen denkbaren Varianten, Größen, Formen und zwei Farben - türkis und schwarz - dokumentiert. Aus dem im Ausschuss generierten Wissen müssen nun Veränderungen folgen, die zukünftig solche Machenschaften verunmöglichen.

Aus ÖVP-Korruption lernen:

Die ÖVP hat kein Korruptionsproblem, sie ist das Korruptionsproblem. Mit der ÖVP an der Regierung sind daher wirksame Maßnahmen gegen Korruption nicht zu erwarten. Der Bock wird zum Gärtner. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass so gut wie alle Empfehlungen aus dem Ibiza-Untersuchungsausschuss weiterhin auf ihre Umsetzung warten. Schwarz-Grün hat es bislang nicht geschafft:

- ein Informationsfreiheitsgesetz zu beschließen,
- ein Kontaktregister für Regierungsmitglieder einzuführen,
- das Archivgesetz zu modernisieren,
- die Korruptionsprävention bei Auftragsvergaben durch Änderungen am Vergaberecht zu stärken,
- Compliance-Regelungen in staatsnahen Unternehmen auszuweiten,
- Cooling-off-Phasen auszuweiten und
- die parlamentarische Kontrolle zu stärken.

Für die Verschärfung des Korruptionsstrafrechts liegt nun zumindest ein erster Entwurf des Justizministeriums vor, der jedoch von Expert*innen heftig als unzureichend kritisiert wird. Die Reform der Staatsanwaltschaften (Stichwort Bundesstaatsanwaltschaft) hängt in den koalitions-nären Seilen.

Die Lehre aus der ÖVP-Korruption muss daher sein, Macht weitergehend als bisher zu beschränken und Kontrollmöglichkeiten zu stärken. Denn die Grenze ist in der Politik nicht erst das Strafrecht. Folgende Maßnahmen zur Stärkung der Verantwortlichkeit politischer Entscheidungsträger*innen sollten daher umgehend erfolgen:

1. Abschaffung des Amtsgeheimnisses

Erst mit dem Ende der Geheimniskrämerei lassen sich Entscheidungen durchgehend nachvollziehen, werden Gründe und Motive für Regierungshandeln erkennbar und wird die „public watchdog“-Funktion von Medien sowie die parlamentarische Kontrolle gestärkt. Ein fertiger Entwurf

liegt seit beinahe zehn Jahren vor und könnte sofort beschlossen werden.

2. Ausweitung von Dokumentations- und Transparenzpflichten

Die Verantwortungsfucht von ÖVP-Entscheidungsträger*innen hat extreme Ausmaße angenommen. Kommunikation wird auf informelle Ebenen verlagert, einfache Beamt*innen werden vorgeschoben, Zwischenebenen wie Generalsekretariate eingezogen. Alles, um zu verschleiern, wie korrupt die ÖVP oft agiert. Dienstliche Kommunikation der politischen Ebene eines Ministeriums sollte daher in Zukunft umfassend archiviert, Löschungen weitgehend verboten und Daten dem Zugriff der Betroffenen für einen angemessenen Zeitraum entzogen werden.

Kontaktregister nach internationalem Vorbild sollen transparent machen, welche Interessenvertreter*innen mit Regierungsmitgliedern und leitenden Beamt*innen Kontakt halten und von wem Regierungsmitglieder auf Veranstaltungen eingeladen werden.

Die verpflichtende Veröffentlichung von mit Steuergeld bezahlten Studien ist ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen: Erst durch ein umfassendes Recht auf Zugang zu Informationen für alle Bürger*innen und eine Ausweitung des parlamentarischen Interpellationsrechts wird Transparenz garantiert.

3. Wiedereingliederung wesentlicher Verwaltungsbereiche

Konstrukte wie die COFAG wurden insbesondere auch deswegen von der ÖVP geschaffen, um Steuergeld ohne umfas-

sende Kontrolle an die eigene Klientel verteilen zu können. Die organisatorische Wiedereingliederung solcher Aufgaben in den staatlichen Verwaltungsapparat ist die Schlussfolgerung daraus. Dies trifft jedoch nicht nur auf die COFAG zu: Bei vielen von der ÖVP dominierten Ministerien finden sich Unternehmen, die abseits effektiver Kontrolle agieren und Aber-Millionen Euro an Steuergeld verwalten. Dazu gehören etwa die AMA und die Österreich-Werbung. Auch deren Tätigkeiten sind wieder in die öffentliche Verwaltung rückzuführen, die Struktur der ÖBAG zu evaluieren.

4. Echte Sanktionen

Während Minister*innen oftmals gar nichts für ihr Fehlverhalten zu befürchten haben, sorgen Parteinetzwerke in Ministerien dafür, dass dies auch für jene gilt, die „nur“ Anweisungen befolgen, obwohl deren parteipolitischer Charakter klar erkennbar ist. Für Regierungsmitglieder sollte die Ministeranklage daher zum Minderheitsrecht umgewandelt werden. So entscheidet statt den Koalitionsparteien (mit ihrer Mehrheit im Nationalrat) der Verfassungsgerichtshof über mögliche Gesetzesverstöße.

Für Beamt*innen sind die Regeln des Disziplinarrechts insofern zu verschärfen, als dass die Entscheidung über Disziplinarmaßnahmen nicht mehr nur der jeweiligen Dienstbehörde, sondern einer unabhängigen Bundesdisziplinarbehörde obliegen soll, die mit Erhebungsbefugnissen ausgestattet ist. Die Innenrevision sollte organisatorisch und personell in allen Ministerien gestärkt und Compliance-Stellen für die nötige Präventionsarbeit gegründet werden.

Die möglichen Sanktionen wegen illegaler Parteienfinanzierung sind weiterhin nicht abschreckend genug. Insbesondere sollte die Verjährungsfrist von regelmäßig nur

Was nun zu tun ist

einem Jahr und maximal drei Jahren für Verstöße gegen das Parteiengesetz verlängert werden.

5. Zentrale Vergabe

Das Vergaberecht bietet aktuell unzählige Umgehungsstrukturen. So werden Aufträge an liebsame (parteinahе) Unternehmen vergeben, indem Aufträge in Teile gestückelt, im Zuge von Rahmenverträgen mit Dritten vergeben oder gar im Vorhinein Absprachen zwischen Bieter*innen toleriert werden. Die Schwelle für freihändige Vergaben sollte daher auf 50.000 Euro gesenkt, Zusammenrechnungsvorschriften verschärft und die verpflichtende Beschaffung über eine zentrale Stelle (nach Wiedereingliederung der Bundesbeschaffung GmbH) vorgeschrieben werden. Mittelfristig sollten Strukturen zur internen Erbringung üblicher Leistungen aufgebaut werden.

6. Ehrlichkeit bei Postenbesetzungen

Wie bei Vergaben zeigen etliche Beispiele, wie die „Objektivierung“ von Besetzungsverfahren dazu verwendet wird, politische Einflussnahme zu verschleiern. Politische Entscheidungen sind solange nicht verkehrt, solange sie im Interesse der Republik liegen. Hörige, aber unqualifizierte Parteigänger*innen in Leitungspositionen zu hieven, gehört sicher nicht dazu. Personalkommissionen sollten daher breiter aufgestellt, gewisse Leitungsfunktionen an die Amtszeit der jeweiligen Regierungsmitglieder gekoppelt werden. Bei ministeriellen Leitungsfunktionen sollten Vertreter*innen internationaler Institutionen zwingend bei der Auswahl beteiligt werden. Der Rechtsschutz gegen Diskriminierung nicht „genehmer“ Bewerber*innen ist zu stärken. Eine durchgehende Trennung von Dienst- und Fachaufsicht soll Karrieresprünge als Belohnung für parteipolitisch erwünschtes Verhalten eindämmen.

7. Förderwesen objektivieren

Die Praxis einiger ÖVP-geführter Ministerien, Förderungen in Millionenhöhe an befreundete Organisationen zu vergeben, muss durch eine Verschärfung der Allgemeinen Förderrichtlinien gestoppt werden. Insbesondere müssen Einzelförderungen eingeschränkt und Förderprogramme mit klaren, nachprüfbareren Zwecken versehen werden. Gleichzeitig sollte bei Fördervergaben ab 100.000 Euro auch die Prüfung durch eine andere als die vergebende Institution zwingend erforderlich sein.

8. Untersuchungsausschüsse weiterentwickeln

Auch der Untersuchungsausschuss als Kontrollinstrument verdient eine Weiterentwicklung: Durch die Beschränkung der Fragezeit der Abgeordneten werden falsche Anreize gesetzt, die zu Antworten in Stehsätzen oder Störaktionen der ÖVP sorgten. Auch wenn die Verfahrensordnung an sich Instrumente kennen würde, solches Verhalten zu unterbinden, hat Wolfgang Sobotka als Vorsitzender des Ausschusses bewiesen, dass auf die Überparteilichkeit des Präsidenten des Nationalrates kein Verlass ist. Auf dieser (falschen) Annahme beruht jedoch die Verfahrensordnung derzeit. Um die Überparteilichkeit des Vorsitzes zu garantieren, sollen Befangenheitsregeln eingeführt werden, deren Einhaltung erzwungen werden kann. Live-Übertragungen von Befragungen prominenter Auskunftspersonen sollen Bürger*innen ermöglichen, sich selbst einen Eindruck von ihren Politiker*innen ohne ministerielle Inszenierung zu machen.

Die häufiger werdenden Verfahren wegen falscher Beweisaussage zeigen außerdem, dass die derzeitige Strafbestimmung noch nicht ausreicht, um die Wahrheitsfindung zu fördern. Die im Vergleich zu anderen Untersuchungsverfahren im Untersuchungsausschuss fehlende Bestimmung gegen Beweismittelunterdrückung sollte ebenso geschaffen werden wie – nach

deutschem Vorbild – die Möglichkeit, Beweismittel auch von Privaten (wie der CO-FAG) beizuschaffen.

9. Strukturreformen gegen Korruption

Die durchgängige Stärkung von „checks and balances“ ist eines der besten Mittel gegen Korruption. Klar muss sein, dass nur voneinander unabhängige Institutionen echte gegenseitige Kontrolle garantieren können. Einvernehmensregeln sollten daher insbesondere auch im Bereich der sogenannten Privatwirtschaftsverwaltung (wo der Bund wie ein Privater tätig wird, etwa bei Vergaben) ausgebaut, interne Kontrollsysteme gestärkt und nachprüfende Instanzen leichter zugänglich werden.

Gegenseitige Unabhängigkeit ist oftmals eine Ressourcenfrage: Die personellen Kapazitäten der Justiz sind jenen der Polizei etwa deutlich unterlegen, weshalb die Staatsanwaltschaften ihrer Aufgabe, Ermittlungsverfahren umfassend zu leiten, oft nur eingeschränkt nachkommen können. Gleichermaßen sind Kontrollinstanzen wie die Volksanwaltschaft, der Rechnungshof, aber auch der Nationalrat in Hinblick auf ihre Ressourcen nur bedingt im Stande, Regierungshandeln effektiv zu kontrollieren. Ihre budgetäre und personelle Ausstattung sollte daher für längere Zeiträume garantiert und nicht von Regierungsstellen abhängig sein.

Gerade im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung ist der strukturelle Handlungsbedarf enorm: Höhe, Inhalt und Empfänger*innen von Inseratengeldern sind weitgehend in der freien Verfügung der jeweiligen Ministerien. Inseratentätigkeit von Bundesministerien sollte daher weiter als bisher eingeschränkt und im Gegenzug die öffentliche Medienförderung gestärkt werden.

Endnoten

- 1 550/KOMM XXVII. GP, Befragung Elisabeth Köstinger, 53.
- 2 630/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang C. Berndt, 64.
- 3 „Der Standard“, 26. Dezember 2021, <https://www.derstandard.at/story/2000132160006/das-ist-irre-was-sich-im-finanzenministerium-rund-um-die>
- 4 „kontrast.at“-Artikel vom 24. Juni 2019, <https://kontrast.at/spendenliste-kurz-oevp-partei-spende/>.
- 5 „Der Standard“-Artikel vom 20. Juni 2019, <https://www.derstandard.at/story/2000105173774/tiroler-bau-investor-ist-kurz-groesster-spende>.
- 6 470/KOMM XXVII. GP, Befragung Siegfried Wolf, 14.
- 7 Rechenschaftsbericht ÖVP 2017, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/home_5/Rechenschaftsbericht_2017_Oesterreichische_Volkspartei.pdf.
- 8 „Der Standard“ von 5. Juni 2020, <https://www.derstandard.at/story/2000117921686/tuerkise-bitte-ans-finanzministerium-fuer-grossspender-pierer>
- 9 Rechenschaftsbericht ÖVP 2019, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/home_5/Rechenschaftsbericht_Oesterreichische_Volkspartei_2019.pdf; https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/home_5/Rechenschaftsbericht_2018_Oesterreichische_Volkspartei_OeVP.pdf.
- 10 550/KOMM XXVII. GP, Befragung Elisabeth Köstinger, 53.
- 11 „kontrast.at“-Artikel vom 27. Juni 2022, <https://kontrast.at/illegale-parteienfinanzierung-oevp/>.
- 12 649/KOMM XXVII. GP, Befragung Daniel Kosak, 16f.
- 13 550/KOMM XXVIII. Befragung Elisabeth Köstinger, 48.
- 14 Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen; ÖVP-Teilorganisationen und ÖVP-Beteiligungsunternehmen laut Rechenschaftsberichten, 41ff.
- 15 650/KOMM XXVII. GP, Befragung Peter Madlberger, 23
- 16 „kontrast.at“-Artikel vom 19. Januar 2023, <https://kontrast.at/media-contacta-oevp/>.
- 17 <https://www.mediacontacta.at/team.php>.
- 18 <http://www.innovaverlag.at/kontakt-impressum/>.
- 19 <https://www.mediacontacta.at/team.php>.
- 20 650/KOMM XXVII. GP, Befragung Peter Madlberger, 7.
- 21 647/KOMM XXVII. GP, Befragung Gerhard Karner, 40.
- 22 650/KOMM XXVII. GP, Befragung Peter Madlberger, 8.
- 23 „kontrast.at“-Artikel vom 19. Januar 2023, <https://kontrast.at/media-contacta-oevp/>.
- 24 639/KOMM XXVII. GP, Befragung Alexander Melchior, 28.
- 25 Erhebungen des Rechnungshofes für den Untersuchungsausschuss.
- 26 Erhebungen des Rechnungshofes für den Untersuchungsausschuss.
- 27 <https://www.derstandard.at/story/2000131540488/kritik-an-landes-auftrag-fuer-oevp-nahe-agentur-in-niederosterreich>.
- 28 649/KOMM XXVII. GP, Befragung Daniel Kosak, 25.
- 29 650/KOMM XXVII. GP, Befragung Peter Madlberger, 62.
- 30 650/KOMM XXVII. GP, Befragung Peter Madlberger, 16.
- 31 650/KOMM XXVII. GP, Befragung Peter Madlberger, 14.
- 32 650/KOMM XXVII. GP, Befragung Peter Madlberger, 14 ff.
- 33 „Der Standard“-Artikel vom 1. Dezember 2021, <https://www.derstandard.at/story/2000131540488/kritik-an-landes-auftrag-fuer-oevp-nahe-agentur-in-niederosterreich>.
- 34 727/KOMM XXVII. GP, Befragung Johanna Mikl-Leitner, 60.
- 35 729/KOMM XXVII. GP, Befragung Johanna Mikl-Leitner, 19.
- 36 726/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Ebner, 29..
- 37 726/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Ebner, 32.
- 38 726/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Ebner, 28.
- 39 726/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Ebner, 36.
- 40 RH, Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen, 11
- 41 „Der Standard“-Artikel vom 29. Oktober 2018, <https://www.derstandard.at/story/2000090293391/oevp-und-fpoe-sprengten-kostenrahmen-bei-nationalratswahl-deutlich>.
- 42 „Der Standard“-Artikel vom 12. Dezember 2022, <https://www.derstandard.at/story/2000141714536/oevp-rechnungshof-meldet-verstoss-gegen-wahlkampfkostengrenze>.
- 43 Der Rechnungshof, Pressemitteilung, 12. Dezember 2022 https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/news/news/aktuelles/Rechnungshof_vermutet_Ueberschreitung_der_Wahlkampf-kosten.html
- 44 „Der Standard“-Artikel vom 22. Oktober 2022, <https://www.derstandard.at/story/2000140203895/finanzministerium-soll-steuerkonzept-fuer-oevp-bezahlt-haben>.
- 45 „Falter“-Artikel vom 09. März 2022, https://www.falter.at/zeitung/20220309/aus-muellers-buero/_aa4443fb43.
- 46 „Der Standard“-Artikel vom 22. Oktober 2022 <https://www.derstandard.at/story/2000140203895/finanzministerium-soll-steuerkonzept-fuer-oevp-bezahlt-haben>.
- 47 653/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Takacs, 31.
- 48 653/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Takacs, 30.
- 49 <https://zackzack.at/2022/10/20/krainger-wittert-oevp-eu-wahlkampf-mit-steuer-geld>
- 50 653/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Takacs, 59.
- 51 458/KOMM XXVII. GP, Befragung Eduard Müller, S.74.
- 52 „Profil“-Artikel vom 25. Februar 2022, <https://www.profil.at/oesterreich/oevp-inseraten-affaere-die-beinschab-protokolle/401917921>.
- 53 555/KOMM XXVII. GP, Befragung Gerald Fleischmann, 19.
- 54 „Profil“-Artikel vom 25. Februar 2022, <https://www.profil.at/oesterreich/oevp-inseraten-affaere-die-beinschab-protokolle/401917921>.
- 55 655/KOMM XXVII. GP, Befragung Thomas Schmid, 10.
- 56 552/KOMM XXVII. GP, Befragung Dietmar Schuster, 8.
- 57 552/KOMM XXVII. GP, Befragung Dietmar Schuster, 8.
- 58 552/KOMM XXVII. GP, Befragung Dietmar Schuster, 17.
- 59 552/KOMM XXVII. GP, Befragung Dietmar Schuster, 7.
- 60 461/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Krammer, 57.
- 61 553/KOMM XXVII. GP, Befragung Johannes Pasquali, 6.
- 62 552/KOMM XXVII. GP, Befragung Dietmar Schuster, 33.
- 63 552/KOMM XXVII. GP, Befragung Dietmar Schuster, 42.
- 64 <https://www.derstandard.at/story/2000133175727/rote-bleiben-gsindl-mikl-leitners-unmut-und-sobotkas-interventionsliste>
- 65 „Der Standard“-Artikel vom 13. Oktober 2021, <https://www.derstandard.at/story/2000130391069/kannst-du-das-aufhalten-was-nach-kurzchats-mit-der>.
- 66 471/KOMM XXVII. GP, Befragung Johann Georg Schelling, 17.
- 67 „Der Standard“-Artikel vom 29. Oktober 2022, <https://www.derstandard.at/story/2000140396799/schmidsvorwuerfe-tuerkis-wollte-mit-unternehmern-rot-schwarze-politik-schlechtmachen>.
- 68 „Kurier“-Artikel vom 01. September 2022, <https://kurier.at/politik/inland/neue-schmidchats-kurz-umfeld-plante-budget-an-finanzminister-schelling-vorbei/402131597>.
- 69 „Profil“-Artikel vom 25. Februar 2022, <https://www.profil.at/oesterreich/oevp-inseraten-affaere-die-beinschab-protokolle/401917921>.
- 70 554/KOMM XXVII. GP, Befragung Paul Unterhuber, 35.
- 71 548/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Esterl, 19.
- 72 Hauptwahlkommission der Wirtschaftskammer Wien, Wirtschaftskammerwahlen 2020, Verlaubarung der gültigen Wahlvorschläge, https://www.wko.at/service/w/verlaubarung-Wahlvorschlag_v09_2020-01-30_1.pdf.
- 73 554/KOMM XXVII. GP, Befragung Paul Unterhuber, 41.
- 74 554/KOMM XXVII. GP, Befragung Paul Unterhuber, 5.
- 75 626/KOMM XXVII. GP, Wolfgang Sobotka, 59.
- 76 626/KOMM XXVII. GP, Wolfgang Sobotka, 64.
- 77 626/KOMM XXVII. GP, Wolfgang Sobotka, 61.
- 78 GfK Austria Umfrage Ergebnisse, <https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:e4a0d51c-6315-44f4-bfc0-44b8f7070933/Umfrage%20zum%20Thema%20Steuerreform%20und%20New%20Deal%20-%20202016.pdf>.
- 79 „Der Standard“-Artikel vom 22. Juni 2022, <https://www.derstandard.at/story/2000136800077/spoe-wittert-neue-umfragenaffaere-in-oevp-gefuehrten-ministerien>.
- 80 554/KOMM XXVII. GP,

Befragung Paul Unterhuber, 14.

81 554/KOMM XXVII. GP, Befragung Paul Unterhuber, 40.

82 628/KOMM XXVII. GP, Befragung Margarete Schramböck, 35.

83 554/KOMM XXVII. GP, Befragung Paul Unterhuber, 12.

84 548/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Esterl, 23.

85 550/KOMM XXVII. GP, Befragung Elisabeth Köstinger, 14.

86 550/KOMM XXVII. GP, Befragung Elisabeth Köstinger, 17.

87 550/KOMM XXVII. GP, Befragung Elisabeth Köstinger, 17.

88 „Der Standard“-Artikel vom 22. Juni 2022, <https://www.derstandard.at/story/2000136800077/spoe-wittert-neue-umfragenaffaere-in-oevp-gefuhrten-ministerien>.

89 554/KOMM XXVII. GP, Befragung Paul Unterhuber, 18.

90 648/KOMM XXVII. GP, Befragung Gernot Maier, 11.

91 648/KOMM XXVII. GP, Befragung Gernot Maier, 32.

92 456/KOMM XXVII. GP, Befragung Karl Nehammer, 51.

93 639/KOMM XXVII. GP, Befragung Alexander Melchior, 26.

94 640/KOMM XXVII. GP, Befragung Stefan Imhof, 16.

95 „Der Standard“-Artikel vom 20.1.2023, <https://www.derstandard.at/story/2000142762167/tiroler-jungbauern-zahlten-nur50-858-euro-an-corona-hilfen-zurueck>.

96 637/KOMM XXVII. GP, Befragung Dominik Traxl, 39.

97 Dabei handelt es sich um einen Beitrag zur pauschalen Abgeltung von angefallenen Kosten in Höhe eines gewissen Prozentsatzes der Einnahmen vorausgegangener Jahre.

98 637/KOMM XXVII. GP, Befragung Dominik Traxl, 16.

99 Über den Auftrag des Bundesministers für Finanzen wurde die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes durch die ABBG gegründet, deren Alleingesellschafterin die ABBG ist. Die COFAG hat zwei gemeinsam vertretungsbefugte Geschäftsführer, die durch die GV der COFAG, jeweils auf Vorschlag des BMF, zu bestellen sind. Interimistisch waren dies Bernhard Perner und Marc Schimpel. Der Bund übernahm eine Ausstattungsverpflichtung von letztlich bis zu 19 Mrd. Euro.

100 699/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Perner, 31.

101 700/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang Nolz, 27.

102 699/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Perner, 9.

103 699/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Perner, 7.

104 728/KOMM XXVII. GP, Befragung Marc Schimpel, 29.

105 702/KOMM XXVII. GP, Befragung Franz Hörl, 34.

106 702/KOMM XXVII. GP, Befragung Franz Hörl, 37.

107 „kontrast.at“-Artikel vom 12. Januar 2022, <https://kontrast.at/adlerrunde-oevp-corona-hilfen/>.

108 Bericht des Rechnungshofes, Reihe BUND 2022/31, COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/news/news/aktuelles/ueberforderungspotenzial_bei_COFAG-Hilfen.html.

109 701/KOMM XXVII. GP, Befragung Margit Kraker, 12.

110 701/KOMM XXVII. GP, Befragung Margit Kraker, 29.

111 Bericht des Rechnungshofes, Reihe BUND 2022/31, COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, Dynamische Grafik, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/fragen-medien/fragen-medien_3/Dynamische_Grafik_COFAG.html.

112 <https://orf.at/stories/3302363/>

113 461/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Krammer, 7.

114 470/KOMM XXVII. GP, Befragung Siegfried Wolf, 27.

115 464/KOMM XXVII. GP, Befragung Gunter Mayr, 8.

116 „Der Standard“-Artikel vom 26. Dezember 2021, <https://www.derstandard.at/story/2000132160006/das-ist-irre-was-sich-im-finanzministerium-rund-um-die>.

117 „Der Standard“-Artikel vom 26. Dezember 2021, <https://www.derstandard.at/story/2000132160006/das-ist-irre-was-sich-im-finanzministerium-rund-um-die>.

118 464/KOMM XXVII. GP, Befragung Gunter Mayr, 6.

119 „Der Standard“-Artikel vom 26. Dezember 2021, <https://www.derstandard.at/story/2000132160006/das-ist-irre-was-sich-im-finanzministerium-rund-um-die>.

120 461/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Krammer, 30.

121 461/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Krammer, 31.

122 „Kleinezeitung“-Artikel vom 27. Dezember 2021, <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6078652/Sittenbilder-uebelsten-Sorte-Neue-Details-zu-Steuerpruefungen-in>.

123 470/KOMM XXVII. GP, Befragung Siegfried Wolf, 44.

124 463/KOMM XXVII. GP, Befragung Gerhard Weinmann, 31.

125 „Kleinezeitung“-Artikel vom 22. Dezember 2021, https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6077471/Chats-in-Causa-Sigi-Wolf-Thomas-Schmid-an-Mitarbeiter_Du-bist-die.

126 458/KOMM XXVII. GP, Befragung Eduard Müller, 60.

127 464/KOMM XXVII. GP, Befragung Gunter Mayr, 4.

128 463/KOMM XXVII. GP, Befragung Gerhard Weinmann, 26.

129 470/KOMM XXVII. GP, Befragung Siegfried Wolf, 53.

130 470/KOMM XXVII. GP, Befragung Siegfried Wolf, 27.

131 „Kleinezeitung“-Artikel vom 5. Mai 2017, https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/5212210/Harsche-Kritik_Siegfried-Wolf-zerlegt-Koalition.

132 „Kurier“-Artikel vom 19. Oktober 2022, <https://kurier.at/politik/inland/schmid-investor-wolf-soll-treffen-mit-russischen-ministern-eingefaedelt-haben/402187890>.

133 461/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Krammer, 7.

134 Beschuldigtenvernehmung von Thomas Schmid am 21.6.2022, 451.

135 Beschuldigtenvernehmung von Thomas Schmid am 21.6.2022, 450.

136 655/KOMM XXVII. GP, Befragung Thomas Schmid, 22.

137 703/KOMM XXVII. GP, Befragung Matthias Jenewein, 12.

138 703/KOMM XXVII. GP, Befragung Matthias Jenewein, 19.

139 703/KOMM XXVII. GP, Befragung Matthias Jenewein, 23.

140 547/KOMM XXVII. GP, Befragung Roland Macho, 14.

141 547/KOMM XXVII. GP, Befragung Roland Macho, 15.

142 464/KOMM XXVII. GP, Befragung Gunter Mayr, 14.

143 458/KOMM XXVII. GP, Befragung Eduard Müller, 65.

144 Beschuldigtenvernehmung von Thomas Schmid am 21. Juni 2022, 247.

145 Rechenschaftsbericht ÖVP 2017, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/home_5/Rechenschaftsbericht_2017_Oesterreichische_Volkspartei.pdf.

146 14112/J Parlamentarische Anfrage: „Abschleicher“ aus der Schweiz und Liechtenstein, <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXV/J/14112>.

147 14112/J Parlamentarische Anfrage: „Abschleicher“ aus der Schweiz und Liechtenstein, <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXV/J/14112>.

148 544/KOMM XXVII. GP, Befragung Erich Lochmann, 23.

149 544/KOMM XXVII. GP, Befragung Erich Lochmann, 24.

150 508/KOMM XXVII. GP, Clemens-Wolfgang Niedrist, 29.

151 544/KOMM XXVII. GP, Befragung Erich Lochmann, 25.

152 547/KOMM XXVII. GP, Befragung Roland Macho, 10.

153 „Wienerzeitung“-Artikel vom 24.10.2022, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2165899-Schmid-Intervention-auch-in-Sachen-Hermann-Nitsch.html>.

154 „vol.at“-Artikel vom 17.11.2022, <https://www.vol.at/wirtschaftsbund-muss-770-000-euro-steuern-nachzahlen/7750399>.

155 „vol.at“-Artikel vom 21.04.2022, <https://www.vol.at/edgesattliche-erklaerung-belastet-wallner-in-inseratenaffaere/7387048>.

156 „vol.at“-Artikel vom 21.04.2022, <https://www.vol.at/edgesattliche-erklaerung-belastet-wallner-in-inseratenaffaere/7387048>.

157 545/KOMM XXVII. GP, Befragung Markus Wallner, 17-19.

158 545/KOMM XXVII. GP, Befragung Markus Wallner, 67.

159 „Der Standard“-Artikel vom 20. Mai 2022, <https://www.derstandard.at/story/2000135809256/welche-firmen-warum-fuerzehntausende-euro-im-wirtschaftsbund-magazin-inse-rierten>.

159 547/KOMM XXVII. GP, Befragung Roland Macho, 29.

160 „vol.at“-Artikel vom 17.11.2022, <https://www.vol.at/wirtschaftsbund-muss-770-000-euro-steuern-nachzahlen/7750399>.

161 <https://www.derstandard.at/story/2000135041715/oevp-wirtschaftsbund-zahlte-offenbarsteuern-in-millionenhoeh-eicht>

162 „kontrast.at“-Artikel vom 12. September 2022, <https://kontrast.at/insertenaffaere-oevp-vorarlberg/>.

163 „vol.at“-Artikel vom 24.November 2022, <https://www.vol.at/finanzpruefer-orten-steuerbetrag-im-wirtschaftsbund/7764370>.

164 545/KOMM XXVII. GP, Befragung Markus Wallner, 75.

165 Als Grundlage für die Berechnung wurden die Mediendaten der Tiroler Tageszeitung herangezogen.

166 Wahlvorschlag für den Wirtschaftsbund Tirol 2020. https://www.wirtschaftsbund-tirol.at/fileadmin/wirtschaftsbund/Wahlen/LGHV20/WahlvorschlagLV_LGHV20.pdf.

167 Als Grundlage für die Berechnung wurden die Mediendaten der Tiroler Tageszeitung herangezogen.

168 Landesgeschäftsführer der ÖVP Tirol seit 2011.

169 635/KOMM XXVII. GP, Befragung Martin Malaun, 52f.

170 637/KOMM XXVII. GP, Befragung Dominik Traxl, 6ff.

171 637/KOMM XXVII. GP, Befragung Dominik Traxl, 25.

172 553/KOMM XXVII. GP, Befragung Johannes Pasquali, 8.

173 553/KOMM XXVII. GP, Befragung Johannes Pasquali, 8.

174 „kontrast.at“-Artikel vom 27. Juni 2022, <https://kontrast.at/illegale-partienfinanzierung-oevp/>.

175 553/KOMM XXVII. GP, Befragung Johannes Pasquali, 46.

176 553/KOMM XXVII. GP, Befragung Johannes Pasquali, 18.

177 <https://www.dossier.at/dossiers/inserte/ein-komfortabler-kreislauf/>

178 649/KOMM XXVII. GP, Befragung Daniel Kosak, 7.

179 649/KOMM XXVII. GP, Befragung Daniel Kosak, 21.

180 RH: Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen; ÖVP-Teilorganisationen und ÖVP-Beteiligungsunternehmen laut Rechenschaftsberichten, 3 f.

181 <https://www.aed.or.at/en/about-aed/>.

182 548/KOMM XXVII. GP, befragung Michael Esterl, 50.

183 628/KOMM XXVII. GP, Befragung Margarete Schramböck, 53.

184 548/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Esterl, 49 f

185 548/KOMM XXVII. GP, befragung Michael Esterl, 48.

186 628/KOMM XXVII. GP, Befragung Margarete Schramböck, 55.

187 „Der Standard“-Artikel vom 25. Juli 2022, <https://www.derstandard.at/story/2000137754467/wie-sich-eine-blaue-und-eine-schwarze-agentur-um-eu>.

188 <https://www.icmpd.org/about-us/about-icmpd>.

189 657/KOMM XXVII. GP, Befragung Andreas Achatz, 33.

190 657/KOMM XXVII. GP, Befragung Andreas Achatz, 32.

191 657/KOMM XXVII. GP, Befragung Andreas Achatz, 33.

192 725/KOMM XXVII. GP, Befragung Karl Nehammer, 51

193 Beschuldigtenvernehmung von Thomas Schmid am 21. Juni 2022, 182 f.

194 638/KOMM XXVII. GP, Befragung Sebastian Kurz, 28.

195 „Salzburger Nachrichten“-Artikel vom 08. Februar 2022, <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/wie-ein-oevp-buergermeister-ueber-umwege-zum-traumjob-kam-116751691>.

196 Erkenntnis BVwG 27. April 2021, W274 2222164-1.

197 „Kurier“-Artikel vom 19. Jänner 2023, <https://kurier.at/politik/inland/finanzamt-brannau-ermittlungen-gegen-ex-minister-schelling/402297953>

198 „Kronen Zeitung“-Artikel vom 09.02.2022, <https://www.krone.at/2623299>.

199 655/KOMM XXVII. GP, Befragung Thomas Schmid, 30.

200 463/KOMM XXVII. GP, Befragung Gerhard Weinmann, 31.

201 „Salzburger Nachricht“-Artikel vom 08. Februar 2022, <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/wie-ein-oevp-buergermeister-ueber-umwege-zum-traumjob-kam-116751691>.

202 Rechenschaftsbericht ÖVP 2017, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/home_5/Rechenschaftsbericht_2017_Oesterreichische_Volkspartei.pdf.

203 Pressemitteilung vom 28. März 2019, Casinos Austria AG: Neuer Vorstand durch Aufsichtsrat bestellt https://www.ots.at/presseausendung/OTS_20190328_OT50201/casinos-austria-ag-neuer-vorstand-durch-aufsichtsrat-bestellt.

204 <https://www.derstandard.at/story/2000142554885/wksta-hat-ermittlungen-wegen-falschaussagevorwurfen-gegen-ex-kanzler-kurz-abgeschlossen>.

205 <https://kontrast.at/oevp-politiker-angezeigt-glatz-kremsner-sobotka-u-ausschuss/>.

206 458/KOMM XXVII. GP, Befragung Eduard Müller, 46.

207 458/KOMM XXVII. GP, Befragung Eduard Müller, 35.

208 458/KOMM XXVII. GP, Befragung Eduard Müller, 36.

209 https://www.ots.at/presseausendung/OTS_20221205_OT50035/elisabeth-gruber-zur-sektionschefin-der-praesidialsektion-im-finanzministerium-bestellt-bild.

210 https://www.zeit.de/2022/44/eduard-mueller-alexander-van-der-bellen-finanzminister-oesterreich-oevp?utm_refferer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F.

211 459/KOMM XXVII. GP, Befragung Peter Pilz, 6.

212 459/KOMM XXVII. GP, Befragung Peter Pilz, 4.

213 518/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Kloibmüller, 12.

214 518/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Kloibmüller, 12.

215 <https://zackzack.at/2022/02/08/bmi-chats-6-stopp-den-vorgang-bis-ich-klarheit-habe>

216 <https://www.parlament.gv.at/person/29791>.

217 <https://www.parlament.gv.at/person/6485>.

218 <https://www.parlament.gv.at/person/6486>.

219 657/KOMM XXVII. GP, Befragung Andreas Achatz, 49.

220 518/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Kloibmüller, 8.

221 518/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Kloibmüller, 52.

222 <https://www.derstandard.at/story/2000133175727/rote-blinden-gsind-mikl-leitners-unmut-und-sobotkas-interventionsliste>.

223 626/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang Sobotka, 21.

224 518/KOMM XXVII. GP, Befragung Michael Kloibmüller, 7.

225 626/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang Sobotka, 21.

226 467/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang Brandstetter, 19.

227 467/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang Brandstetter, 20.

228 „Kurier“-Artikel vom 02. Juni 2021, <https://kurier.at/politik/inland/pilnack-chats-vence-remos-uns-fehlt-ein-trump-moser-ist-ein-a-loch/401400819>.

229 514/KOMM XXVII. GP, Befragung Eva Marek, 7.

230 514/KOMM XXVII. GP, Befragung Eva Marek, 11.

231 467/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang Brandstetter, 58.

232 514/KOMM XXVII. GP, Befragung Eva Marek, 9.

233 514/KOMM XXVII. GP, Befragung Eva Marek, 11.

234 727/KOMM XXVII. GP, Befragung Johanna Mikl-Leitner, 39

235 514/KOMM XXVII. GP, Befragung Eva Marek, 33.

236 629/KOMM XXVII. GP, Befragung Gerhard Roiss, 41.

237 639/KOMM XXVII. GP, Befragung Alexander Melchior, 19.

238 630/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang Berndt, 9

239 655/KOMM XXVII. GP, Befragung Thomas Schmid, 14.

240 546/KOMM XXVII. GP, Befragung Magnus Brunner, 58.

241 629/KOMM XXVII. GP, Befragung Gerhard Roiss, 47.

242 629/KOMM XXVII. GP, Befragung Gerhard Roiss, 26.

243 „Kurier“-Artikel vom 19. Oktober 2022, <https://kurier.at/politik/inland/schmid-investor-wolf-soll-treffen-mit-russischen-ministern-eingefaedelt-haben/402187890>.

244 470/KOMM XXVII. GP, Befragung Siegfried Wolf, 44.

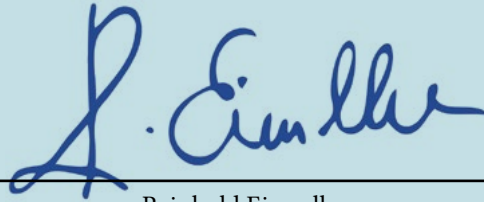
245 „Profil“-Artikel vom 28.03.22, <https://www.profil.at/oesterreich/wolf-kurz-chats-lieber-sigi-war-sehr-schrgut/401953729>.

246 „orf.at“-Artikel vom 5. Februar 2020, <https://orf.at/stories/3153338/>.

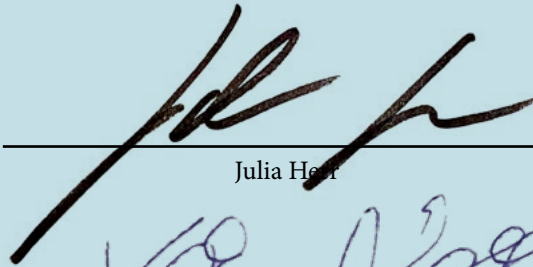
247 Pressemitteilung vom 5. Okt. 2021, ÖVP: „Sind die linken Zellen der WKStA am linken Auge blind?“, https://www.ots.at/presseausendung/OTS_20211005_OT50028/einladung-heutige-pressekonferenz-zum-thema-sind-die-linken-zellen-der-wksta-am-linken-auge-blind.

248 460/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Weratschnig, 7.

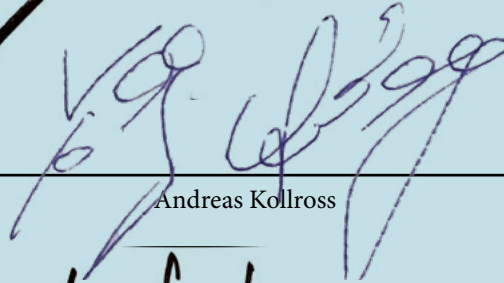
- 249 „Spiegel.de“-Artikel vom 05.10.2021, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/oesterreich-andreas-hanger-oevp-attackiert-wirtschafts-und-korruptionsstaatsanwaltschaft-wksta-a-99cca015-8ae6-4602-92f4-cb0dc6f3551e>.
- 250 460/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Weratschnig, 4.
- 251 465/KOMM XXVII. GP, Befragung Alma Zadic, 25.
- 252 513/KOMM XXVII. GP, Befragung Christian Pilnacek, 42.
- 253 524/KOMM XXVII. GP, Befragung Gabriele Aicher, 22.
- 254 466/KOMM XXVII. GP, Befragung Ilse-Maria Vrabl-Sanda, 13.
- 255 512/KOMM XXVII. GP, Befragung Johann Fuchs, 24.
- 256 516/KOMM XXVII. GP, Befragung Robert Jirovsky, 13.
- 257 „Falter“-Artikel vom 11.02.2022, <https://www.falter.at/zeitung/20220211/ich-stelle-mir-eine-observation-vor>.
- 258 „Falter“-Artikel vom 11.02.2022, <https://www.falter.at/zeitung/20220211/ich-stelle-mir-eine-observation-vor>.
- 259 466/KOMM XXVII. GP, Befragung Ilse-Maria Vrabl-Sanda, 4.
- 260 460/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Weratschnig, 4.
- 261 466/KOMM XXVII. GP, Befragung Ilse-Maria Vrabl-Sanda, 14.
- 262 „Falter“-Artikel vom 11.02.2022, <https://www.falter.at/zeitung/20220211/ich-stelle-mir-eine-observation-vor>.
- 263 517/KOMM XXVII. GP, Befragung Franz Lang, 21.
- 264 „Falter“-Artikel vom 11.02.2022, <https://www.falter.at/zeitung/20220211/ich-stelle-mir-eine-observation-vor>.
- 265 512/KOMM XXVII. GP, Befragung Johann Fuchs, 22.
- 266 460/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Weratschnig, 9.
- 267 460/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Weratschnig, 5.
- 268 512/KOMM XXVII. GP, Befragung Johann Fuchs, 20.
- 269 512/KOMM XXVII. GP, Befragung Johann Fuchs, 21.
- 270 „Kurier“-Artikel vom 18.03.2022, <https://kurier.at/chronik/oesterreich/wksta-entzieht-soko-ibiza-alle-ermittlungen/401942380>.
- 271 466/KOMM XXVII. GP, Befragung Ilse-Maria Vrabl-Sanda, 23.
- 272 511/KOMM XXVII. GP, Befragung Linda Poppenwimmer, 4.
- 273 466/KOMM XXVII. GP, Befragung Ilse-Maria Vrabl-Sanda, 13.
- 274 511/KOMM XXVII. GP, Befragung Linda Poppenwimmer, 30.
- 275 460/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernhard Weratschnig, 10.
- 276 511/KOMM XXVII. GP, Befragung Linda Poppenwimmer, 35.
- 277 511/KOMM XXVII. GP, Befragung Linda Poppenwimmer, 18.
- 278 466/KOMM XXVII. GP, Befragung Ilse-Maria Vrabl-Sanda, 29.
- 279 511/KOMM XXVII. GP, Befragung Linda Poppenwimmer, 64.
- 280 511/KOMM XXVII. GP, Befragung Linda Poppenwimmer, 34.
- 281 512/KOMM XXVII. GP, Befragung Johann Fuchs, 11.
- 282 511/KOMM XXVII. GP, Befragung Linda Poppenwimmer, 4.
- 283 524/KOMM XXVII. GP, Befragung Gabriele Aicher, 30.
- 284 524/KOMM XXVII. GP, Befragung Gabriele Aicher, 28.
- 285 524/KOMM XXVII. GP, Befragung Gabriele Aicher, 52.
- 286 508/KOMM XXVII. GP, Befragung Clemens-Wolfgang Niedrist, 5.
- 287 508/KOMM XXVII. GP, Befragung Clemens-Wolfgang Niedrist, 9.
- 288 „Profil“-Artikel vom 01.04.21, <https://www.profil.at/oesterreich/fall-pilnacek-wervorbereitet-gernot-auf-seine-vernehmung/401338230>.
- 289 „Profil“-Artikel vom 01.04.21, <https://www.profil.at/oesterreich/fall-pilnacek-wervorbereitet-gernot-auf-seine-vernehmung/401338230>.
- 290 „Kleine Zeitung“-Artikel vom 23. April 2022, https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6129447/OeVPJahrbuch-2021_Pilnacek-und-Fuchs-waren-einziges-Bollwerk-gegen.
- 291 „Kurier“-Artikel vom 31. März 2022, <https://kurier.at/politik/inland/osta-chef-fuchs-wegen-heimisverrats-und-fal-schuaussage-angeklagt/401957746>.
- 292 „Kurier“-Artikel vom 07. Jänner 2023, <https://kurier.at/politik/inland/pilnacek-fuchs-und-marek-die-weissen-elefanten-in-oesterreichs-justiz/402283010>.
- 293 „Der Standard“-Artikel vom 14. September 2022, <https://www.derstandard.at/story/2000139035730/grossflaechige-loeschungen-warum-die-wksta-so-viele-daten-aus-dem>.
- 294 725/KOMM XXVII. GP, Befragung Karl Nehammer, 5.
- 295 „Der Standard“-Artikel vom 14. September 2022, <https://www.derstandard.at/story/2000139035730/grossflaechige-loeschungen-warum-die-wksta-so-viele-daten-aus-dem>.
- 296 725/KOMM XXVII. GP, Befragung Karl Nehammer, 45.
- 297 725/KOMM XXVII. GP, Befragung Karl Nehammer, 44.
- 298 657/KOMM XXVII. GP, Befragung Andreas Achatz, 28.
- 299 555/KOMM XXVII. GP, Befragung Gerald Fleischmann, 8.
- 300 555/KOMM XXVII. GP, Befragung Gerald Fleischmann, 4.
- 301 „Kurier“-Artikel vom 14. November 2022, <https://kurier.at/politik/inland/neue-chats-ein-termin-mit-dem-chef-und-medienkampagnen/402217461>.
- 302 466/KOMM XXVII. GP, Befragung Ilse-Maria Vrabl-Sanda, 23f.
- 303 654/KOMM XXVII. GP, Befragung Martina Koger, 26.
- 304 627/KOMM XXVII. GP, Befragung Otto Kerbl, 28.
- 305 466/KOMM XXVII. GP, Befragung Ilse-Maria Vrabl-Sanda, 16.
- 306 517/KOMM XXVII. GP, Befragung Franz Lang, 25.
- 307 517/KOMM XXVII. GP, Befragung Franz Lang, 42.
- 308 466/KOMM XXVII. GP, Befragung Ilse-Maria Vrabl-Sanda, 21.
- 309 510/KOMM XXVII. GP, Befragung Bernd Schneider, 45.
- 310 466/KOMM XXVII. GP, Befragung Ilse-Maria Vrabl-Sanda, 37.
- 311 466/KOMM XXVII. GP, Befragung Ilse-Maria Vrabl-Sanda, 15.
- 312 654/KOMM XXVII. GP, Befragung Martina Koger, 17f.
- 313 654/KOMM XXVII. GP, Befragung Martina Koger, 18.
- 314 654/KOMM XXVII. GP, Befragung Martina Koger, 11.
- 315 654/KOMM XXVII. GP, Befragung Martina Koger, 14.
- 316 654/KOMM XXVII. GP, Befragung Martina Koger, 12.
- 317 654/KOMM XXVII. GP, Befragung Martina Koger, 12.
- 318 654/KOMM XXVII. GP, Befragung Martina Koger, 6.
- 319 627/KOMM XXVII. GP, Befragung Otto Kerbl, 50.
- 320 654/KOMM XXVII. GP, Befragung Martina Koger, 24.
- 321 654/KOMM XXVII. GP, Befragung Martina Koger, S. 26
- 322 729/KOMM XXVII. GP, Befragung Johanna Mikl-Leitner
- 323 „orf.at“-Artikel vom 2. März 2022, <https://orf.at/stories/3250435/>.
- 324 „Der Standard“-Artikel vom 28. November 2022, <https://www.derstandard.at/story/2000141277162/neuer-aerger-der-opposition-ueber-sobotka>.
- 325 „Der Standard“-Artikel vom 11. Dezember 2020, <https://www.derstandard.at/story/2000122423649/wie-das-land-niederosterreich-die-novomatic-beim-sponsoring-beraet>.
- 326 „Kurier“-Artikel vom 30.10.2022, <https://kurier.at/politik/inland/orf-bericht-neue-widersprueche-im-fall-proellstiftung/402200682>.
- 327 626/KOMM XXVII. GP, Befragung Wolfgang Sobotka, 21.
- 328 Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 29. Juni 2022, https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH-Erkenntnis_UA_4_2022_vom_29_Juni_2022.pdf.
- 329 Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 2. Dezember 2022, https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH-Erkenntnis_UA_92-93_2022_vom_2_Dezember_2022.pdf.
- 330 Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 25. August 2022, https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH-Beschluss_UA_5-6_2022_vom_25_August_2022.pdf.
- 331 Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 23. September 2022, https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH-Beschluss_UA_75_2022_UA_83_2022_vom_23_September_2022.pdf.
- 332 Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 29. Juni 2022, https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH-Beschluss_UA_3_2022_vom_29_Juni_2022.pdf.



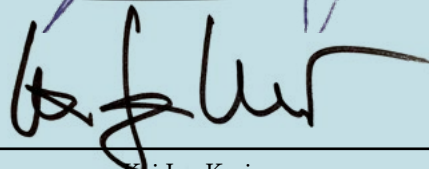
Reinhold Einwallner



Julia Heit



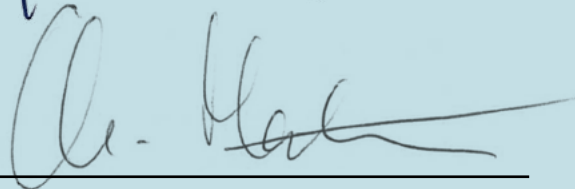
Andreas Kollross



Kai Jan Krainer



Katharina Kucharowits



Christoph Matznetter



**Das Team der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion
im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss:**

Julian Bartsch, Christopher Berka, Daniel Djordjevic, Reinhold Einwallner, Katharina Embacher, Walter Fleißner,
Heidrun Gassner, Helmut Glaser, Julia Herr, Lisa Holzer, Eva-Maria Holzleitner, Benjamin Jaquemar,
Anne-Marie Kalin, Lisa Klimek, Andreas Kollross, Kai Jan Krainer, Lena Krainz, Katharina Krischke,
Katharina Kucharowits, Hannah Lutz, Christoph Matznetter, Christina Müller, Katrin Nesensohn, Peter Pertl,
Roland Plachy, Angelina Sax, Ute Schellner, Florian Steininger, Nurten Yilmaz, Jakob Zerbes